TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

EUROPA VOR DEN WAHLEN

MIDEM

STUDIE

2019

MIDEM MERCATOR FORUM MIGRATION UND DEMOKRATIE

MIDEM ist ein Forschungszentrum der **Technischen Universität Dresden** in Kooperation mit der **Universität Duisburg-Essen**, gefördert durch die **Stiftung Mercator**. Es wird von Prof. Dr. Hans Vorländer, TU Dresden, geleitet.

Zitiervorschlag:
MIDEM 2019: Europa vor den Wahlen, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ERGEBNISSE	4
1.	**EINLEITUNG**	6
2.	**MIGRATION ALS THEMA**	12
3.	**DEUTSCHLAND**	20
4.	**WESTEUROPA**	32
5.	**NORDEUROPA**	42
6.	**SÜDEUROPA**	50
7.	**MITTEL-/ OSTEUROPA**	58
	AUTORINNEN UND AUTOREN	66
	IMPRESSUM	67

ERGEBNISSE

- Migration wird als ein genuin europäisches Thema wahrgenommen. Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger Europas gibt an, Migration sei die wichtigste Herausforderung für die Europäischen Union.

- Auf nationaler Ebene hat das Thema Migration zwar etwas an Bedeutung verloren, bleibt jedoch eines der zentralen Politikfelder, das von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern als wichtig erachtet wird.

- Rechtspopulistische Parteien und ‚Politikunternehmer' waren im Vorfeld der Europawahlen bemüht, das Thema Migration gezielt zu politisieren, um dessen Bedeutung bzw. Salienz im Wahlkampf zu erhöhen. Nur in Mittel- und Osteuropa (mit Ausnahme Ungarns) stand Migration nicht im Vordergrund des Wahlkampfes.

- In den Wahlprogrammen rechtspopulistischer Parteien nahm das Thema Migration einen viel breiteren Raum ein als noch bei der letzten Europawahl. Generell ist gegenüber 2014 eine thematische Verschiebung von der Kritik der EU-Währungspolitik hin zu einer Kritik der EU-Migrations- bzw. Flüchtlingspolitik zu beobachten.

- Rechtspopulisten haben fast überall versucht, mit den Themen Flüchtlinge und Migration zu polarisieren. Mit unterschiedlichem Erfolg: Dort wo etablierte Parteien migrationspolitisch nach rechts gerückt sind, setzten Rechtspopulisten vor allem auf Provokation und Skandalisierung.

- Rechtspopulisten in Regierungsfunktion hatten es generell einfacher, das Thema Migration parteipolitisch zu instrumentalisieren und dessen Salienz zu erhöhen. Es ist daher kein Zufall, dass Migration in Italien und Ungarn besonders bedeutsam ist.

- Bei der Analyse der Einstellungen gegenüber Migration sind regionale Unterschiede erkennbar. In West-, Nord-, Mittel- und Osteuropa gilt: Je ländlicher der Wohnort, desto größer die Bedeutung von Migration. In Südeuropa verhält es sich umgekehrt. In Mittel- und Osteuropa sind – anders als in den anderen Regionen Europas – Anhänger linker Parteien nicht weniger migrationsskeptisch als rechte Wähler.

- Rechtspopulistische Parteien werden bei der diesjährigen Europawahl voraussichtlich deutliche Gewinne einfahren. Dennoch dürfte das vielerorts befürchtete Szenario eines Anti-EU-Parlaments nicht eintreten. Zudem wird sich die künftige Zusammenarbeit unter rechtspopulistischen Parteien als schwierig erweisen. Auch in der Flüchtlingspolitik sind Rechtspopulisten nicht immer einig: während Italien nach wie vor auf eine Umverteilung von Neuankömmlingen pocht, wehren sich Polen und Ungarn strikt dagegen.

- Für die europäische Migrationspolitik bleibt ungewiss, welchen Weg die EU zu einem gemeinsamen Asyl- und Migrationsregime finden kann. Dass sie einen Weg finden muss, ist die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger. Für sie ist die Migrationsfrage die wichtigste Herausforderung Europas.

1. EINLEITUNG

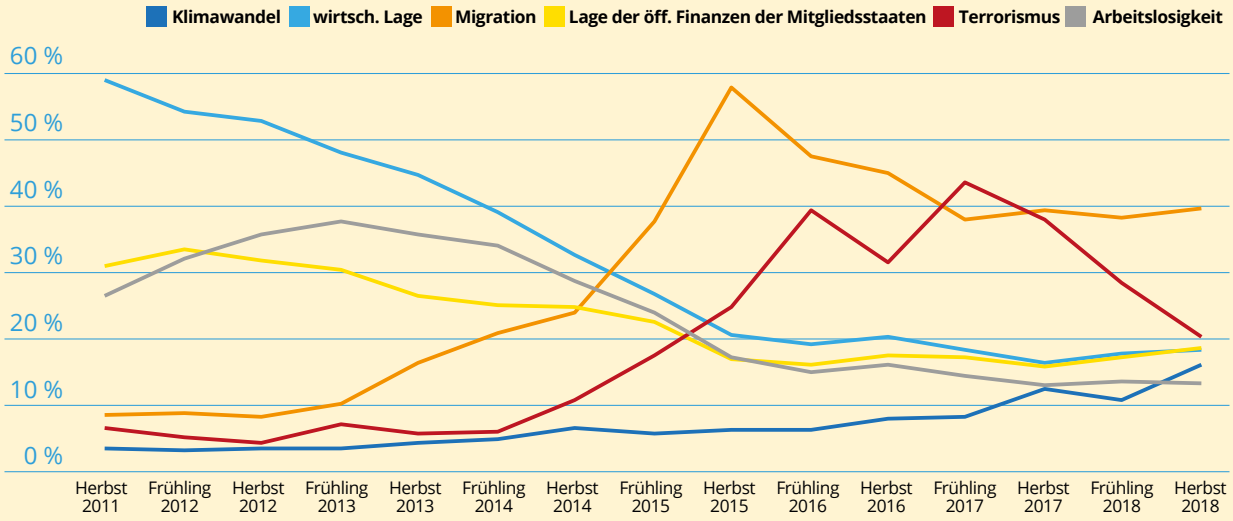
Das Europäische Parlament hat in den vergangenen 25 Jahren eine erhebliche Aufwertung erfahren. Mit dem Lissabon-Vertrag hat es größere Kompetenzen im Gesetzgebungsprozess erhalten, es wählt den Kommissionspräsidenten und verfügt über umfassendere Kontrollrechte. Seine besondere Bedeutung in der Europäischen Union verdankt das Parlament vor allem seiner demokratischen Legitimation: es ist das einzige direkt von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählte Organ der EU. Eine hohe Beteiligung bei den anstehenden Europawahlen würde daher auch die demokratische Legitimation der EU stärken. Ob es tatsächlich so kommt, ist indes mehr als unsicher. Denn traditionell gelten die Wahlen zum Europäischen Parlament als „*second order elections*" – als ‚zweitrangige' Wahlen, die im Vergleich zu Nationalwahlen eine untergeordnete Rolle spielen und zudem durch nationale Themen dominiert sind.

MIGRATION IST EIN EU-THEMA

Wird das 2019 anders? Zumindest könnten die diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament von den Themen her deutlich *europäischer* werden. Einen Grund dafür liefert das Thema Migration. Dieses Thema hat die europäische Politik und Öffentlichkeit der letzten Jahre dominiert wie kein anderes in den vergangenen Jahrzehnten. Die Kontroversen und Verwerfungen rund um die Aufnahme von Flüchtlingen und die Steuerung von Fluchtmigration haben der Bedeutung der EU nicht geschadet. Im Gegenteil: nach wie vor verbinden viele Europäer mit der EU die Hoffnung auf eine Lösung des ‚Migrations- bzw. Flüchtlingsproblems'. So wird Migration laut Eurobarometer weiterhin als das wichtigste Problem angesehen, dem die EU gegenübersteht (siehe Abb. 1). Insgesamt nennen ca. 39 % der Europäer Migration als eines der beiden wichtigsten Probleme der EU. Auch deshalb wird das Thema Migration bei der Europawahl eine wichtige Rolle spielen.

Für viele Bürger Europas ist Migration aber nicht nur ein europäisches Thema. Im Grunde lassen sich die europäische und die nationale Dimension beim Thema Migration gar nicht voneinander trennen (Kratsev et al. 2019). Rechtspopulistische Parteien wussten dies auch im Europa-Wahlkampf zu nutzen: Im eigenen Land werden Ängste vor Souveränitätsverlust und

Abb.1: Übersicht der wichtigsten Themen für die EU im Zeitverlauf



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

Überfremdung geschürt und die Europawahl zum Referendum über die Ausrichtung der künftigen Migrationspolitik erklärt; und europaweit dient Migration – genauer: die Ablehnung der Migration – als Argument für die Bildung einer Allianz von Souveränisten und Nationalisten, also von politischen Kräften, die die EU radikal, im Sinne uneingeschränkter nationalstaatlicher Souveränität, umbauen wollen (siehe auch Infobox auf Seite 57). Der Umgang der Rechtspopulisten mit dem Thema Migration hat daher etwas Paradoxes: Rechtspopulisten lehnen Migration zwar ab, zugleich brauchen sie Migration als mobilisierendes Thema. Anders formuliert: Migration verleiht der Wahlkampagne rechtspopulistischer Parteien genug Schärfe und Profil, um migrationskritische Einstellungen zu aktivieren und so ihre Anhängerschaft zu mobilisieren.

RECHTSPOPULISTEN LEHNEN MIGRATION AB, SIE BRAUCHEN ABER MIGRATION ALS MOBILISIERENDES THEMA

Dies alles ist freilich nicht neu: Eine zentrale Botschaft des MIDEM-Jahresberichts 2018 „Migration und Populismus" war, dass der öffentliche Stellenwert des Themas Migration – in dieser Studie vereinfachend *Salienz von Migration* genannt – Einfluss auf die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien hat (MIDEM 2018). Im Kern: Rechtspopulistische Parteien profitieren von der hohen Salienz des Themas Migration (so jetzt auch Dennison/Geddes 2018). Einschlägige Beispiele muss man nicht lange suchen: Die seit 2015 anhaltend hohe Bedeutung des Themas Migration in Deutschland hat der AfD bei der Bundestagswahl sowie bei Landtagswahlen gute Ergebnisse beschert. Zugleich hat das Thema Migration die etablierten Volksparteien verunsichert und Wählerzustimmung gekostet.

INFOBOX – Was heißt Salienz?

Salienz stellt die Bedeutung dar, die einem politischen Thema zugeschrieben wird. Die Salienz eines Themas kennzeichnet damit seinen Stellenwert in Politik und Öffentlichkeit. Empirisch erhoben werden Daten zur Salienz durch die Frage nach dem derzeit wichtigsten Problem oder Thema im Land. So erhebt das Eurobarometer in regelmäßigen Abständen Daten zu den *„most important issues"* – also den Themen, die für die Mitgliedstaaten sowie für die Europäische Union als besonders bedeutsam wahrgenommen werden. Gemessen wird der Anteil von Personen, die ein Thema als eines der wichtigsten angeben. Dabei werden Themen, die für das eigene Land wichtig sind, von denen unterschieden, die für die EU wichtig sind. Diese Unterscheidung ist nicht zuletzt deshalb von Belang, weil sie zeigt, welche Themen mit der EU assoziiert werden. Dazu gehören Themen wie Klimaschutz und eben Migration.

RECHTSPOPULISTEN: SALIENZ VON MIGRATION ERHÖHEN

Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, wenn rechtspopulistische Parteien im Europawahlkampf vor allem auf eine Karte setzen – nämlich die Salienz von Migration zu erhöhen. Was aber heißt das konkret? Wie lässt sich Salienz erhöhen? Natürlich kann sich die Zahl der eingereisten Flüchtlinge auf die Salienz von Migration auswirken (MIDEM 2018). Mehr Flüchtlinge bedeuten in der Regel auch mehr Debatten über Flüchtlinge. Die Salienz von Migration kann aber auch steigen oder auf hohem Niveau verharren, wenn die Flüchtlingszahlen gering bleiben oder abnehmen. Dies trifft zum Beispiel auf Länder wie Polen oder Tschechien zu, die in den letzten Jahren kaum Asylsuchende aufnahmen, in denen aber das Thema Migration zeitweilig im Fokus von Politik und Medien stand. Tatsächlich kann es sog. politischen ‚Unternehmern' (*entrepreneurs*) gelingen, Themen wie Migration durch entsprechende Politisierungsstrategien auf die politische Agenda zu setzen. Am Beispiel rechtspopulistischer Politikunternehmer lassen sich drei Strategien ausmachen:

DREI STRATEGIEN ZUR ERHÖHUNG DER SALIENZ VON MIGRATION

Fokussierung: Rechtspopulistische Parteien legen im Durchschnitt mehr Gewicht auf das Thema Migration, als es beispielsweise konservative bzw. christdemokratische oder sozialdemokratische Parteien tun. So räumen rechtspopulistische und rechte Parteien dem Thema Migration in der Regel deutlich mehr Platz in ihren Wahlprogrammen und Reden ein als der Rest der Parteien.

Polarisierung: Rechtspopulistische Parteien können polarisieren, indem sie mit ihren Politikvorschlägen stark vom programmatischen Mainstream der anderen Parteien abweichen. Dies geschieht insbesondere durch die Formulierung ‚radikaler' Angebote im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik, die von einem Kopftuchverbot bis hin zum Austritt aus der Genfer Flüchtlingskonvention reichen können.

Skandalisierung: Ein weiteres, bewährtes Mittel zur Erhöhung von Salienz hat weniger mit Inhalten zu tun als vielmehr mit der Art und Weise, wie Inhalte vermittelt werden (insbesondere durch Medien). Dabei geht es um die gezielte Herbeiführung eines politischen Skandals durch die Enthüllung eines vermeintlichen Missstandes oder Fehlverhaltens anderer Parteien. Als Beispiel kann die Debatte rund um den globalen Migrationspakt genannt werden, die rechtspopulistischen Parteien genutzt haben, um angebliche Umsiedlungspläne anzuprangern (Politico 2019).

Die hier vorgelegte Analyse des Europa-Wahlkampfes zeigt, wie rechtspopulistische Parteien und Politikunternehmer die Politisierung von Migrationsfragen auf unterschiedliche Art und Weise vorangetrieben haben. Den meisten rechtspopulistischen Parteien ist es gemein, dass sie dem Thema Migration im diesjährigen Wahlkampf mehr Platz eingeräumt haben. Dies gilt insbesondere für rechtspopulistische Parteien in Westeuropa, deren programmatischer Schwerpunkt sich gegenüber dem letzten Europawahlkampf (2014) von der Kritik der EU-Euro- und Griechenlandpolitik auf die Kritik der europäischen Migrationspolitik verlagert hat. In Deutschland sticht vor allem die AfD heraus, die in ihrem Wahlprogramm dem Thema Migration deutlich mehr Raum bietet als andere Parteien (siehe Seite 29).

NORD- UND WESTEUROPÄISCHE RECHTSPOPULISTEN SETZEN BESONDERS AUF SKANDALISIERUNG

Ist die in manchen nord-, süd- und westeuropäischen Ländern vergleichsweise hohe Salienz von Migration auch auf die Politisierungs- und Mobilisierungsstrategien rechtspopulistischer Akteure zurückzuführen? Diese Studie zeichnet ein differenziertes Bild von rechtspopulistischen Strategien zur Erhöhung der Salienz von Migration. Wo Rechtspopulisten in der Regierung sind (wie in Italien), haben sich Politisierungsstrategien rechtspopulistischer Politiker und Politikunternehmer als besonders wirkungsvoll erwiesen. So ist es dem italienischen Innenminister Matteo Salvini immer wieder gelungen, durch rechtlich und politisch umstrittene Entscheidungen (wie die Schließung der italienischen Häfen für Schiffe von privaten Hilfsorganisationen) das Thema Migration in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit zu katapultieren.

Anderswo – insbesondere in Ländern, in denen etablierte Parteien einwanderungspolitisch nach rechts gerückt sind (wie in Österreich oder in den Niederlanden) – mussten rechtspopulistische Politiker auf bewährte Skandalisierungsstrategien zurückgreifen. So sprach der kurz vor den Europawahlen zurückgetretene Vorsitzende der österreichischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache, von einem „Bevölkerungsaustausch", der sich aufgrund der zu laxen Migrationspolitik in Europa vollziehe. Auch in Nordeuropa wird das Thema Migration immer wieder für gezielte Provokationen genutzt, um migrationskritische Wählergruppen zu mobilisieren.

WARUM SICH DAS THEMA MIGRATION AUF DAS WAHLERGEBNIS AUSWIRKEN WIRD

Insgesamt gelingt es rechtspopulistischen Parteien weiterhin, aus der Skandalisierung der irregulären Migration erfolgreich politisches Kapital zu schlagen – voraussichtlich auch bei den diesjährigen Europawahlen. Das hat vor allem vier Gründe: **Erstens** ist das Thema Migration nach wie vor eines der wichtigsten politischen Themen in den Augen der europäischen Bevölkerung – und zwar auch dann, wenn es in den letzten Jahren etwas an Bedeutung verloren hat. **Zweitens** verbinden viele Bürger Europas das Thema Migration mit der EU. Migration ist derzeit vielleicht das *europäischste* aller politischen Themen und deshalb bei der Europawahl von zentraler Bedeutung. **Drittens** weist das Thema Migration nach wie vor ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotential insbesondere in islam- und migrationsfeindlichen Wählerschichten auf. Gleiches trifft (noch) nicht auf Themen wie wirtschaftliches Wachstum oder Gesundheitsversorgung zu, die in manchen Ländern Europas besonders wichtig sind. **Viertens** wird Migration in den medialen Diskursen der meisten europäischen Länder überwiegend als sicherheitspolitisches Problem gefasst bzw. *geframed*. Das verschärft die Ängste vieler Menschen und spielt den Rechtspopulisten in die Hände, die Migration kaum unter humanitären Gesichtspunkten betrachten.

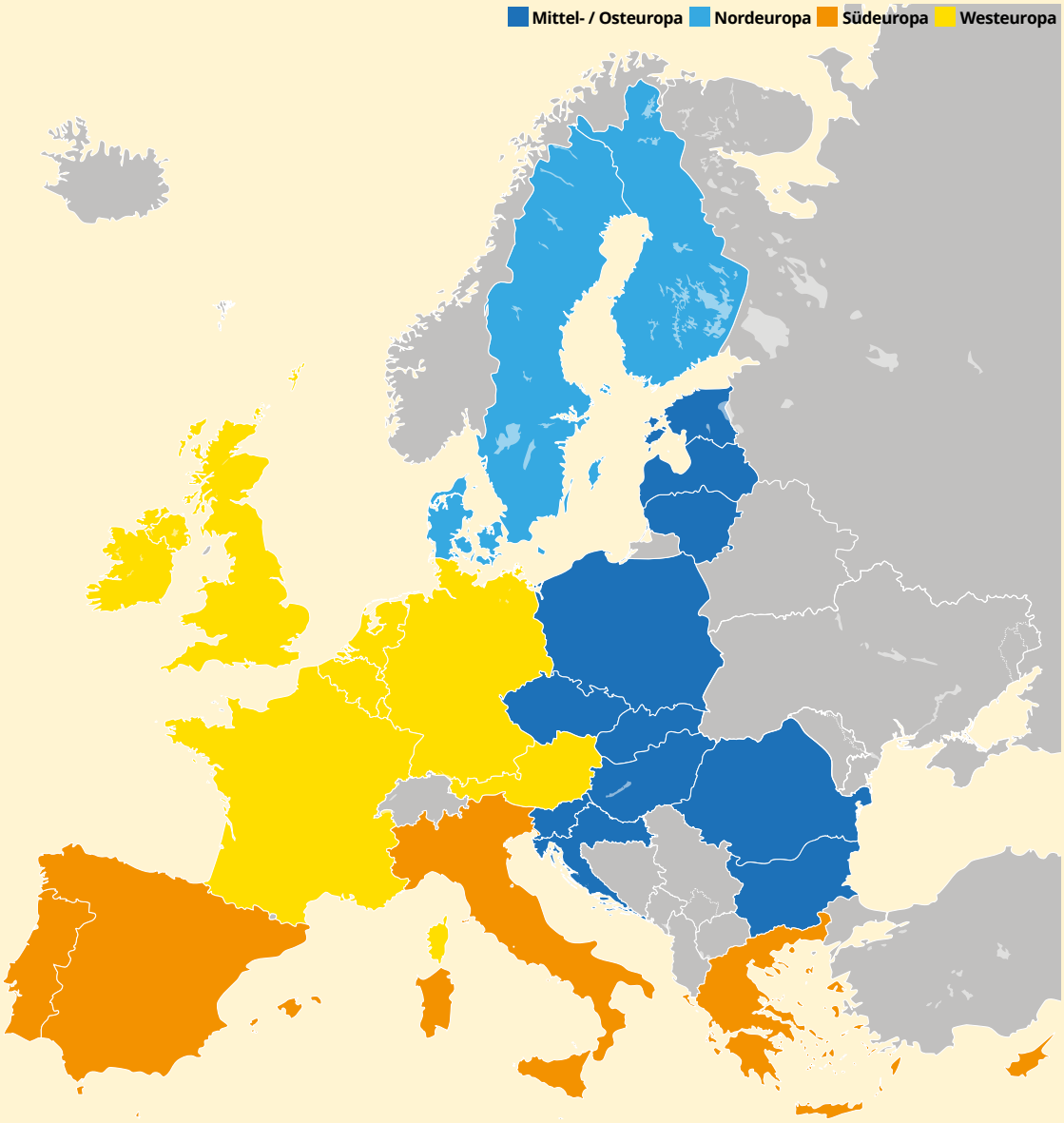
SONDERFALL MITTEL- UND OSTEUROPA

Die mittel- und osteuropäischen Staaten fallen etwas aus dem Rahmen. Das Thema Migration hat hier an Bedeutung und Zugkraft verloren – ungeachtet dessen, dass Mittel- und Osteuropäer Migrationspolitik überwiegend als EU-Aufgabe ansehen (siehe Kapitel 2). Ungarn ist hier aber ein Sonderfall: Das massive Verbreiten von skandalisierenden und teils manipulativen Inhalten mittels einer Plakatkampagne gegen EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat das Thema Migration hier erheblich dringlicher und bedeutungsvoller erscheinen lassen als in den anderen Visegrád-Staaten. Der Mobilisierungsseffekt in der ungarischen Bevölkerung ist nicht ausgeblieben. So ist die Salienz von Migration in Ungarn deutlich höher als im mittel- und osteuropäischen Durchschnitt.

Weitere Unterschiede in Europa fallen auf: Der Vergleich zwischen Nord-, Süd-, West- und Osteuropa macht diese sichtbar. So wird beispielsweise in Südeuropa die EU-Binnenmigration kritischer betrachtet als in Nordeuropa oder in den mittel- und osteuropäischen Staaten, wo die Sorgen vor außereuropäischer Migration überwiegen. Auch anhand soziodemographischer Kriterien werden Unterschiede in Europa deutlich. In Nord- und Westeuropa finden sich positivere Einstellungen gegenüber Migration in den urbanen Wohngegenden, während es sich in Südeuropa genau andersherum verhält. Dort ist die Landbevölkerung aufgeschlossener gegenüber Einwanderung als in den urbanen Zentren. Unterschiede lassen sich auch darin beobachten, welche Polarisierungen das Thema Migration auslöst: Während sich vor allem in Westeuropa rechte und linke Parteien in der Migrationsfrage stark voneinander abgrenzen, ist in Osteuropa der parteiübergreifende Tenor weitaus migrationskritischer. Entsprechend seltener werden dort grundsätzliche Konflikte in diesem Politikfeld ausgetragen. In Nordeuropa wiederum lassen sich Diskursverschiebungen beobachten, die dazu geführt haben, dass selbst sozialdemokratische Parteien inhaltlich und rhetorisch bei den Europawahlen nach rechts gerückt sind und weitaus restriktivere migrationspolitische Positionen vertreten.

Das Thema Migration weckt im Vorfeld der Europawahlen somit ganz unterschiedliche Gefühle und Assoziationen und wird in verschiedenartigen, sich einander überlagernden nationalen und europäischen Diskursen verhandelt. Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Konfliktlagen besser zu identifizieren, ist die vorgelegte Studie nicht nach Ländern, sondern nach europäischen Regionen eingeteilt: Nordeuropa, Südeuropa, Westeuropa und Mittel- und Osteuropa. Deutschland wird gesondert behandelt. Im Rahmen der Untersuchung der Einstellungen zu Migration und Demokratie (Kapitel 2) wurden alle europäischen Länder statistisch erfasst. Dagegen ist die Auswahl der untersuchten Länder in den darauffolgenden Kapiteln überwiegend von exemplarischem Charakter.

Abb.2: Übersicht der EU-Ländergruppen



Quelle: Eigene Darstellung

Abb.3: EU-Ländergruppen

Westeuropa	Nordeuropa	Südeuropa	Mittel- / Osteuropa
Belgien	Dänemark	Griechenland	Bulgarien
Deutschland	Finnland	Italien	Estland
Frankreich	Schweden	Malta	Kroatien
Großbritannien		Portugal	Lettland
Irland		Spanien	Litauen
Luxemburg		Zypern	Polen
Niederlande			Rumänien
Österreich			Slowakei
			Slowenien
			Tschechien
			Ungarn

LITERATUR

De Wilde, Pieter / Lord, Christopher 2016: Assessing actually existing trajectories of EU politicisation. In: West European Politics, Volume 39 (1), 145-163.

Dennison, James / Geddes, Andrew 2019. "A Rising Tide? The Salience of Immigration and the Rise of Anti-Immigration Political Parties in Western Europe." The Political Quarterly 90.1: 107-116.

Europäische Kommission 2019: Eurobarometer 90.3, Brüssel.

Genschel, Philipp / Jachtenfuchs, Markus 2016: More Integration, Less Federation: The European Integration of Core State Powers. In: Journal of European Public Policy, Volume 23 (1), 42--59.

Krastev, Ivan / Leonard, Mark / Dennison, Susi 2019: What Europeans really want: Five Myths Debunked. ECFR Report; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/page/ECFR_What_Europeans_Really_Want_Five_Myths_Debunked.pdf (letzter Zugriff: 30.04.2019).

MIDEM 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden.

Politico 2019: How the UN migration pact got trolled. Verfügbar über: https://www.politico.eu/article/united-nations-migration-pact-how-got-trolled/?fbclid=IwAR0IZMEC_5JpkIC4F5zLYJd3Xuu_POhw4M1psYCtlpzt4lmi6pBlDxehwQI (Letzter Zugriff: 20.05.2019).

2. MIGRATION ALS THEMA

Wie gespalten geht Europa in die Wahl? Und wie sehr spaltet das Thema Migration die Menschen in Europa? Diese Überblicksdarstellung zeigt, was Europas Bevölkerungen im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament eint – und was sie unterscheidet. Im Fokus stehen die Themen Migration und Demokratie. Dabei werden drei Aspekte in den Blick genommen: die Bedeutung bzw. Salienz von Migration, Einstellungen gegenüber Migration aus EU- und Nicht-EU-Ländern sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler wie europäischer Ebene.[1]

1. SALIENZ VON MIGRATION

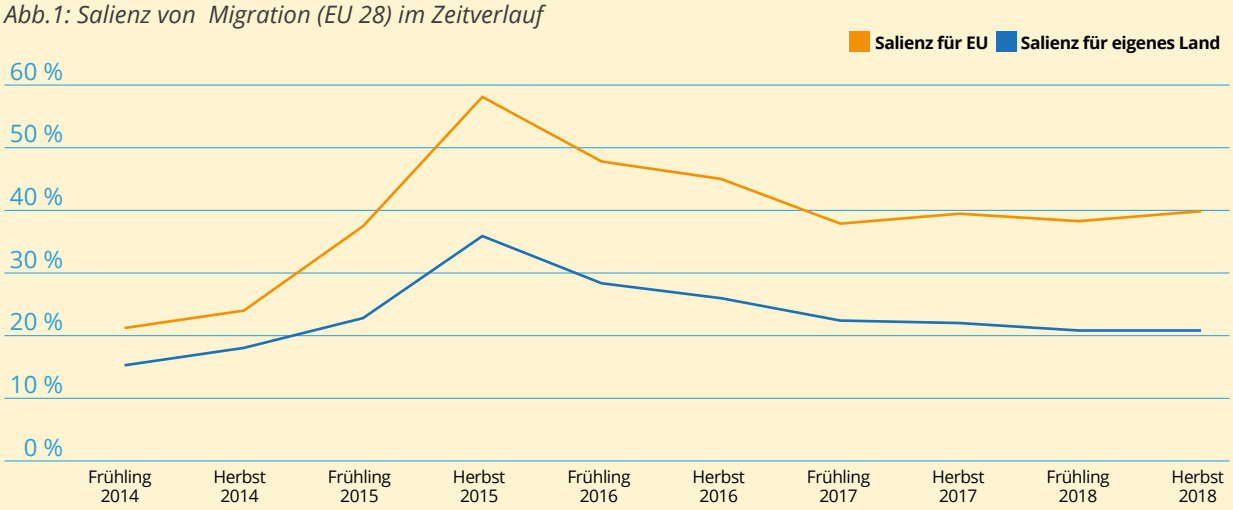
MIGRATION EINES DER WICHTIGSTEN THEMEN IN EUROPA

Die Bedeutung des Themas Migration ist in Europa zwar rückläufig, liegt aber immer noch weit über dem Wert vor 2015 (siehe Abb.1).[2] Damit bleibt Migration nach wie vor ein wichtiges Thema. Auf die Frage nach den zwei wichtigsten Problemen, denen das eigene Land gegenübersteht, geben aktuell knapp 20 % aller EU-Bürger Migration an. Schaut man auf die einzelnen Regionen Europas, so zeigt sich jedoch, dass dem Thema nicht überall gleich viel Bedeutung beigemessen wird (Ländergruppen siehe Anhang). In fast allen Regionen Europas halten ca. 20 % der Befragten Einwanderung für ein wichtiges Thema für das eigene Land. Nur in Mittel- und Osteuropa halten knapp 10 % Migration für ein wichtiges nationales Thema.

MIGRATION IST EIN EU-THEMA

Wenn es um die zwei wichtigsten Themen für die EU geht, stellt sich das Bild anders dar: 40 % aller Europäer nennen das Thema Migration. Am wichtigsten ist Migration als europäisches Thema für Menschen in Mittel- und Osteuropa (43,64 %) und in Skandinavien (40,48 %), gefolgt von Menschen in Südeuropa (39,78 %). Im Westen dagegen kommt dem Thema Migration auf europäischer Ebene am wenigsten Bedeutung zu (38,09 %). Damit wird klar: der Umgang mit Migration ist in den Augen vieler Europäer eine genuin europäische Aufgabe (siehe Abb.2). Das gilt insbesondere für Menschen in Mittel- und Osteuropa.

Abb.1: Salienz von Migration (EU 28) im Zeitverlauf

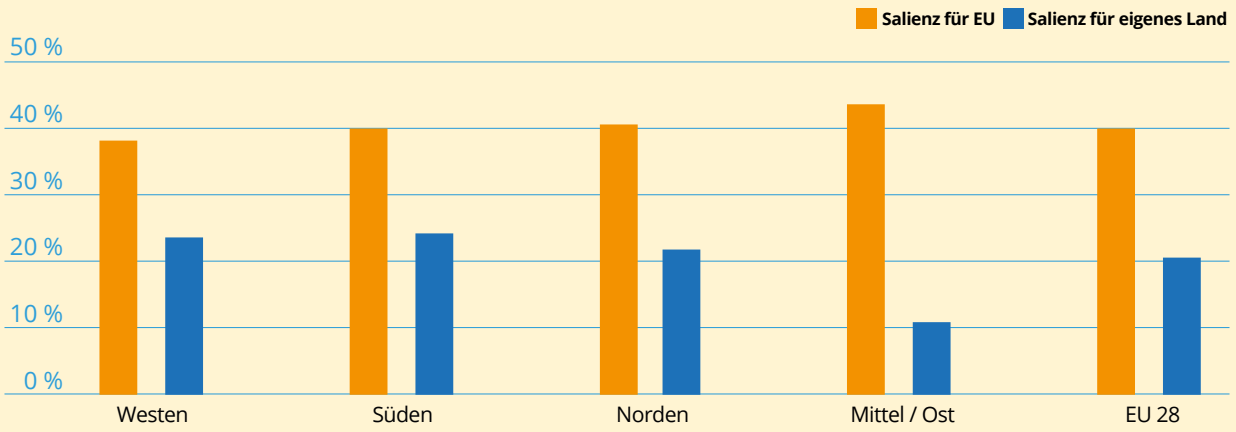


Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

1 Datengrundlage für alle Angaben: Europäische Kommission 2019: Eurobarometer 90.3, Brüssel.

2 Was sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Probleme, denen die EU / (das eigene Land) derzeit gegenübersteht?

Abb.2: Salienz von Migration in den Ländergruppen



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

Bei der Frage, wer Migration als Problem für das eigene Land wahrnimmt, stechen bemerkenswerte Unterschiede zwischen den europäischen Regionen ins Auge: So bestehen starke Unterschiede zwischen Stadt und Land. West-, Mittel- und Osteuropäer sowie Skandinavier halten Migration für weniger wichtig für das eigene Land, wenn sie in urbanen Wohngegenden leben. Für Südeuropa ist es anders herum: Je urbaner der Wohnort, desto wichtiger ist Migration. Bei der Betrachtung der Selbstverortung im politischen Spektrum (links-rechts) gilt über alle Ländergruppen hinweg: Menschen, die sich politisch rechts verorten, halten Migration für ein wichtiges Thema für das eigene Land.

Auch unter denen, die Migration als wichtiges Thema für die EU sehen, sind regionale Unterschiede bemerkenswert. Formal höher gebildete Menschen in Mittel- und Osteuropa schätzen Migration als wichtiges Thema ein. Weiter gilt für Süd- und Westeuropa: Je höher die selbstverortete soziale Klasse, desto eher hält man Migration für ein wichtiges Thema.[3] In den übrigen Regionen Europas lässt sich ein solcher Zusammenhang nicht feststellen. Im Norden und Westen Europas ist zudem klar erkennbar, dass Menschen, die sich politisch rechts verorten, Migration auch als ein wichtiges Thema für die EU halten. Jedoch ist dieser Zusammenhang für Mittel-, Ost- und Südeuropäer nicht erkennbar. Sprich: Nicht nur Rechte betrachten dort Migration als ein wichtiges Thema für die EU.

2. EINSTELLUNGEN GEGENÜBER MIGRATION

STARKE ABLEHNUNG VON MIGRATION AUS NICHT-EU-LÄNDERN

In Europa haben aktuell deutlich mehr Menschen eine negativere Haltung zu Migration von außerhalb der EU als zu Binnenmigration[4]. Während etwas mehr als 30 % aller Europäer ‚ziemlich negativ' oder ‚sehr negativ' gegenüber Migration aus der EU eingestellt sind, sind es bei Migration aus Nicht-EU-Ländern über 55 %. Im Zeitverlauf bleiben die Einstellungen gegenüber Migration weitestgehend konstant (siehe Abb.3) – abgesehen von einer leichten Verschiebung ins Negative zu Beginn der ‚Flüchtlingskrise' (d.h. im Herbst 2015). Seitdem werden die Einstellungen etwas positiver. Zu keinem Zeitpunkt überwogen positivere Einstellungen gegenüber der Migration von

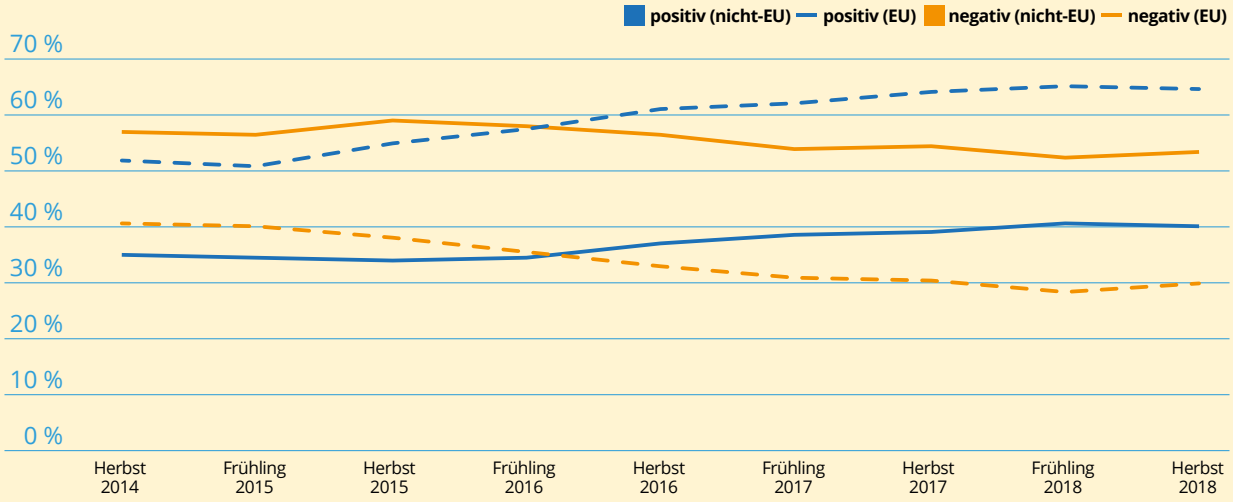
3 Würden Sie sich selbst und Ihren Haushalt zur ... zählen? a) Arbeiterklasse der Gesellschaft; b) Untere Mittelschicht der Gesellschaft; c) Mittelschicht der Gesellschaft; d) Obere Mittelschicht der Gesellschaft; e) Oberschicht der Gesellschaft.

4 Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen: a) Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten; b) Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU.

BINNENMIGRATION: SÜDEUROPÄER AM KRITISCHSTEN

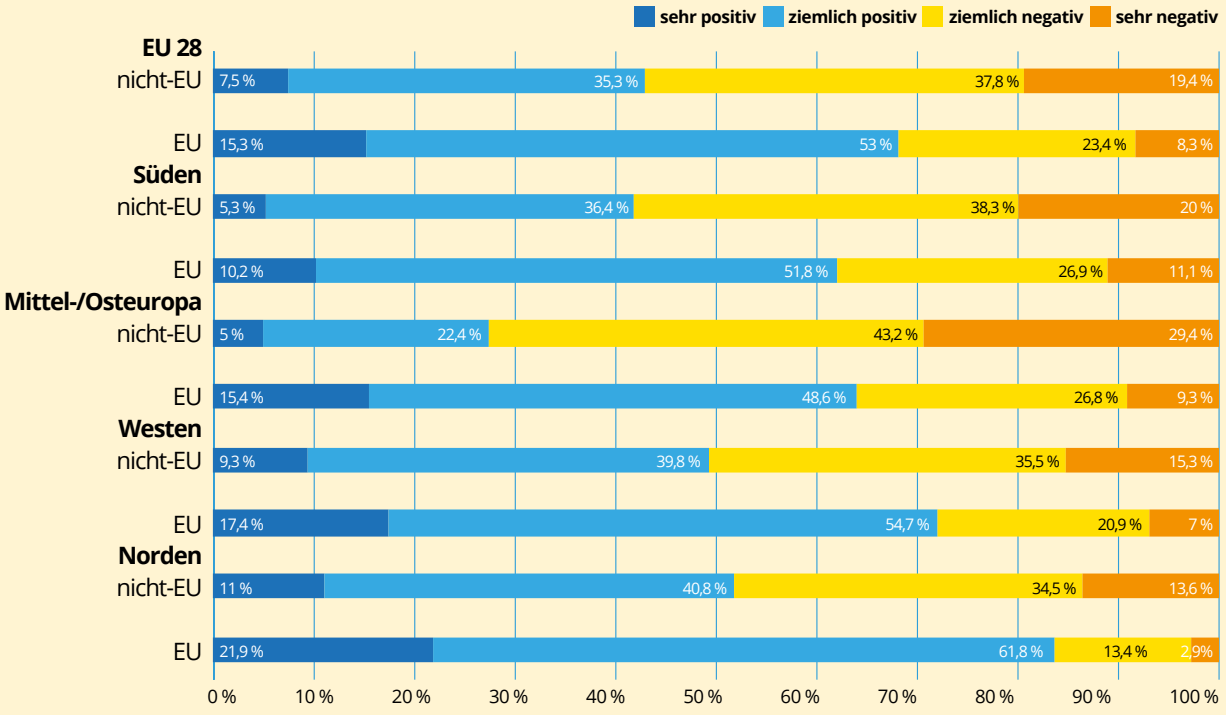
Nicht-EU-Bürgern gegenüber der EU-Binnenmigration. Prinzipiell gilt: Wer keine Probleme mit der Migration von Nicht-EU-Bürgern hat, der steht auch der Binnenmigration positiv gegenüber. Die positivsten Einstellungen gegenüber Migration innerhalb der EU haben Menschen im Norden Europas. Über 80 % von ihnen sind „ziemlich positiv" oder „sehr positiv" gegenüber Binnenmigration eingestellt. Auch mehr als 70 % der Westeuropäer, sowie knapp 65 % der Menschen aus Mittel- und Osteuropa haben eine positive Haltung gegenüber Migration aus anderen EU-Ländern. Südeuropäer bilden das Schlusslicht bei den Einstellungen gegenüber EU-Binnenmigration: Nur knapp über 60 % der Menschen sind diesbezüglich positiv eingestellt.

Abb.3: Einstellungen gegenüber Migration im Zeitverlauf



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

Abb. 4: Einstellungen gegenüber Migration nach Ländergruppen



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

Bei den Einstellungen gegenüber Migration von außerhalb der EU verhält es sich ähnlich: die Hälfte der Skandinavier und Westeuropäer sehen diese positiv. Dagegen betrachten nur etwas mehr als 40 % der Menschen in Südeuropa Migration von Nicht-EU-Bürgern als etwas Positives. Am skeptischsten sind Menschen aus Mittel- und Osteuropa: Weniger als 30 % sehen Migration aus Nicht-EU-Ländern als positiv an.

Im Hinblick auf soziodemographische Faktoren fällt auf, dass höher gebildete Menschen Migration generell positiver einschätzen. Selbiges gilt für die soziale Klasse, der sich die Befragten zuordnen: Je höher sie eingeschätzt wird, desto positiver sind die Einstellungen gegenüber Migration. Weiter gilt, dass jüngere Menschen Migration positiver gegenüberstehen.

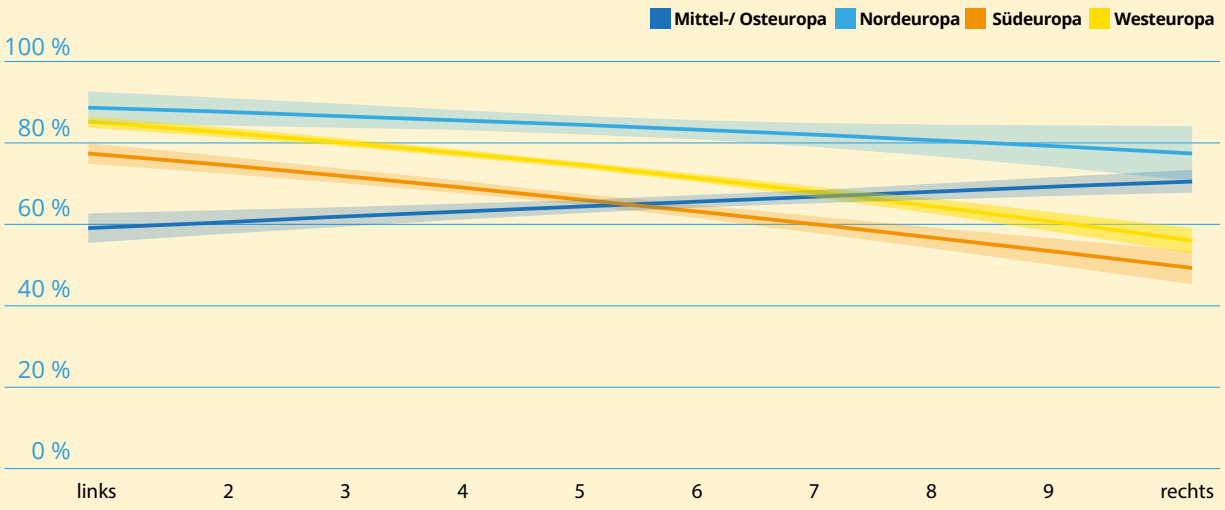
MITTEL-/ OSTEUROPA: RECHTE SEHEN BINNENMIGRATION POSITIVER

Ein regional differenzierteres Bild ergibt sich bei der Urbanität des Wohnortes. Während im Norden und Westen Europas stärkere Urbanisierung des Wohnortes mit positiveren Einstellungen gegenüber EU-Binnenmigration zusammenhängen, ist dieser Zusammenhang für Mittel- und Osteuropa und den Süden nicht klar erkennbar. Ähnliches gilt auch für die Verortung im Rechts-Links-Schema: Während im Westen, Norden und Süden Menschen, die sich als rechts verstehen, ein negativeres Bild von Zuwanderung aus anderen EU-Ländern haben, sind sich rechts verortende Mittel- und Osteuropäer demgegenüber positiver eingestellt. Dieser Zusammenhang wird deutlich in Abbildung 5.

LANDBEVÖLKERUNG NICHT IMMER KRITISCHER GEGENÜBER MIGRATION

Auch gegenüber Migration von außerhalb der EU sind Menschen aus Nord- und Westeuropa in urbaneren Wohngegenden positiver eingestellt. Für Süd-, Mittel- und Osteuropäer ist der Zusammenhang anders herum: Hier sind es Menschen in ländlichen Wohngegenden, die positiver eingestellt sind. Migration aus Nicht-EU-Ländern wird bei rechter politischer Verortung generell negativer gesehen. Nur für Mittel- und Osteuropäer besteht kein Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Selbstverortung und den Einstellungen gegenüber Einwanderung von außerhalb der EU. Das heißt, für Mittel- und Osteuropäer spielt die politische Selbstverortung keine Rolle und auch Menschen, die sich politisch links verorten, können vergleichsweise migrationskritisch sein.

Abb.5: Zusammenhang von Links-Rechts-Positionierung und Einstellungen zu Binnenmigration nach Ländergruppen



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung; Wahrscheinlichkeit der positiven Einstellung zu Binnenmigration; die farbigen Zonen zeigen den Wahrscheinlichkeitsbereich; Methodik s. Anhang.

3. DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT

Generell gilt: Wer zufriedener mit der Demokratie ist, der hat ein positiveres Bild von Migration. Doch wer ist am zufriedensten mit der jeweils nationalen und der europäischen Demokratie?

DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT WEITESTGEHEND KONSTANT

Während 57 % aller Europäer sich als mit ihrer nationalen Demokratie zufrieden bezeichnen, treffen 54 % diese Aussage für die EU-Demokratie.[5] Die Demokratiezufriedenheit bleibt allgemein seit 2014 weitestgehend konstant. Auch die Reihenfolge in der Zufriedenheit mit nationaler und EU-Demokratie bleibt im Zeitverlauf ähnlich: Zu keinem Zeitpunkt sind die europäischen Bürger zufriedener mit der europäischen Demokratie als mit ihren nationalen Demokratien (siehe Abb.6). In den einzelnen Ländergruppen sieht das jedoch anders aus.

Zwischen den einzelnen Ländergruppen bestehen weitaus größere Unterschiede in der Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie als mit der Demokratie der EU. In Skandinavien sind knapp 85 % „ziemlich zufrieden" oder „sehr zufrieden" mit ihren nationalen Demokratien. Damit belegen sie klar den ersten Platz. In Westeuropa sind etwas mehr als 65 % mit ihren nationalen Demokratien zufrieden. Während in Mittel- und Osteuropa noch etwas mehr als die Hälfte der Menschen mit der nationalen Demokratie zufrieden sind, bildet Südeuropa mit etwa 40 % das Schlusslicht. Es bestehen also bis zu 45 Prozentpunkte Unterschied zwischen den Ländergruppen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie.

NORD-, MITTEL- UND OSTEUROPÄER AM ZUFRIEDENSTEN MIT DER EU-DEMOKRATIE

Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie der EU sind die Unterschiede weniger eklatant. Auch hier steht Südeuropa mit nur etwas mehr als 45 % Zufriedenen an letzter Stelle. Auch nur etwa 55 % aller Westeuropäer sind zufrieden mit der EU-Demokratie, in Skandinavien und Mittel- und Osteuropa liegt dieser Wert bei 64 % – sie bilden damit die Spitze.

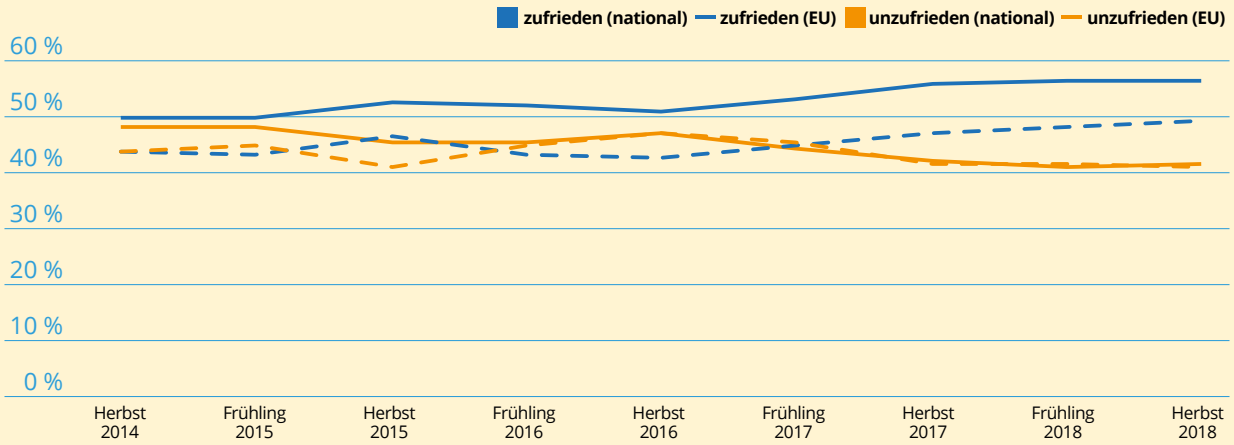
Insgesamt sind also Südeuropäer sowie Mittel- und Osteuropäer zufriedener mit der Demokratie der EU als mit der eigenen, nationalen Demokratie. Besonders ‚Demokratie-unzufrieden' sind Menschen in Südeuropa: Weniger als die Hälfte aller Menschen sind mit der nationalen bzw. europäischen Demokratie zufrieden. Bemerkenswert ist auch die Haltung vieler Menschen in Mittel- und Osteuropa: Während sie der nationalen Demokratie sehr skeptisch gegenüberstehen, sind sie im Ländergruppenvergleich mit am zufriedensten mit der Demokratie der EU.

INFOBOX – Zusammenhang der Demokratieebenen

Die Zufriedenheit mit der jeweiligen nationalen und der europäischen Demokratie hängt unterschiedlich stark miteinander zusammen. Während für West- und Nordeuropäer eine mittlere Korrelation zwischen beiden Ebenen besteht, ist für Mittel- und Osteuropäer hier nur eine geringe Korrelation zu erkennen. Für Südeuropäer zeigt sich dagegen eine starke Korrelation. Das bedeutet, dass Mittel- und Osteuropäer klar zwischen beiden Formen der Demokratie unterscheiden und einige von ihnen nur mit der jeweiligen nationalen Demokratie zufrieden sind, während dies bei anderen nur für die Demokratie der EU gilt. In Südeuropa ist man dagegen entweder mit der Demokratie auf beiden Ebenen zufrieden, oder eben weder mit der nationalen noch mit der europäischen – hier zeigt sich also eher ein Ausdruck generellerer System(un)zufriedenheit.

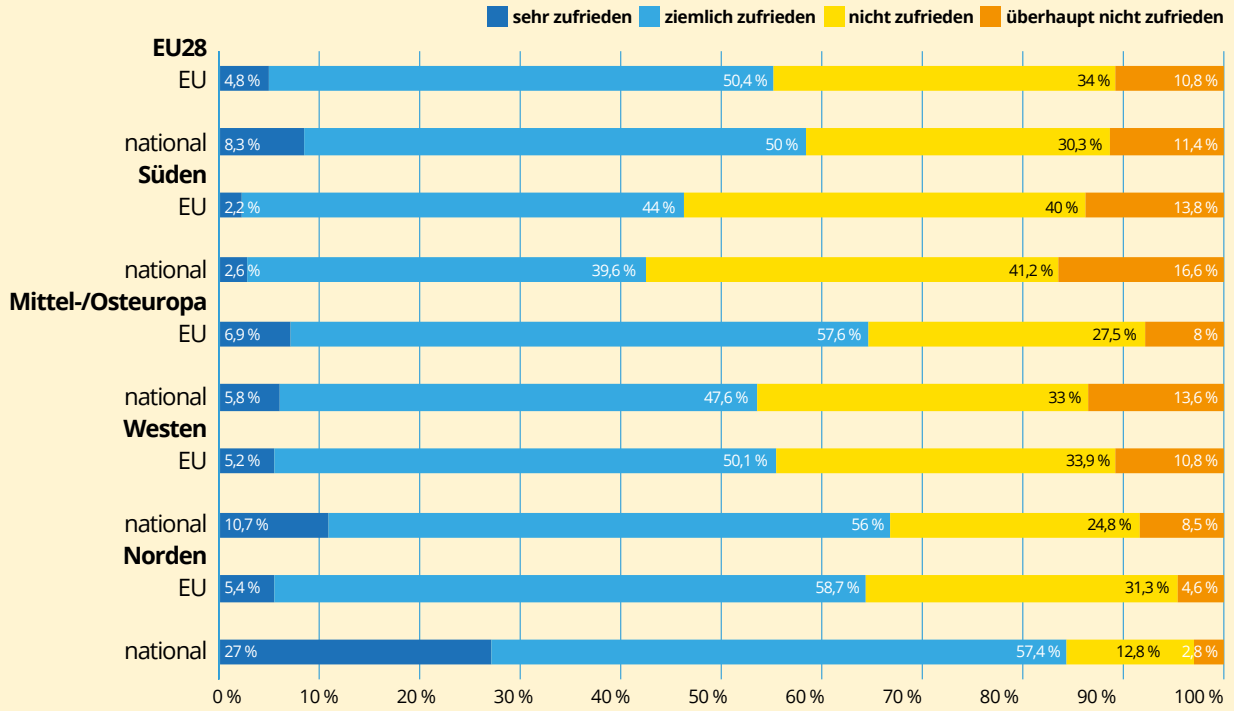
5 Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Ihrem Land funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert?

Abb.6: Demokratiezufriedenheit im Zeitverlauf



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

Abb.7: Demokratiezufriedenheit nach Ländergruppen



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung

Betrachtet man die Verteilung nach soziodemographischen Merkmalen, so wird klar, dass die Zufriedenheit mit der EU-Demokratie nach anderen Maßstäben funktioniert als die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie. Generell gilt: Je höher der Bildungsgrad, desto stärker die Demokratiezufriedenheit auf beiden Ebenen. Gleiches gilt für die soziale Klasse: Je höher diese eingeschätzt wird, desto zufriedener sind die Menschen mit der Demokratie, sei es auf europäischer oder auf nationaler Ebene. Generell sind ältere Personen unzufriedener mit der Demokratie – sowohl national als auch auf EU-Ebene. Einzig in Westeuropa sind ältere Menschen zufriedener mit den jeweiligen nationalen Demokratien. Skandinavier mit Wohnort in größeren Städten sind zufriedener mit der nationalen Demokratie. Menschen aus Mittel- und Ost- sowie aus Westeuropa mit urbanerem Wohnort sind zufriedener mit der EU-Demokratie. Wer sich in Mittel- und Osteuropa

politisch rechts einstuft, der ist sowohl mit der EU-Demokratie, als auch mit der nationalen Demokratie zufriedener. Dagegen sind rechte Skandinavier unzufriedener mit der nationalen Demokratie. West- und Südeuropäer, die sich als rechter einstufen sind unzufriedener mit der Demokratie der Europäischen Union.

JE GERINGER DIE DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT, DESTO NEGATIVER DIE EINSTELLUNGEN ZU MIGRATION

Wie hängen Demokratiezufriedenheit und Einstellungen gegenüber Migration zusammen? Generell besteht hier ein positiver Zusammenhang: Menschen, die unzufriedener mit der nationalen und der europäischen Demokratie sind, haben eine negativere Haltung sowohl gegenüber EU-Binnenmigration als auch zu Migration von außerhalb der EU.

Dabei hat die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie einen stärkeren Einfluss auf Einstellungen gegenüber Binnenmigration als auf Einstellungen gegenüber Migration aus nicht-EU-Ländern. Dies gilt auch für die Zufriedenheit mit der EU-Demokratie: Der Einfluss ist stärker auf die Einstellungen zur Binnenmigration. Wer also unzufriedener mit der Demokratie ist, ist vor allem negativer gegenüber Binnenmigration eingestellt.

ZUSAMMENFASSUNG

Migration bleibt eines der wichtigsten Themen in Europa. Doch sind von Land zu Land erhebliche Unterschiede zu verzeichnen. Auch in den Einstellungen gegenüber Migration zeigt sich Europa gespalten. Europas Bürgerinnen und Bürger eint einzig der Umstand, dass sie Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern generell kritischer sehen als die EU-Binnenmigration. Unterschiede sind auch bei der Zufriedenheit mit der Demokratie erkennbar. Während Mittel-Ost- und Südeuropäer zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie der EU als mit der Demokratie in ihrem Land sind, ist es in West- und Nordeuropa genau anders herum. Generell gilt: Menschen, die unzufriedener mit der nationalen und der europäischen Demokratie sind, haben eine negativere Haltung gegenüber Migration.

Auch innerhalb der Ländergruppen bestehen teils erhebliche Unterschiede. Migration ist Großstädtern in allen Regionen, außer dem Süden, weniger wichtig. Jedoch sind nur Westeuropäer und Skandinavier dieser positiv gegenüber eingestellt. In Süd-, Mittel- und Osteuropa haben Großstädter sogar eine negativere Haltung gegenüber Migration. Auch bei der Verortung auf dem politischen Spektrum sind Verwerfungen zu erkennen: Migration ist für Rechte überall ein wichtiges Thema. Jedoch haben rechte Mittel- und Osteuropäer eine positive Haltung gegenüber Binnenmigration, während Rechte in den anderen Regionen diese kritisch sehen. Dennoch lässt sich über alle Ländergruppen hinweg feststellen, dass Menschen mit geringer formaler Bildung und niedriger sozialer Klasse Migration kritisch gegenüberstehen und mit der Demokratie auf beiden Ebenen unzufrieden sind.

ANHANG

Operationalisierung mit den Daten des Eurobarometers

	Fragen-nummer	Frage im Eurobarometer	Antwortmöglichkeiten
Salienz von Migration national	qa3_9	Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (das eigene Land) derzeit gegenübersteht?	*1) Einwanderung genannt* *2) Einwanderung nicht genannt*
Salienz von Migration EU	qa5_9	Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?	*1) Einwanderung genannt* *2) Einwanderung nicht genannt*
Einstellungen gegenüber EU-Binnen-migration	qb1_1	Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen: Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten	*1) Sehr positiv* *2) Ziemlich positiv* *3) Ziemlich negativ* *4) Sehr negativ*
Einstellungen gegenüber Migration von außerhalb der EU	qb1_2	Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen: Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU	*1) Sehr positiv* *2) Ziemlich positiv* *3) Ziemlich negativ* *4) Sehr negativ*
Demokratie-zufriedenheit national	qa16a	Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (Ihrem Land) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala:	*1) Sehr zufrieden* *2) Ziemlich zufrieden* *3) Nicht sehr zufrieden* *4) Überhaupt nicht zufrieden*
Demokratie-zufriedenheit EU	qa16b	Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert?	*1) Sehr zufrieden* *2) Ziemlich zufrieden* *3) Nicht sehr zufrieden* *4) Überhaupt nicht zufrieden*
Bildung	d8	Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?	*1) Unter 15 Jahre* *2) 16 - 19 Jahre* *3) 20+*
Soziale Klasse	d63	Würden Sie sich selbst und Ihren Haushalt zur ... zählen?	*1) Arbeiterklasse der Gesellschaft* *2) Untere Mittelschicht der Gesellschaft* *3) Mittelschicht der Gesellschaft* *4) Obere Mittelschicht der Gesellschaft* *5) Oberschicht der Gesellschaft*
Alter	d11	Darf ich fragen, wie alt Sie sind?	
Urbanität des Wohnortes	d25	Würden Sie sagen, dass Sie in einer ländlichen Gegend, also auf dem Dorf, in einer Kleinstadt oder Mittelstadt oder in einer großen Stadt leben?	*1) Ländliche Gegend* *2) Klein- oder Mittelstadt* *3) Große Stadt*
Links-rechts Positionierung auf dem politischen Spektrum	d1	In der Politik spricht man von „links“ und „rechts“. Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?	*Skala von 1-10* *1=links* *10=rechts*

Methodik

Allgemein:
Für alle Analysen werden Gewichte genutzt, die es ermöglichen, Aussagen über die gesamte Bevölkerung Europas sowie über die der einzelnen Ländergruppen zu treffen. Gewichtet wurde nach Bevölkerungsgröße und Schichtung (Geschlecht, Alter und Regionen der einzelnen Länder).

Salienz von Migration
Die Zusammenhänge zwischen der Salienz des Themas Migration und den verschiedenen soziodemographischen Faktoren wurde mittels polychorischer Korrelation sowie logistischer Regression ermittelt. Bei letzter dient die Salienz von Migration als abhängige Variable.

Einstellungen gegenüber Migration und Demokratiezufriedenheit
Die Zusammenhänge zwischen den Einstellungen gegenüber Migration sowie Demokratiezufriedenheit mit den verschiedenen soziodemographischen Faktoren wurde mittels polychorischer Korrelationen sowie ordered logit-Modellen ermittelt. Als zusätzliche Überprüfung der Ergebnisse wurden die abhängigen Variablen zudem als binäre Variable umcodiert und jeweils mit logistischen Regressionen berechnet. Um den Zusammenhang zwischen Einstellungen gegenüber Migration und Demokratiezufriedenheit festzustellen, wurden Pearsons Korrelationen berechnet.

Für die Berechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit in Abbildung 5 wurde nach der logistischen Regression die Kovariate auf ihren beobachteten Werten fixiert. Dies ermöglicht die Interpretation dieser Wahrscheinlichkeiten als eine Schätzung der Anteile in der Grundgesamtheit.

3. DEUTSCHLAND

1. SALIENZ – BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

In Deutschland haben Fragen der Migrations- und Integrationspolitik in den vergangenen Jahren eine große Aufmerksamkeit erfahren. Vor allem im Zuge der ‚Flüchtlingskrise' des Spätsommers 2015 zählten sie zu den dominierenden Themen des öffentlichen Diskurses und zu den entscheidenden politischen Mobilisierungsfaktoren. Unter dem Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (PEGIDA) war bereits im Herbst 2014 eine Protestbewegung auf Straßen und Plätzen entstanden, die sich explizit gegen den Zuzug von Flüchtlingen richtete, und auch die Alternative für Deutschland (AfD) hatte sich seit ihrem Parteitag im Juli 2015 verstärkt mit dem Migrationsthema profiliert. Mit dieser Ausrichtung gelang es der Partei, zuwanderungsskeptische Einstellungen in der Bevölkerung zu kanalisieren und in Abgeordnetenmandate umzuwandeln. Dabei konnte sie breite Wählersegmente insbesondere von den beiden großen Volksparteien abziehen und bis Ende 2018 mit zweistelligen Stimmenanteilen in alle Landtage sowie 2017 auch in den Bundestag einziehen. Nicht nur die krisenhafte Zuspitzung migrations- und integrationspolitischer Fragen, sondern auch die anhaltende, teilweise skandalisierende Berichterstattung, die den politischen Aufstieg der AfD begleitete, hat zwischen 2015 und 2017 dem Thema Migration in Deutschland eine große Aufmerksamkeit zukommen lassen.

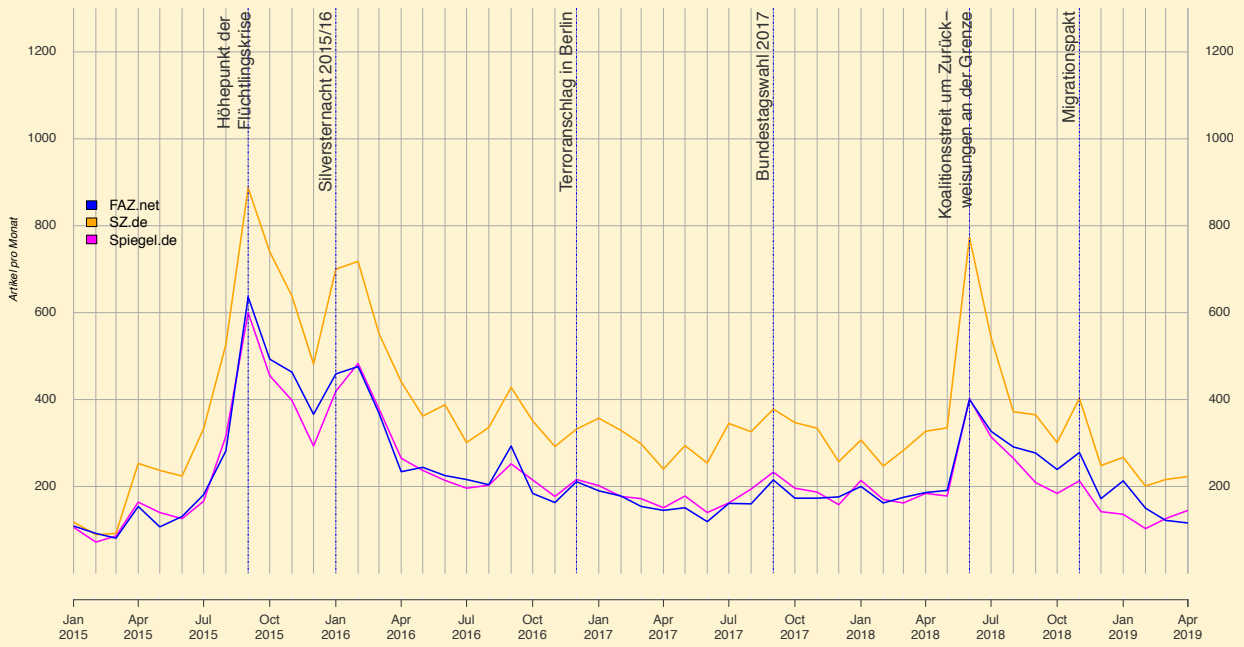
EUROPAWAHLKAMPF 2014

Von diesen Entwicklungen war im Europawahlkampf 2014 allerdings noch wenig zu spüren. Zwar konnte bereits damals die im Februar 2013 gegründete AfD mit 7,1 % der Stimmen einen aufsehenerregenden Erfolg erringen, die Programmatik und Rhetorik der Partei waren damals aber noch schwerpunktmäßig auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen ausgerichtet. So wurde etwa ein Aufspaltung von Großbanken gefordert, die Eurorettungspolitik als „Fass ohne Boden" abgelehnt und gar ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion angestrebt (AfD 2014: 4 f.). Fragen der Migrations- und Integrationspolitik spielten für die Partei im Wahlkampf 2014 nur am Rande eine Rolle.

SALIENZ DES MIGRATIONSTHEMAS 2014-2019

Auch im Frühjahr 2019 scheint das Thema Migration in Deutschland wieder einen Teil seiner öffentlichen Aufmerksamkeit verloren zu haben. Während zwischen 2014 und 2018 vor allem die Geschehnisse im Mittelmeer, Beispiele gescheiterter Integration in deutschen Städten, Straftaten durch Asylbewerber sowie Aufmärsche von Rechtsextremen und ‚Wutbürgern' – zuletzt im August 2018 in Chemnitz – immer wieder für großes Aufsehen sorgten und Anlass für politische Skandale, gesellschaftliche Polarisierungseffekte sowie eine breite Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik lieferten, wurde im eher zaghaft geführten und von begrenztem öffentlichen Interesse begleiteten Europawahlkampf 2019 hinsichtlich migrationsbezogener Fragen eine auffallende Zurückhaltung praktiziert. Stattdessen beherrschten zwischen Januar und Mai 2019 andere, vor allem energie- und umweltpolitische Themen, wie die Schülerproteste zum Klimaschutz, der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie mögliche Maßnahmen zur Reduktion des Ausstoßes von CO_2 die mediale Berichterstattung. Im Hinblick auf Europa wurden vor allem der Vorschlag zur Reform des EU-Urheberrechts sowie die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union medial begleitet.

Abb.1 Aggregierte Häufigkeit von migrationsbezogenen Schlagworten in ausgewählten überregionalen Medien



Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung auf Basis der Online-Zeitungsarchive von Spiegel Online, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung; Schlagworte: Migration, Migranten, Asyl, Flüchtlinge.

Kontroversen rund um das Thema Migration und Flüchtlinge hingegen erlebten in Deutschland ihren bisher letzten Höhepunkt im Frühsommer 2018, als beim Streit zwischen CDU und CSU um mögliche Zurückweisungen Asylsuchender an der deutschen Grenze bereits über einen Bruch der Fraktionsgemeinschaft zwischen den beiden Parteien im Bundestag und über ein Ende der nur wenige Monate zuvor gebildeten Großen Koalition spekuliert wurde. Seit den Landtagswahlen im Herbst 2018 in den Ländern Bayern und Hessen, in denen sowohl CDU/CSU als auch die SPD erneut herbe Stimmenverluste verzeichnen mussten, die AfD hingegen in beide Landesparlamente mit zweistelligen Ergebnissen einzog, verzichteten die Parteien der Großen Koalition in Berlin augenscheinlich darauf, bestehende Meinungsverschiedenheit im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik öffentlich auszutragen.

Dieser Trend kann auch an der Medienberichterstattung abgelesen werden. Zwischen Juli 2018 und April 2019 war hier ein Rückgang der Nennungen von migrationspolitischen Schlagworten in der Online-Berichterstattung überregionaler Tageszeitungen zu verzeichnen (siehe Abb.1).

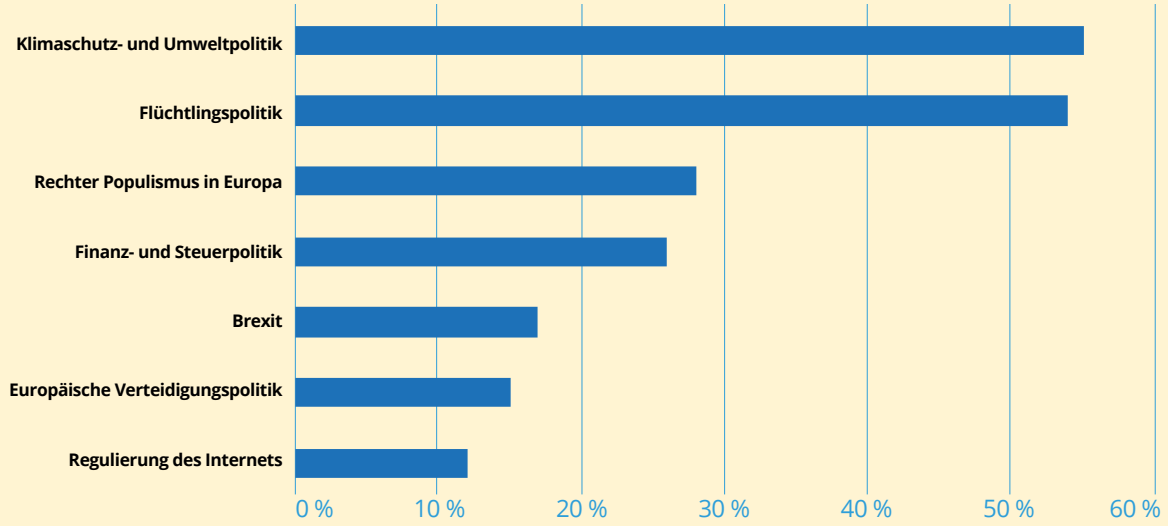
PROBLEMEMPFINDEN DER BEVÖLKERUNG

Diese neuerliche Zurückhaltung von Politik und Medien hinsichtlich des Themas Migration scheint allerdings in einem gewissen Widerspruch zum Problemempfinden in der Bevölkerung zu stehen. So zählte etwa laut einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts YouGov noch Ende April 2019 für über die Hälfte der Befragten die Flüchtlingspolitik zu den wichtigsten Themen des Europawahlkampfes. Das Thema stand damit – gemeinsam mit der Klimaschutz- und Umweltpolitik – noch immer weit vor allen anderen Problemen, und hatte besonders bei den über 45-jährigen Befragten eine herausragende Bedeutung (Inhoffen 2019, ähnlich: Geiger 2019, anders Infratest dimap 2019; siehe Abb.2).

MIGRATIONSKRITIK IM NETZ

Eine Analyse der Aktivitäten der politischen Parteien in den sozialen Netzwerken zeigt wiederum, dass in Deutschland noch immer vor allem migrationskritische Akteure im Netz um Unterstützung werben. Demnach

Abb.2 Wichtigkeit politischer Fragen für die Europawahl aus Sicht der Wahlberechtigten in Deutschland



Quelle: YouGov, April 2019 (Inhoffen 2019) / Eigene Darstellung. Frage: „Welche Themen sind für Sie im Europawahlkampf besonders wichtig?" (n = 2029).

stammten zwischen Januar und März 2019 etwa 40 % aller Facebook-Nachrichten, die sich auf die kommende Europawahl bezogen, von der AfD – auch wenn sich die offiziellen Verlautbarungen der Partei dabei meist nicht auf das Themenfeld Migration und Integration, sondern auf die jüngste europaweite Reform des Urheberrechts bezogen (Scott 2019).

2. POLITIKANGEBOTE IM ÖFFENTLICHEN DISKURS

Die Positionierungen der einzelnen Parteien in Deutschland zu Fragen von Migration, Asyl und Integration waren im Europawahlkampf 2019 durch eine große Bandbreite unterschiedlicher Vorstellungen geprägt. Bereits die generelle Einordnung des Themenfeldes ließ dabei auf eine starke Polarisierung des politischen Diskurses schließen. So wurde von SPD, FDP, Grünen und Linken Migration weitgehend positiv konnotiert, Einwanderungspolitik als „Chancenpolitik" bezeichnet und Europa als ein „Kontinent der Migration" verstanden, dessen Einwanderer „zu Wohlstand, Demokratie und kultureller Entwicklung" wesentlich beigetragen haben (FDP 2019: 124; Linke 2019; 39, Bündnis 90/Die Grünen 2018: 89). Nach Auffassung der AfD hingegen verschärft Zuwanderung in erster Linie „die Konkurrenz um Ressourcen", bedroht den sozialen Frieden, „ohne substanziell zur Wertschöpfung beizutragen" und bringt „die europäische Zivilisation in existentielle Gefahr". Insbesondere durch die von den „politischen Eliten und Institutionen der EU" verfolgte großzügige Asyl- und Immigrationspolitik der vergangenen Jahre, die mit ihr verbundenen „astronomischen finanziellen Belastungen" sowie einen „aggressiv vordingenden Islam" sah die Partei auf lange Sicht die Grundlagen der europäischen Zivilisation gefährdet. Es drohe in Europa eine „Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen", die „Destabilisierung unserer freiheitlichen Demokratien" und ein „Kulturabbruch historischen Ausmaßes" (AfD 2019: 37, 65).

Diese extrem unterschiedlichen Bewertungen spiegelten sich auch in jenen zentralen Begriffen, an denen sich die migrationspolitischen Positionierungen der einzelnen Parteien ausrichteten. Während SPD und Linke das „Gebot der Nicht-Zurückweisung für Schutzsuchende" in den Mittelpunkt ihrer asylpolitischen Überlegungen stellten und mahnten, Europa müsse die „Fluchtursachen bekämpfen und nicht die Flüchtlinge", wurde von CDU/CSU das Feld der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspo-

litik vor allem aus der Perspektive sicherheitspolitischer Fragestellungen adressiert und im gemeinsamen Wahlprogramm unter der Überschrift „Sicherheit und Freiheit: Unser Europa schützt seine Bürger" verhandelt. Wichtigstes Ziel einer gelungenen Flüchtlings- und Asylpolitik war aus ihrer Sicht, „dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt" (SPD 2019: 28; Linke 2019: 40; CDU/CSU 2019: 14). Bündnis 90/Die Grünen wiederum bezeichneten die „mangelnde Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten" neben Klima- und Finanzkrise selbst als ‚größte Krise' des gegenwärtigen Europas (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 10). Dagegen verwies die AfD vor allem auf die Dysfunktionalität des europäischen ‚Asylsystems', das „zu keiner Zeit als Steuerungsinstrument für Masseneinwanderung gedacht" gewesen sei und in der heutigen Situation „sowohl dem Asylmissbrauch als auch der Schleuserkriminalität Vorschub" leiste (AfD 2019: 38). Mit einer ähnlich scharfen Rhetorik beschrieb wiederum die Linke die aktuelle Politik der EU als „Krieg gegen die Geflüchteten der Welt", in dessen Verlauf sich Europa nach außen „mit immer brutaleren Mitteln" abschotte. Dabei unterschied die Partei nicht zwischen EU-Bürgern auf der einen sowie Geflüchteten, Asylsuchenden bzw. Zuwanderern auf der anderen Seite, sondern zwischen ‚denen, die schon länger Europa leben' und ‚denen, die neu hinzu kommen' (Linke 2019: 8 f.).

THEMA: GRENZSCHUTZ

Doch auch jenseits einer höchst unterschiedlichen Kontextualisierung von Migration, Flucht und Integration wurden in beinahe allen Bereichen, die mit derartigen Fragen befasst waren, große inhaltliche Differenzen in den Positionen der Parteien in Deutschland deutlich. Lediglich ein „verlässlicher Schutz" der europäischen Außengrenzen vor „illegaler Zuwanderung" wurde sowohl von der SPD, FDP als auch von CDU/CSU und AfD eingefordert, wobei wiederum die europäische Grenzschutzagentur Frontex bei fast allen Parteien eine Schlüsselfunktion einnimmt und „zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eigenen Handlungsbefugnissen und Personal" ausgebaut werden sollte (SPD 2019: 27; FDP 2019: 122; Beer 2019; CDU/CSU 2019: 15; AfD 2019: 39).

Während sich SPD, Grüne und Linke allerdings gleichzeitig auch zur privaten Seenotrettung bekannten, deren ‚Kriminalisierung' anprangerten und ihre finanzielle, technische und personelle Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten forderten, sollte nach dem Willen der AfD „die Einschleusung von Drittstaatlern in die EU durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs)" als „schwere Straftat" behandelt und entsprechend verfolgt werden. Auch bezeichnete die Partei es als „absurd", dass Frontex „auf See aufgegriffene Menschen mit Migrationsziel Europa" in die EU weitertransportiere und damit im Grunde „Hilfsdienste für Schleuser" verrichte (SPD 2019: 27; Bündnis 90/Die Grünen 2018: 92; Linke 2019: 40; AfD 2019: 39 f.). B90/Die Grünen wiederum wandten sich gegen eine derartige, aus ihrer Sicht „zutiefst unseriös[e]" und „politisch fahrlässig[e]" Vermengung von „grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und Flüchtlingsaufnahme". Schutz der Außengrenzen hieß für die Partei vor allem, dass dort ankommende Menschen „zuverlässig registriert und erstversorgt" werden, um eine humane und geordnete Flucht- und Migrationspolitik zu gewährleisten (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 93 f.; Keller 2019). Unter dem Motto „Seebrücken und Fähren statt Frontex!" und „Fluchtwege nicht versperren!" trat schließlich die Linke für die ersatzlose Auflösung von Frontex zugunsten eines „zivilen Seenotrettungsprogramms" ein (Linke 2019: 40). Während es ihr vor allem um die Ermöglichung und menschenwürdige Gestaltung von Migration ging, wurde bei CDU/CSU und AfD das Geschehen im Mittelmeer eher als Problem illegaler Migration, des Treibens skrupelloser Schlepperbanden und ihrer notwendigen ‚rechtsstaatlichen' Bekämpfung beschrieben (CDU/CSU 2019: 15; AfD 2019: 39).

Abb.3: Wahlplakat der AfD 2019

Quelle: www.facebook.com/alternativefuerde

THEMA: STEUERUNG VON MIGRATION

Vor diesem Hintergrund formulierten die Parteien auch die zukünftigen Ziele einer gemeinsamen europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Laut AfD sollte sich die EU zukünftig „unter strikter Befolgung des Subsidiaritätsgrundsatzes" vor allem auf die „operative Hilfestellung für die Mitgliedsstaaten bei Abschiebungen sowie bei Verhandlungen über Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten" von Migrationsbewegungen beschränken. „Anreize im deutschen Asylverfahren" müssten „behoben", die „Sogwirkung der deutschen Willkommenskultur beendet" und jegliche Form der nachträglichen Legalisierung einer illegalen Einreise verhindert werden. Auch anerkannte Asylsuchende dürften dabei „nicht automatisch in einen Daueraufenthalt hineinwachsen", denn schließlich sei Asyl „ein Gastrecht auf Zeit". „Kriminelle, sonstige Rechtsbrecher und Terroristen", so fordert die AfD, sollten „niemals schutzberechtigt sein" und falls dem die Europäische Menschenrechtskonvention entgegenstände, sei diese „zu ändern" (AfD 2019: 38 f.). Weniger radikal, aber dafür mit wesentlich konkreteren Vorschlägen angereichert war die Positionierung von CDU/CSU. So versprach die Partei ein „Migrationsmonitoring" einzuführen, das zukünftige Migrationsbewegungen und entstehende Brennpunkte bereits in einer Art „Frühwarnsystem" sichtbar macht. Daneben sollten Migranten bereits außerhalb der EU in europäischen „Transitzentren" registriert, identifiziert und ihre Anliegen geprüft werden. Die EU sollte nach den Vorstellungen von CDU/CSU außerdem das bereits beschlossene europäische Ein- und Ausreiseregister (EES) sowie das derzeit entstehende Europäische Reisegenehmigungssystem (ETIAS) „schnellstmöglich scharf schalten" (CDU/CSU 2019: 15).

Ganz anders die Position von Bündnis 90/Die Grünen: Während CDU/CSU und FDP für die „Einrichtung humanitärer Schutzzonen" in Nordafrika plädierten und die Unionsparteien gar forderten, „präventiv" mit anderen Staaten des Mittleren und Nahen Ostens sowie Afrikas Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens abzuschließen, lehnten die Grünen „Abschottungsabkommen" zur Steuerung von Migration ab. Ebenso sprachen sie sich gegen „[a]bgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen, und europäische Außenlager in Drittstatten", eine „einseitige Aufrüstung von Frontex", eine „Kooperation mit der lybischen Küstenwache" und die Einstufung von Staaten als ‚sichere Herkunftsländer' aus (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 91, 94; CDU/CSU 2019: 14; FDP 2019: 128). Die Schaffung sicherer und legaler Zuwanderungswege nach Europa hingegen war nicht nur eine Kernforderung von Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch von SPD und Linken. SPD und Grüne forderten eine deutliche Ausweitung des *Resettlement-Pro-*

gramms der EU, SPD und FDP eine Einführung humanitärer Visa für Europa nach dem Vorbild der Schweiz (FDP 2019: 128; SPD 2019: 67 f.; Bündnis 90/Die Grünen 2018: 92; Keller 2018). Im scharfen Gegensatz dazu stand wiederum die Forderung der AfD nach europäischen „Remigrations-Programmen". Nicht *Resettlement* nach Europa, sondern die „Umsiedlung" von Europa in ein Drittland sollte hier „nach australischem Vorbild" die Ausweisung auch solcher ausreisepflichtiger Migranten ermöglichen, „die nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können" (AfD 2019: 40).

THEMA: AUFNAHME

Auch hinsichtlich der Aufnahme- und Verteilungspraxis von anerkannten Asylsuchenden zeigten die deutschen Parteien im Europawahlkampf 2019 eine große Bandbreite an Positionen. Einigkeit herrschte noch nicht einmal bei der Bewertung der geltenden Dublin-III-Verfahrensregeln. Während CDU/CSU an deren Grundprinzipien festhalten wollten, „wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben", hielten alle anderen Parteien dieses System für gescheitert und forderten eine tiefgreifende Reform (CDU/CSU 2019: 14). SPD, FDP, Grüne und Linke plädierten dafür, die geltenden Regeln zu einem ‚gemeinsamen europäischen Asylsystem' weiterzuentwickeln und forderten einen europaweiten verbindlichen und „solidarischen" Verteilungsschlüssel für Migranten. Sollte dieser aber weiterhin nicht umsetzbar sein, dann konnte laut B90/Die Grünen Dublin III auch durch ein „Bündnis der Willigen", den „gemeinsamen Aufbruch einer humanitären Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen" ersetzt werden. Laut der Partei Die Linke wäre in diesem Fall eine „europäische Fluchtumlage" von jenen Mitgliedsstaaten zu erheben, „die ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen systematisch missachten" (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 90, 95; SPD 2019: 67; FDP 2019: 126; Linke 2019: 41; Ähnlich auch Amnesty International 2019). Für die AfD wiederum hatte sich das bisherige EU-Asylsystem als „reines ‚Schönwetterrecht'" erwiesen und musste deshalb über einen „grundlegenden Paradigmenwechsel" auf die Begrenzung von Zuwanderung ausgerichtet werden (AfD 2019: 37). Die bedarfsorientierte Migration von Fachkräften nach Europa wiederum wurde im Wahlkampf 2019 fast ausschließlich von der FDP aufgegriffen. Nach ihr sollte die EU ihre Attraktivität für qualifizierte Einwanderung etwa durch die Einführung eines „europäischen Punktesystems" weiter erhöhen, einen „Spurwechsel" vom Asyl- zum Einwanderungsverfahren ermöglichen und durch die Gründung einer „europäischen Fachkräfteagentur" sowie von „europäischen Ausbildungszentren in Drittstaaten" die gezielte Anwerbung von Fachkräften befördern (FDP 2019: 124).

THEMA: ABSCHIEBUNG

Groß war die Differenz politischer Positionen auch im Umgang mit abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerbern. Mit Parolen wie „Kein Mensch ist illegal!", „Niemand flieht freiwillig!" und „Raus aus den Lagern!" lehnte die Linke die Ausweisung und Zurückführung von Migranten in ihre Heimatländer in jeglicher Form ab und forderte stattdessen eine „umfassende VISA-Liberalisierung" und „offene Grenzen für alle Menschen" (Linke 2019: 40). Auch bei Bündnis 90/Die Grünen hatte der einfache Satz aus dem Europawahlprogramm 2019, dass „nicht alle, die kommen", auch bleiben könnten, auf der Bundesdelegiertenkonferenz Anfang November 2018 in Leipzig noch für heftigen Streit gesorgt. Laut Franziska Brantner, der europapolitischen Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, war eine solche Klarstellung aber notwendig, damit das Bekenntnis der Partei zum Grundrecht auf Asyl „nicht verhetzbar wird" (Prössl 2018). Zwar bekannten sich damit auch B90/Die Grünen zur Notwendigkeit von Rückführungen und den damit möglicherweise verbundenen „menschlichen Härten", allerdings forderte die Partei im gleichen Atemzug eine europaweite „ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung" und eine „angemessene Unterstützung für die Zeit nach der Rückkehr" (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 96). Für alle anderen Parteien hingegen gehören die Forderungen nach einer schnelleren und konsequenteren Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber seit Jahren zu den Allgemeinplätzen politischer Rhetorik (vgl. etwa CDU 2014: 70; FDP 2014: 27).

THEMA: FLUCHTURSACHEN

Auch das Thema Fluchtursachen wurde im Wahlkampf vor allem von den Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums diskutiert, wenngleich es dabei eher um die Darstellung abstrakter globaler Problemzusammenhänge als um konkrete Maßnahmen ging. Während die SPD sich zu einer „fairen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik" sowie einer „wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit" bekannte, verwiesen B90/Die Grünen insbesondere auf die problematische Art und Weise, „wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln". Die „europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- und Rüstungsexportpolitik" durfte nach Ansicht der Partei nicht länger ausschließlich „an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden", sondern sollte auch global eine ökologische Agrar- und Energiewende befördern (SPD 2019: 63, 69; Bündnis 90/Die Grünen 2018: 97). Am umfangreichsten widmete sich die Linke der Beschreibung möglicher Fluchtursachen. Mit deutlichen Worten forderte auch sie, die globalen Handelsbeziehungen konsequent nach sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Standards auszurichten. Dazu könnte ein „internationaler Ausgleichsmechanismus, der die EU-Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet", ebenso beitragen wie die Einführung einer „europäische[n] Fluchtursachensteuer". Alle „Mittel für militärische Interventionen" sollten aus Sicht der Partei außerdem umgewidmet und „den Ländern des globalen Südens" zur Verfügung gestellt werden (Linke 2019: 42 f.). In den Wahlprogrammen von Union, FDP und AfD hingegen spielte das Thema der Fluchtursachen jenseits des formelhaften Hinweises auf die Wichtigkeit ihrer Bekämpfung eher eine untergeordnete Rolle. Die AfD wies gar lediglich auf das Problem hin, dass die Abwanderung gesellschaftlicher Leistungsträger in den Herkunftsstaaten dort selbst als Fluchtursache für andere wirken könne und so einen „Teufelskreis noch größerer Verelendung" erzeuge (AfD 2019: 40).

Abb.4: Wahlplakat der Partei Die Linke 2019

Quelle: www.facebook.com/linkspartei

THEMA: INTEGRATION

Das weite Feld der Integrationspolitik schließlich wurde in den Wahlprogrammen der deutschen Parteien zur Europawahl 2019 eher am Rande, *ex negativo* oder – wie bei CDU/CSU, jenseits eines Bekenntnisses zur Orientierungsfunktion der ‚gemeinsamen europäisch-abendländisch-christlichen Kultur' – gar nicht thematisiert. Im Wahlprogramm der FDP galt die Vermittlung von Sprachkenntnissen und europäischen Wertvorstellungen hauptsächlich als ein Mittel, um „Parallelgesellschaften" zu verhindern. Die AfD war dabei insbesondere bemüht, mit drastischen Worten die Folgen gescheiterter Integration zu beschreiben und vor einer Islamisierung Europas zu warnen (FDP 2019:

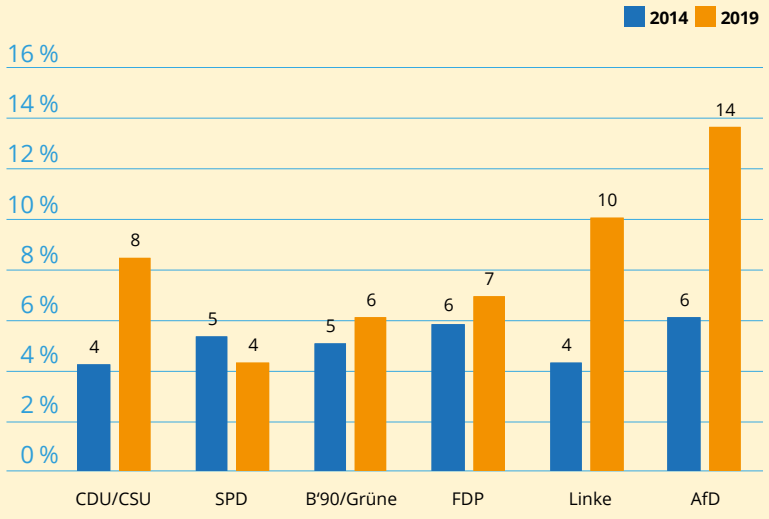
124; AfD 2019: 51). Konkrete Forderungen kamen auch hier lediglich von den Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums. SPD und B90/Grüne plädierten etwa für die Einrichtung eines europäischen Fonds, mit dessen Hilfe Städte und Kommunen zur Aufnahme von Migranten und zur Teilnahme an *Resettlement-Programmen* ermuntert und ihre Integrationsbemühungen von der EU finanziell unterstützt werden sollten (SPD 2019: 68; Bündnis 90/Die Grünen 2018: 95). Die Linke hingegen forderte eine europäische „Teilhabe-Agenda", nach der allen, die dauerhaft in der EU leben, grundsätzlich die gleichen sozialen und politischen Partizipationsrechte wie EU-Bürgern zuerkannt werden sollen (Linke 2019: 40 f.).

3. ZUSAMMENFASSUNG

VERGLEICH 2014 - 2019

Ein Vergleich der migrationspolitischen Positionen der Parteien von 2014 und 2019 zeigt, dass sich in den Jahren zwischen den beiden Europawahlen der gesellschaftliche und politische Diskurs zum Thema verändert hat. Hier lediglich von einer ‚Rechts-' oder ‚Linksverschiebung' zu sprechen würde allerdings zu kurz greifen. Im Großen und Ganzen ist die migrationspolitische Ausrichtung der Parteien gleich geblieben, wobei aber – insbesondere von AfD und Linke – deutlich mehr Aufwand in die Erläuterung und Rechtfertigung der eigenen Position investiert wurde. Tatsächlich ist die Veränderung zwischen 2014 und 2019 eher als Prozess problemorientierter Aneignung des Politikfeldes und Konkretisierung der eigenen Position zu beschreiben. Während 2014 die meisten deutschen Parteien das Thema Migration, Asyl und Flüchtlinge eher mit Allgemeinplätzen und ethischen Standortbestimmungen abhandelten, deutet 2019 bereits in quantitativer Hinsicht die Fülle konkreter Politikangebote auf eine deutlich gestiegene Relevanz des Problemfeldes im öffentlichen Diskurs und einen hohen politischen Handlungsdruck hin. Bei der AfD macht sich dabei zusätzlich ein programmatischer Wandel von der eurokritischen ‚Professorenpartei', die 2014 noch vom damaligen Spitzenkandidat Bernd Lucke in den Wahlkampf geführt wurde, zur rechtspopulistischen Kraft in einem besonders starken Anstieg migrationspolitischer Positionierungen bemerkbar. Um entsprechende Mobilisierungsgewinne zu erzielen, hatte die Partei folglich auch im Europawahlkampf 2019 ein großes Interesse daran, dass Fragen der Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik in der öffentlichen Diskussion präsent bleiben (vgl. Abb. 6).

Abb.5: Anteile der Europawahlprogramme der Parteien, die sich mit migrationspolitischen Themen beschäftigten im Vergleich



Quelle: Eigene Berechnung

INHALTLICHE VERSCHIEBUNGEN BEI CDU/CSU

Eine inhaltliche Verschiebung der migrationspolitischen Positionen und Schwerpunktsetzungen zwischen 2014 und 2019 war jedoch am ehesten bei CDU/CSU zu beobachten. Während die Unionsparteien 2014 auf dem Feld der Flüchtlings-, Migrations- und Asylpolitik – ähnlich wie andere Parteien – noch mit allgemeinen Bekenntnissen ein breites Spektrum unterschiedlicher Vorstellungen zusammenführen wollten, wurde 2019 der Themenbereich überwiegend aus der Perspektive sicherheitspolitischer Fragestellungen adressiert und mit zahlreichen konkreten politischen Maßnahmen zur effektiven Steuerung und dauerhaften Reduzierung der Flüchtlingszahlen angereichert. Mehrere Forderungen von 2014, wie die Unterstützung einer direkten „Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten", der Verweis auf den „Grundsatz der Nichtzurückweisung" an der Grenze oder die „Pflicht zur Seenotrettung", tauchten im Programm 2019 nicht mehr auf (CSU 2014: 5; CDU 2014: 67 ff.; vgl. Abb. 7).

Doch auch bei anderen Parteien konnten im Vergleich zu 2014 einige neue migrationspolitische Akzentsetzungen beobachtet werden. Beispielsweise forderte die FDP 2019, ebenso wie CDU/CSU, die Einrichtung von Transitzentren außerhalb der EU, Bündnis 90/Die Grünen hingegen bekannten sich zur Notwendigkeit von Abschiebungen und sprachen sich grundsätzlich für den Abschluss von Rückführungsabkommen aus. Die Notwendigkeit eines effektiven ‚europäischen Kontrollregimes' der EU-Außengrenzen wurde 2019 schließlich von fast allen Parteien betont (SPD 2019: 69; Bündnis 90/Die Grünen 2018: 94; CDU/CSU 2019: 14 f.; FDP 2019: 122; AfD 2019: 40).

Abb.6: Migrationspolitische Kernforderungen von CDU/CSU 2014 und 2019 im Vergleich

Europawahlprogramme von CDU und CSU 2014	Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU 2019
NORMATIVE GRUNDLAGEN • Bekenntnis zur Pflicht, „Menschenleben zu retten", Verweis auf die „christlichen Überzeugungen"	• Allgemeines Bekenntnis zu „rechtlichen und humanitären Verpflichtungen" • Ziel: dauerhaft niedrige Flüchtlingszahlen
STEUERUNG VON MIGRATION • Ausweitung ‚sicherer Herkunftsstaaten'	• Ausweitung ‚sicherer Herkunftsstaaten' • Einführung eines „Migrationsmonitorings" als „Frühwarnsystem" • Einrichtung europäischer Transitzentren außerhalb der EU, in denen Migranten registriert, identifiziert und ihre Anliegen geprüft werden • Einrichtung „humanitärer Schutzzonen" in Nordafrika
ASYLVERFAHREN • Einführung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems	• EU-weite „Harmonisierung" asylrechtlicher Standards und Aufnahmebedingungen • Beseitigung von „Fehlanreizen", europaweite Angleichung von Leistungen für Asylbewerber und Beschränkung „auf ein Minimum"
GRENZSCHUTZ • Schutz der EU-Außengrenzen unter „konsequente[r] Einhaltung menschenrechtlicher und humanitärer Standards" • Weitere ‚Stärkung' der ‚erfolgreichen Arbeit' von FRONTEX • Strikte Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und der Pflicht zur Seenotrettung • Bekenntnis zur Abschaffung der EU-Binnengrenzen, Verweis auf notwendige Sicherung der EU-Außengrenzen	• „verlässlicher Schutz" der europäischen Außengrenzen vor „illegaler Zuwanderung" • Zügiger Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX „zu einer operativen Grenzpolizei" unter deutlicher Ausweitung ihrer Befugnisse • Festhalten an „temporären Binnengrenzkontrollen" mit „intelligenten Überwachungsmethoden", solange der EU-Außengrenzschutz nicht gewährleistet ist
AUFNAHMEPRAXIS • Unterstützung einer direkten „Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in ihr Herkunftsland nicht möglich ist" • Aufruf an alle EU-Mitgliedstaaten sich an der Flüchtlingsaufnahme zu beteiligen • Ablehnung eines europäischen Verteilungsschlüssels für Asylbewerber	• Forderung nach einer „solidarischen Lastenverteilung" innerhalb der EU sicherstellen, grundsätzliche Beibehaltung der Zuständigkeit des Einreiselandes nach Dublin III
FLUCHTURSACHEN • Plädoyer für eine ‚nachhaltige Asylpolitik': Forderung sich für eine Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern einzusetzen	• Verweis auf die nachhaltige Entwicklungspolitik der EU (u.a. ‚Marshallplan für Afrika') • Verweis auf das Engagement Europas im Friedensprozess in Syrien, Afghanistan und im Irak
RÜCKFÜHRUNG • Konsequente und schnellere Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen in ihre Heimatländer • Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten in Afrika	• Direkte Rückführung aus Transitzentren ermöglichen • Präventiver Abschluss von Rücknahmeabkommen mit Staaten des Mittleren und Nahen Ostens sowie Afrikas nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens

Quelle: CSU 2014: 5; CDU 2014: 67 ff.; CDU/CSU 2019: 14 f. / Eigene Darstellung

LITERATUR

AfD 2014: Mut zu Deutschland. Das Programm der AfD zur Europawahl 2014. Kurzversion; verfügbar unter: https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/AfD_Europawahl_Programm_web.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

AfD 2019: Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019; verfügbar unter: https://www.afd.de/europawahlprogramm (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Amnesty International 2019: Für ein gemeinsames Europäisches Asylsystem: Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme. Amnesty-Hintergrundpapier zur Europawahl; verfügbar unter: https://www.amnesty.de/sites/default/files/2019-04/Amnesty-International-Europawahl-2019-Dossier-Asylpolitik.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Beer, Nicola 2019: Positionen; verfügbar unter: https://www.nicola-beer.de/ (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Bündnis 90/Die Grünen 2014: Europa mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; verfügbar unter: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Bündnis 90 / Die Grünen 2018: Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019; verfügbar unter: https://www.gruene.de/artikel/gruenes-wahlprogramm-zur-europawahl-2019 (letzter Zugriff: 15.05.2019).

CDU 2014: „Gemeinsam erfolgreich in Europa". Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschlands; verfügbar unter: https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

CDU/CSU 2019: Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU; verfügbar unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

CSU 2014: Europaplan Bayern 2014-2019, München, verfügbar unter: https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Europawahlen/EU2014_Broschuere_Europaplan_Bayern_ES.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Die Linke 2014: Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch; verfügbar unter: https://archiv2017.die-linke.de/die-linke/wahlen/archiv/europawahlen-2014/europawahlprogramm/ (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Die Linke 2019: Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019; verfügbar unter: https://www.die-linke.de/europawahl/wahlprogramm/ (letzter Zugriff: 15.05.2019).

FDP 2014: Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014; verfügbar unter: https://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf (letzter Zugriff: 15.05.2019).

FDP 2019: Europas Chancen nutzen. Das Programm der Freien Demokraten zur Europawahl 2019; verfügbar unter: https://www.fdp.de/programm/europas-chancen-nutzen (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Geiger, Klaus / Mülherr, Silke 2019: Deutsche halten Umweltschutz für größte Herausforderung der EU; verfügbar unter: https://www.welt.de/politik/ausland/article193371401/WELT-Umfrage-Deutsche-halten-Umweltschutz-fuer-groesste-Herausforderung-der-EU.html
(letzter Zugriff: 15.05.2019).

Infratest dimap 2019: EuropaTREND Mai 2019; verfügbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/europatrend/2019/mai/
(letzter Zugriff: 15.05.2019).

Inhoffen, Lisa 2019: Europawahl: Jeder Zweite kennt keinen der deutschen Spitzenkandidaten; verfügbar unter: https://yougov.de/news/2019/04/24/europawahl-ist-fur-wahler-deutlich-weniger-wichtig/
(letzter Zugriff: 15.05.2019).

Keller, Ska 2018: Humanitäre Visa: Sichere und legale Wege in die Europäische Union sind ein Akt der Menschlichkeit; verfügbar unter: https://www.skakeller.de/themen/migration-und-flucht (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Keller, Ska 2019: Frontex: Ausbau der Grenzschutzagentur nur mit starken europäischen Grundrechten; verfügbar unter: https://www.skakeller.de/themen/migration-und-flucht (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Prössl, Christoph 2018: Ein Programm für Europa. Grünen-Parteitag in Leipzig; verfügbar unter: https://www.tagesschau.de/inland/gruenen-parteitag-117.html (letzter Zugriff: 15.05.2019).

Scott, Mark 2019: French and German populists dominate EU election chatter on Facebook, data shows; verfügbar unter: https://www.politico.eu/article/europe-populists-european-election-alternative-for-deutschland-rassemblement-national-facebook/ (letzter Zugriff: 15.05.2019).

SPD 2014: Europa eine neue Richtung geben. Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014; verfügbar unter: https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/downl/7767555/wahlprogramm-data.pdf
(letzter Zugriff: 15.05.2019).

SPD 2019: Kommt zusammen und macht Europa stark! Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019; verfügbar unter: https://www.spd.de/europa-ist-die-antwort/unsere-ziele/unser-europaprogramm/
(letzter Zugriff: 15.05.2019).

4. WESTEUROPA

1. SALIENZ – BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

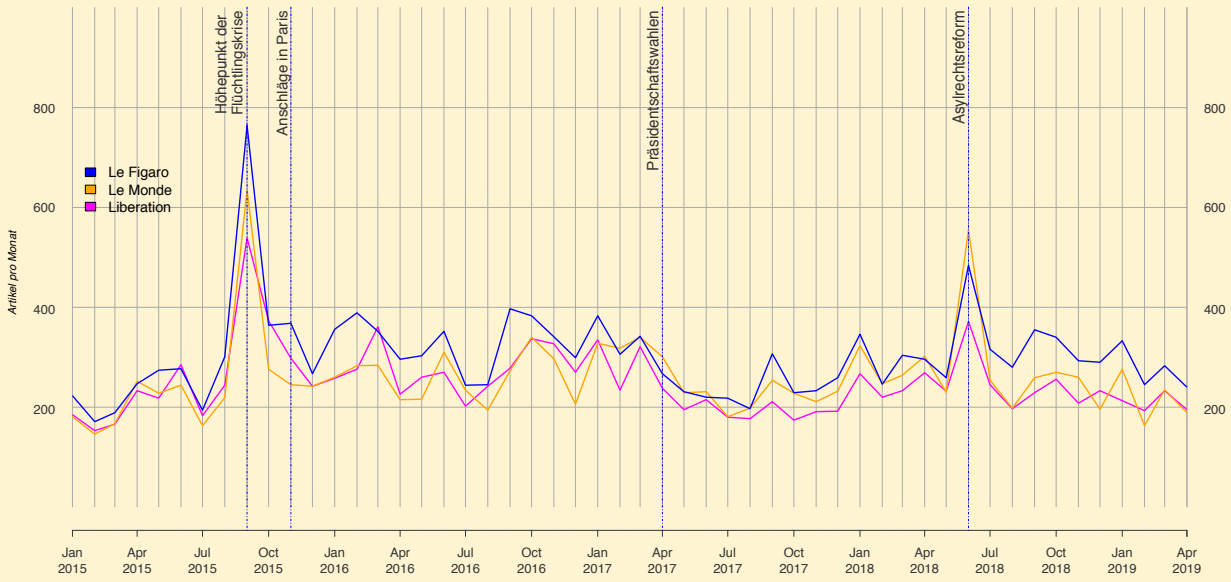
HOHE SALIENZ VON MIGRATION IN WESTEUROPA

Westeuropa ist, zusammen mit Nordeuropa, die Region, in welcher Migration seit langem, d.h. schon vor Beginn der ‚Flüchtlingskrise', eine vergleichsweise hohe Salienz erfährt. Dies wurde bereits durch die Wahl zum Europäischen Parlament 2014 deutlich – erkennbar unter anderem am Sieg des damaligen Front National (FN) in Frankreich und der UK Independence Party (UKIP) in Großbritannien. Diese Parteien verband nicht nur die starke Kritik an der EU-Politik, sondern auch die Ablehnung liberaler Migrationspolitik.

MIGRATION WIRD UNTERSCHIEDLICH STARK DISKUTIERT

Auch im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 ist Migration weiterhin ein wichtiges Thema, wobei auch andere Themen wie Klima, Arbeitslosigkeit, Steuerpolitik oder Terrorismus die öffentliche Tagesordnung bestimmen. In einigen nationalen Debatten steht Migration nicht mehr durchgehend im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit und wird von anderen, tagespolitischen Themen teilweise verdrängt. Selbst im Vereinigten Königreich, wo Migration 2016 das wichtigste Motiv für das Brexit-Votum war, erschienen in den Jahren 2017 und 2018 in den Printmedien weniger Titelaufmacher zu diesem Thema (Katwala 2019). Seit Beginn des Jahres richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die turbulenten Brexit-Debatten im britischen Parlament. In Frankreich dominierten die Gelbwestenproteste und der Wiederaufbau von Notre-Dame zunächst die Medienberichterstattung, weshalb der Europawahlkampf erst verzögert einsetzte. Die erste Fernsehdebatte im April begann dann mit dem Thema Migration und wurde vorwiegend in flucht- und asylpolitischen Kontexten geführt. Seitdem dominieren wieder andere kontroverse Themen wie die Einführung eines europäischen Mindestlohns und die Umweltpolitik. Das wird auch an der Medienberichterstattung deut-

Abb.1: Aggregierte Häufigkeit von migrationsbezogenen Schlagworten



Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung auf Basis der Online-Zeitungsarchive von Le Monde, Le Figaro und Suchbegriffe: réfugié, asile, migrant, immigration, migration

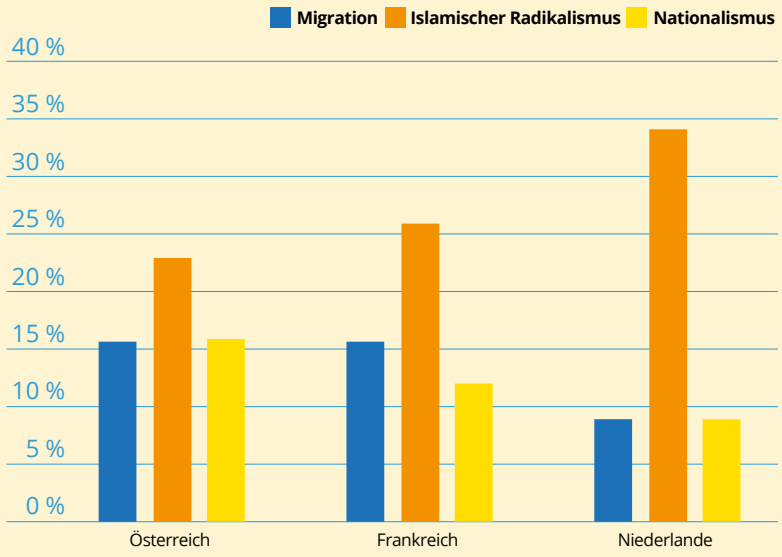
lich, die Migration nur stellenweise thematisiert (siehe Abb.1). Ähnlich sprunghaft wird das Thema Migration in den Niederlanden und in Belgien diskutiert: Anlassbezogen wird es bisher in integrations-, asyl- oder sicherheitspolitischen Kontexten aufgegriffen, stellenweise aber wieder von anderen Fragen wie Klima und Mobilität verdrängt. In Österreich hingegen ist Migration auch national weiterhin das bestimmende Thema.

EINWANDERUNG VON AUSSERHALB EUROPAS BESTIMMT DEN DISKURS

Auch die Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass Migration auf nationaler Ebene eines von mehreren Politikfeldern ist, das von westeuropäischen Bevölkerungen als wichtig erachtet wird. So liegt es in Österreich und Belgien an erster, in den Niederlanden an dritter und in Frankreich und dem Vereinigten Königreich an vierter Stelle, wenn nach den bedeutendsten Themen des Landes gefragt ist. Weitaus deutlicher hingegen betonen die Bürgerinnen und Bürger aller westeuropäischer Staaten die außergewöhnliche Relevanz von Einwanderung auf europäischer Ebene: Selbst in Irland, wo nur ein sehr geringer Anteil der Bevölkerung (5 %) Migration zu den zwei wichtigsten Themen des Landes zählt, findet eine deutliche Mehrheit, dass Einwanderung das zentrale Thema der europäischen Politik ist.

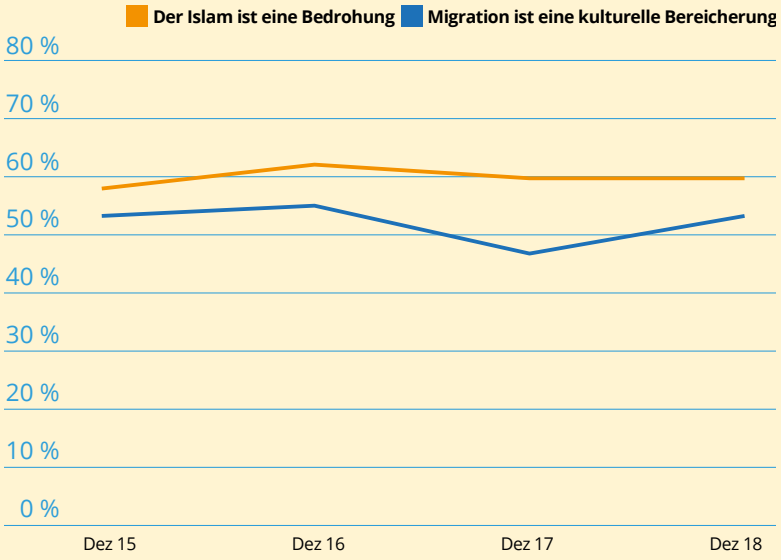
Es ist vor allem Einwanderung von außerhalb Europas, die den westeuropäischen politischen Diskurs bestimmt. Relevante Dimensionen sind Identität und Religion, Sicherheit und Wohlfahrtsstaatlichkeit. Stellenweise wird aber auch die EU-Binnenmigration in den öffentlichen Debatten thematisiert. So ist beispielsweise in Frankreich und Belgien die EU-Richtlinie zur Entsendung von Arbeitnehmern ein relevantes Thema und wird vor allem von rechtspopulistischer Seite als Beispiel für migrationsbedingte Arbeitsmarktkonkurrenz aufgegriffen. Oftmals scheint aber nicht mehr Migration als solche im Zentrum der Aufmerksamkeit zu stehen, sondern die gesellschaftlichen Folgen von und politischen Reaktionen *auf* Migration. In Ländern wie Frankreich, den Niederlanden und Österreich beispielsweise hält ein Teil der Bevölkerung Migration, ein ungefähr gleich großer Teil allerdings das Thema Nationalismus für die größte ‚Bedrohung' Europas. Eine relative Mehrheit betrachtet in diesen Staaten nicht Migration, sondern „islamischen Radikalismus" als größte Gefahr (Krastev et al. 2019). In Frankreich beispielsweise wird der Islam mehrheitlich als Bedrohung wahrgenommen, obwohl sich die generellen Einstellungen gegenüber Migration verbessert haben.

Abb.2: Bedrohungswahrnehmungen in Europa (Stand: Januar/Februar 2019)



Quelle: Krastev et al. 2019 / Eigene Darstellung

Abb.3: Einstellungen zu Migration und Islam in Frankreich (Stand: Dezember 2018)



Quelle: SiencesPo 2019 / Eigene Darstellung

DER WAHLKAMPF WIRD AUCH MIT NATIONALEN THEMEN BESTRITTEN

Oftmals wird der EU-Wahlkampf auch von Themen beherrscht, die in keinem direkten Zusammenhang zu Europa stehen. Dies wird in diesem Jahr unter anderem in Belgien offensichtlich, wo am 26. Mai zugleich Parlaments- und Regionalwahlen stattfinden. In Österreich sind die letzten Tage des Wahlkampfs vom Rücktritt des Vizekanzlers Heinz-Christian Strache (FPÖ) nach einer Korruptionsaffäre geprägt. Am Wochenende vor der Europawahl haben Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) Neuwahlen im Herbst angekündigt. Auch in anderen Ländern ist der Wahlkampf zum Europäischen Parlament wesentlich von innenpolitischen Debatten geprägt, was dazu führt, dass Migrationspolitik auf verschiedensten Ebenen, und nicht nur in Bezug auf EU-Kompetenzen, diskutiert wird. Das gilt vor allem für Großbritannien, wo sich der Europawahlkampf mit den grundsätzlichen Debatten um den Brexit und die Zukunft des Landes überschneidet. Das Thema Migration spielt dort allerdings nur eine Nebenrolle: Selbst Nigel Farages neugegründete Brexit Party spricht kaum migrationspolitische Themen an, sondern fokussiert sich in erster Linie auf eine Kritik an der Legitimität des Parlaments und des Zweiparteiensystems.

2. POLARISIERUNG IM POLITISCHEN WETTBEWERB

Das Thema Migration hat in vielen westeuropäischen Gesellschaften Spaltungen sichtbar gemacht – eine Dynamik, die sich auch im Parteienwettbewerb rund um den Wahlkampf zum Europäischen Parlament widerspiegelt. In ihrer Rhetorik grenzen sich linke und rechte Parteien in migrationspolitischer Hinsicht stark voneinander ab. Im EU-Parlamentswahlkampf Westeuropas versuchen rechtspopulistische Parteien weiterhin, durch gezielte Strategien die Salienz des Themas Migration zu beeinflussen. Ziel ist es, Migration zum Hauptgegenstand des Wahlkampfes zu machen. In manchen Ländern kommt es gar zum Aufstieg neuer rechtspopulistischer Parteien und damit zu Konkurrenz in diesem Lager. Darüber hinaus lassen sich im Migrationsdiskurs Annäherungen von Mitte-Rechts-Parteien an rechtspopulistische Positionen beobachten. Zugleich wurde deutlich, dass das Thema Migration, insbesondere bei linksgerichteten Parteien, auch zu internen Konflikten führt. In unterschiedlichen Ausprägungen und inhaltlichen Akzentuierungen kommt es auch zu zivilgesellschaftlicher Mobilisierung in Bezug auf Migration.

AGENDA-SETTING POPULISTISCHER PARTEIEN IN WESTEUROPA

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN TRIEBFEDERN DES MIGRATIONSDISKURSES

Rechtspopulistische Parteien sind die Triebfedern des Migrationsdiskurses im Vorfeld des EP-Wahlkampfes und rücken das Thema Migration teilweise gezielt in den Vordergrund, um dessen Salienz zu erhöhen und die eigene Sichtbarkeit zu verstärken. Dies wird beispielsweise in Frankreich deutlich: Während der Front National im Europawahlkampf 2014 seine Kritik an der Wirtschafts- und Währungsunion noch stark hervorhob, ist nun erneut Migrationspolitik das zentrale Thema von Marine Le Pens neuem Rassemblement National. Die Partei verwendet Begriffe wie „Masseneinwanderung" (*immigration massive*) oder „migrantische Überflutung" (*submersion migratoire*), um ein Bild vom Kontrollverlust der Politik zu zeichnen. Sie spricht von der „zunehmenden Bedrohung" durch „radikalen Islamismus", die durch Migrationsströme entstanden sei (Rassemblement National 2019). Dabei fordert der Rassemblement beispielsweise ein Ende des Familiennachzugs, eine Kürzung bzw. Abschaffung von Sozialhilfen für Einwanderer und eine Neuverhandlung der EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern. Die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV), geführt von Geert Wilders, formuliert ähnliche Ziele: Sie tritt für einen Austritt aus dem Schengenraum und die Einführung innereuropäischer Grenzkontrollen ein, um selbst entscheiden zu können, wer in die Niederlande einreisen darf (PVV 2019). Wilders möchte darüber hinaus keine weitere Zuwanderung aus islamischen Ländern zulassen und auch die Arbeitsmigration aus Osteuropa begrenzen. Seine deutlich migrationsfeindliche Rhetorik hat sich seit 2014 kaum geändert. Im Zentrum stehen dabei Begriffe wie „De-Islamisierung":

> *„Wir müssen raus aus der EU, unsere Grenzen schließen und unser Land de-islamisieren. Das Überleben unseres Landes, unseres Volkes, unserer nationalen Identität und eigener Kultur muss die oberste Priorität werden." (Auszug aus dem EU-Wahlprogramm der PVV zur Europawahl 2019; eigene Übersetzung)*

IN ÖSTERREICH WIRD DAS THEMA MIGRATION ZU GEZIELTEN PROVOKATIONEN GENUTZT

Auch in Österreich lässt sich keine grundsätzliche Radikalisierung der Positionen beobachten, sehr wohl jedoch eine Instrumentalisierung des Themas Migration: Die regierende FPÖ fordert weiterhin die Implementierung von „Ankerzen-

Abb. 4: EU-Wahlkampfplakat der FPÖ

Foto: picture alliance / REUTERS

tren“ außerhalb der EU, mehr Möglichkeiten für nationale Grenzschließung im Rahmen des Schengen-Abkommens, und sie lehnt EU-interne Quotenregelungen ab (FPÖ 2019). In einem Gespräch mit AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen distanzierte sich FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky beispielsweise nicht von der Aussage, dass muslimische Einwanderinnen und Einwanderer „Invasoren“ seien (AfD Kompakt TV 2019). Beide Parteien planen, in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eine gemeinsame Parlamentsgruppe zu bilden. Auch die Plakate der FPÖ sprechen gezielt und polemisch das Thema Migration und Asyl an.

NEUE KONKURRENZ IM RECHTSPOPULISTISCHEN LAGER

NIEDERLANDE: ZWEI RECHTE PARTEIEN IN KONKURRENZ

In manchen westeuropäischen Staaten entwickeln sich neue rechtspopulistische Konkurrenten zu den ‚traditionellen‘ Vertretern dieser Parteienfamilie, aber auch zu Mitte-Rechts-Parteien. Das Forum für Demokratie (FvD), das unter Leitung von Thierry Baudet nach den Wahlen der *Provincialen Staten* mit 14,53 % zur stärksten politischen Kraft vor der VVD (13,99 %) aufstieg, lag bisher bei den Umfragen regelmäßig deutlich vor der liberal-konservativen Regierungspartei VVD von Premierminister Mark Rutte und der Anti-Islam-Partei PVV von Geert Wilders (Otjes 2019). Programmatisch liegen FvD und PVV nicht weit auseinander: Sie warnen vor einer „Ausdünnung“ des niederländischen Volkes durch Migration und sprechen sich für einen Austritt aus dem Schengenraum aus (Ross 2019). Doch auf der Ebene des persönlichen Politikstils lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Baudet und Wilders feststellen: So inszeniert sich Wilders wesentlich volksnäher und adressiert mit seiner Anti-Islam-Haltung und seiner generellen Elitenkritik vor allem die katholisch geprägte Landbevölkerung im Süden des Landes. Der erst 36 Jahre alte Baudet hingegen betont bewusst seine akademische Herkunft und seine Zugehörigkeit zum städtischen Bildungsmilieu. Seine Polemik richtet sich nicht gegen die Eliten prinzipiell, sondern nur gegen diejenigen von ihnen, die seine kulturkonservativen, nativistischen und migrationskritischen Positionen nicht teilen. Damit wird deutlich: Anders als Wilders adressiert Baudet die urbane Mittelklasse der Modernisierungsgewinner (vgl. Margulies 2019). Dennoch haben sowohl Wilders als auch die VVD in den Provinzwahlen Stimmen an FvD verloren – einerseits aufgrund der programmatischen Gemeinsamkeiten, andererseits weil Baudet aufgrund seines Auftretens für viele Konservative eine ‚wählbarere‘ Alternative zu Wilders darstellt (Otjes 2019).

FRANKREICH: DEBOUT LA FRANCE VS. LE PENS RASSEMBLEMENT NATIONAL

Auch in Frankreich entsteht eine rechtspopulistische Konkurrenzpartei: Debout La France war zunächst eine politische Strömung innerhalb der neogaullistischen Partei *Rassemblement pour la République* (RPR). Für die Präsidentschaftswahl 2007 verließ deren Präsident Nicolas Dupont-Aignan die *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP - heute *Les Républicains*) mit dem Ziel, für das Präsidentenamt zu kandidieren. 2008 gründete er *Debout La France*, die zurzeit mit einem Abgeordneten im EU-Parlament vertreten ist. Bei der Präsidentschaftswahl 2017 näherte sie sich der *Rassemblement National* an und unterstützte Le Pen in der zweiten Wahlrunde. Bei der darauffolgenden Parlamentswahl konnten die beiden Parteien allerdings keine gemeinsame Linie finden, so dass *Debout la France* und der *Rassemblement National* getrennte Wahlkämpfe führten. Inhaltlich vertreten sie dennoch ähnliche Ansichten – insbesondere zum Thema Migration. *Debout la France* und der *Rassemblement National* kritisieren gleichermaßen die aus ihrer Sicht „undichten“ EU-Grenzen. *Debout la France* fordert darüber hinaus die Abschaffung des Schengen-Systems und die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen. Auch die systematische Abschiebung ausländischer Krimineller sowie illegal-eingereister Einwanderer findet sich im Parteiprogramm (Debout la France 2019). Unterschiede zwischen *Debout la France* und *Rassemblement National* werden bei sozialen Fragen sichtbar. Beispielsweise

plädierte Le Pen noch bis 2017 für eine Wiedereinführung der Todesstrafe, wohingegen Debout la France sie ablehnt. Auch persönliche Divergenzen spielen eine Rolle: Nicolas Dupont-Aignan lehnte lange Zeit ein Bündnis mit dem *Rassemblement National* ab, unter anderem aus Kritik am damaligen Ehrenpräsidenten der Partei, Jean-Marie Le Pen.

ANNÄHERUNG VON MITTE-RECHTS-PARTEIEN AN RECHTSPOPULISTISCHE POSITIONEN

ÖSTERREICH: AUCH KONSERVATIVE PARTEIEN RÜCKEN BEIM THEMA MIGRATION NACH RECHTS

Eine wesentliche Entwicklung der letzten Jahre ist, dass nicht nur rechtspopulistische Parteien restriktive migrationspolitische Standpunkte ins Zentrum ihres politischen Diskurses rücken, sondern auch etablierte Mitte-Rechts-Parteien. Die Entwicklung der ÖVP in Österreich ist hierfür wohl das Paradebeispiel: Im Jahr 2017 gewann der aktuelle ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz vor allem deshalb, weil er die Partei migrationspolitisch nach rechts rückte (Weisskircher 2017). In den Niederlanden behält Ministerpräsident Mark Rutte mit seiner *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) in Sachen Migrationspolitik seinen restriktiven Kurs bei: Auch sie fordern im Zuge des EU-Wahlkampfes konsequente Kontrollen an den EU-Außengrenzen, die Bekämpfung ‚illegaler Zuwanderung' und die Rückführung von Asylwerbern in ihre Herkunftsregionen (VVD 2019).

In Frankreich lassen sich ähnliche Annäherungen beobachten. Zwar spielte Migration in der von Emmanuel Macron im Januar 2019 einberufenen Nationalen Debatte kaum eine Rolle (Pascual 2019). In seiner bilanzierenden Rede griff Macron das Thema Migration allerdings dennoch auf, kritisierte einen mangelhaften „Schutz" der EU-Außengrenzen und verlangte die Einführung einheitlicher europäischer Regeln für die Anerkennung und Ablehnung von Asylsuchenden. Angesichts des nur knappen Vorsprungs von *La République en Marche* gegenüber *Rassemblement National* kann dies als Versuch wahrgenommen werden, durch das Thema Migration bei der Wählerschaft zu punkten. In Frankreich haben auch *Les Républicains*, die Partei der ehemaligen Präsidenten Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy, Migrationspolitik zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfs gemacht.

IN BELGIEN ÜBERNAHM DIE EHEM. REGIERUNGSPARTEI N-VA POSITIONEN DER RECHTSPOPULISTEN

Ähnliches gilt auch für Belgien, wo seit dem Regierungszusammenbruch Ende 2018 das Thema Migration, neben der globalen Erwärmung, in allen drei parallelen Wahlkämpfen verhandelt wird: dem europäischen, dem nationalen und dem regionalen. Dort konkurrieren die ehemalige Regierungspartei *Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA)* mit dem rechtspopulistischen *Vlaams Belang* um den Status der maßgeblichen Anti-Immigrationspartei. Die Folge: N-VA verschärfte ihren migrationspolitischen Ton und übernahm Forderungen der Rechtspopulisten, was als weiterer Konvergenzeffekt verstanden werden kann. So fordern inzwischen beide Parteien ein Ende der „Masseneinwanderung" und sprechen sich für eine Kürzung von Sozialleistungen für Migranten sowie für striktere Abschieberegelungen aus. Die Unterschiede zwischen beiden Programmen liegen darin, dass sich Vlaams Belang für eine „0-%-Einwanderung" ausspricht, wohingegen N-VA die gezielte Anwerbung hochqualifizierter Arbeitnehmer und die Vergabe humanitärer Visa befürwortet.

PARTEIINTERNE KONFLIKTE RUND UM DAS THEMA MIGRATION

ETABLIERTE PARTEIEN BEIM THEMA MIGRATION UNEINS

Dass migrationskritische Parteien nicht nur miteinander konkurrieren, sondern auch intern in der Migrationsfrage gespalten sein können, zeigt das Beispiel der ÖVP in Österreich: Der Spitzenkandidat der Partei bei den EU-Parlamentswahlen, Othmar Karas, zählt zum ‚liberalen' Flügel der ÖVP und grenzt sich in einigen Fällen von der ÖVP-FPÖ-Regierungspolitik ab – beispielsweise von einer Änderung der Familienbeihilfe, welche die ihren Heimatländern lebenden Kinder osteuropäischer Arbeitnehmer schlechter stellt. Spaltungen in der Migrationsfrage gibt es allerdings keineswegs al-

lein auf der rechten Seite des politischen Spektrums: Auch die *Socialistische Partij* in den Niederlanden oder *France Insoumise* in Frankreich sind sich über die thematische Verknüpfung von Migration und Arbeitsmarktkonkurrenz intern uneins (Paillou 2018). Beide Parteien lehnen es jedoch ab, Migrationspolitik ins Zentrum ihrer Kampagne zu rücken. Sozialdemokratische und grüne Parteien haben ebenso Probleme, migrationspolitische Alternativen so zu formulieren, dass sie sich im politischen Diskurs durchsetzen können. Auch die britische *Labour-Party* ist intern über die Frage zerstritten, ob sie sich für ein erneutes Referendum und damit auch für die Möglichkeit eines Verbleibs in der EU aussprechen sollte – mit der Folge, dass sich die „Independent Group" von der Partei abspaltete, sich zur *Change UK Party* formierte und im Vorfeld der EU-Wahlen eine eigene Kampagne durchführt.

INFOBOX – Das Vereinigte Königreich und die Europawahlen

Nach der Einigung zwischen der britischen Regierung und der EU, den Austritt des Vereinigten Königreichs auf Ende Oktober zu verschieben, bereitete sich das Land kurzfristig auf eine Teilnahme an den EU-Parlamentswahlen vor. Da die parteiübergreifenden Gespräche über einen Brexit-Kompromiss scheiterten, erscheint es wenig realistisch, dass die Briten die EU vor der konstituierenden Sitzung des Europaparlaments im Juli verlassen. Wie es sich schon in den Kommunalwahlen abzeichnete, müssen die beiden Großparteien mit herben Verlusten rechnen. Der Europawahlkampf wird im Vereinigten Königreich zum Forum der öffentlichen Auseinandersetzung um die Zukunft des Landes – und erfährt damit eine für britische Verhältnisse ungewohnt große Aufmerksamkeit. Größter Gewinner dieser Entwicklung ist Nigel Farages neugegründete *Brexit-Party*, die eine sofortige Umsetzung des Referendums fordert und mit einer grundsätzlichen Kritik an der Legitimität des Zweiparteiensystems und des Parlaments bei den Wahlprognosen schnell vorne lag. Der Europawahlkampf macht damit eine tektonische Verschiebung der britischen Parteienlandschaft infolge des Brexit-Referendums sichtbar: Die Identifizierung mit den Leave- und Remain-Lagern ist inzwischen weitaus stärker ausgeprägt als die klassische Parteienidentifikation (Hobolt / Tilley 2019). Entsprechend ordnet sich die Parteienlandschaft neu und fragmentiert sich – einerseits durch die *Brexit Party* und andererseits durch die Anti-Brexit-Partei *Change UK*, die von abtrünnigen europafreundlichen Labour- und Tory-Abgeordneten gegründet wurde und ein erneutes Referendum befürwortet. Für die Europawahl ist entscheidend, wie sich die Parteien entlang dieser neuen Konfliktlinie zwischen Leave und Remain positionieren.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE MOBILISIERUNG: NUR VEREINZELT MIT MIGRATIONSBEZUG

Zivilgesellschaftliche Mobilisierungsprozesse mit konkret migrationspolitischem Schwerpunkt lassen sich im Wahlkampf nur vereinzelt beobachten. Oftmals haben die Initiativen eine allgemein pro-europäische Dimension, wie beispielsweise im Fall der Bewegung *Volt*, die sich selbst als anti-populistische Bürgerbewegung versteht und in sieben vorwiegend westeuropäischen Ländern zur Wahl antritt. Auf Umwegen ist das Thema Migration allerdings durchaus Gegenstand zivilgesellschaftlicher Mobilisierung geworden – wenn auch ohne direkten Bezug zum EU-Wahlkampf. Ein Beispiel hierfür ist die private Seenotrettung, die auch in Ländern, die wie die Niederlande keinen direkten Zugang zum Mittelmeer haben, kontrovers diskutiert wird: Manche private Seenotretter wie die *See Watch 3* fahren unter niederländischer Flagge (NOS 2019). Die italienische und die maltesische Regierung forderten daraufhin von den Niederlanden die Organisation eines sicheren Hafens sowie die Aufnahme der betreffenden Flüchtlinge. Die dortige Regierung reagierte mit einer Verschärfung von Sicherheitsaufla-

gen für Schiffe unter niederländischer Flagge, wodurch *See Watch 3* vorerst gezwungen war, an Land zu bleiben. Dies führte zu lautstarker Kritik zivilgesellschaftlicher Organisationen.

RECHTSPOPULISTISCHE INSTRUMENTALISIERUNG DER GELBWESTENPROTESTE

In Frankreich bestimmen die Gelbwesten als zivilgesellschaftliche Bewegung das politische Geschehen auf der Straße. Ihre Hauptanliegen betreffen Sozialpolitik und Demokratie – obwohl Le Pens *Rassemblement National* versuchte, die Proteste für sich zu vereinnahmen und die Forderungen auch in einen Zusammenhang mit aktuellen migrationspolitischen Entwicklungen in Europa zu bringen. Allerdings führt Migration in anderen Kontexten durchaus zu gesellschaftlicher Mobilisierung: Bereits vor Beginn des Europawahlkampfes kam es in Paris zu Kundgebungen französischer Hilfsorganisationen, um auf die verschlechterten Bedingungen in Flüchtlingslagern wie zum Beispiel in Porte de la Chapelle aufmerksam zu machen. Auch das Vereinigte Königreich erlebt im Zuge der Brexit-Debatten eine große Welle der pro-europäischer zivilgesellschaftlicher Mobilisierung, die ihren sichtbarsten Ausdruck bei den Londoner Großdemonstrationen im März 2019 fand. Eine Online-Petition für den Verbleib Großbritanniens in der EU wurde von mehr als vier Millionen Menschen unterzeichnet. Sie steht allerdings in keinem direkten Bezug zu den Europawahlen.

LITERATUR

AfD Kompakt TV 2019: 2 Patrioten für Europa: Meuthen trifft Vilimsky; verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=pnLfWVqBYK0 (letzter Zugriff: 19.05.2019).

Debout la France 2019: Manifeste de *Debout la France!* pour les élections européennes; online verfügbar unter: http://www.debout-la-france.fr/sites/default/files/manifeste-adlf.pdf (letzter Zugriff: 02.05.2019).

FPÖ 2019: Sichere Grenzen; verfügbar unter: https://www.fpoe.eu/sichere-grenzen/ (letzter Zugriff: 19.05.2019).

Hobolt, Sara / Tilley, James: The Brexit Identity Divide; in: The UK in a Changing Europe: Brexit and Public Opinion, S. 20-22; verfügbar unter: https://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2019/01/Public-Opinion-2019-report.pdf (letzter Zugriff: 09.05.2019).

Katwala, Sunder 2019: Immigration – A polarized debate? in: The UK in a changing Europe: Brexit and Public Opinion 2019, S. 11-13; verfügbar unter: https://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2019/01/Public-opinion-2019.pdf (letzter Zugriff: 07.02.2019).

Krastev, Ivan / Leonard, Mark / Dennison, Susi 2019: What Europeans really want: Five Myths Debunked. ECFR Report; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/page/ECFR_What_Europeans_Really_Want_Five_Myths_Debunked.pdf (letzter Zugriff: 30.04.2019).

Margulies, Ben 2019: Why Europe should worry about Thierry Baudet; in: LSE EUROPP – European Politics and Policy; verfügbar unter: https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/24/why-europe-should-worry-about-thierry-baudet/ (letzter Zugriff: 30.04.2019).

NOS 2019: Tweede Kamer eens met strengere regels migrantenschip Sea-Watch; verfügbar unter: https://nos.nl/artikel/2279699-tweede-kamer-eens-met-strengere-regels-migrantenschip-sea-watch.html (letzter Zugriff: 02.05.2019).

Otjes, Simon 2019: As the Netherlands gears up for European elections, Mark Rutte faces challenges from both the left and the right; EUROPP – European Politics and Policy; verfügbar unter: https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/09/as-the-netherlands-gears-up-for-european-elections-mark-rutte-faces-challenges-from-both-the-left-and-the-right/ (Letzter Zugriff: 11.04.2019).

Paillou, Sarah 2018: La France insoumise veut rassurer un peu ceux qui sont contre l'immigration; in: Le Journal du Dimanche; verfügbar unter: https://www.lejdd.fr/Politique/la-france-insoumise-veut-rassurer-un-peu-ceux-qui-sont-contre-limmigration-3813806 (letzter Zugriff: 02.05.2019).

Pascual, Julia 2019: L'immigration, angle mort du grand débat national; in: Le Monde; verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/politique/article/2019/03/15/l-immigration-angle-mort-du-grand-debat_5436504_823448.html (letzter Zugriff: 02.05.2019).

PVV 2019: Verkiezingsprogramma Europees Parlement 2019; verfügbar unter: https://www.pvv.nl/images/M_images/PVV2019.pdf (letzter Zugriff: 02.05.2019).

Rassemblement National 2019: Pour une Europe des Nations. Manifeste pour une nouvelle coopération en Europe "L'Alliance Européenne des Nations"; verfügbar unter: https://rassemblementnational.fr/telecharger/publications/Manifeste.pdf (letzter Zugriff: 02.05.2019).

Ross, Andreas 2019: Das Potential der Rechtspopulisten; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.03.2019; verfügbar unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahlen-in-den-niederlanden-das-potential-der-rechtspopulisten-16100925.html (letzter Zugriff: 30.04.2019).

SciencesPo 2019: Baromètre de la confiance politique – vague 10; verfügbar unter: https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr.cevipof/files/CEVIPOF_confiance_vague10-1.pdf (letzter Zugriff: 10.05.2019).

VVD 2019: Focus en Leef: Voor een sterk Nederland in een veilig Europa; verfügbar unter: https://cms.vvd.nl/content/uploads/2016/11/VerkiezingsprogrammaEP2019final.pdf (letzter Zugriff: 02.05.2019).

Weisskircher, Manès 2017: Die österreichische Nationalratswahl 2017, MIDEM-Bericht 01/17, Dresden.

5. NORDEUROPA

1. SALIENZ – BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

In den nordischen Ländern Europas ist die Mehrheit der Bevölkerung vergleichsweise positiv gegenüber der EU eingestellt (Europäische Kommission 2019). Auch beim Thema Migration sind die Nordeuropäer weniger kritisch als andere Ländergruppen. Dennoch hat die sogenannte ‚Flüchtlingskrise' Zweifel darüber aufkommen lassen, inwiefern die Aufnahme von Flüchtlingen möglich und mit dem Erhalt des Wohlfahrtsstaates vereinbar ist. Entsprechend deutlich stieg die Bedeutung des Themas Migration zunächst an und erreichte im November 2015 ihren Höhepunkt.

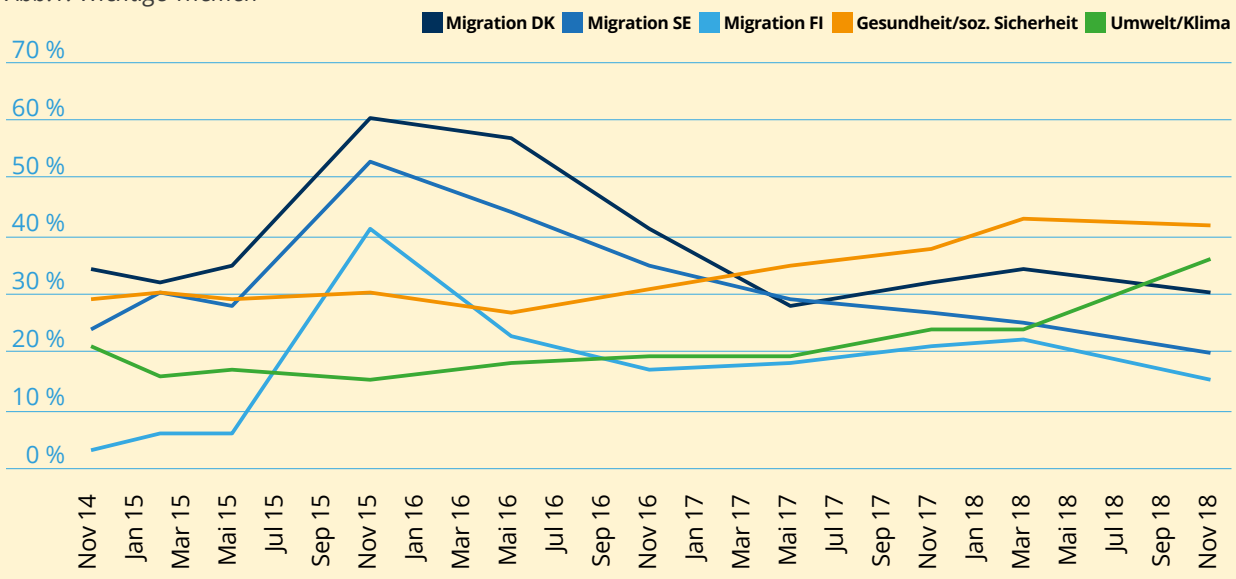
SOZIALES UND UMWELT WICHTIGER ALS MIGRATION

Heute wird das Thema Migration von vielen Bürgern zwar weiterhin als wichtig empfunden, jedoch gewinnen – vor allem auf nationaler Ebene – soziale und umweltpolitische Themen seit 2016 wieder an Bedeutung (Europäische Kommission 2019). Bei der Frage nach den derzeit wichtigsten Herausforderungen für das eigene Land wird Migration nur in Dänemark (30 %) eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung beigemessen; in Schweden (20 %) und Finnland (15 %) landet es nicht mehr in den „Top 3" (siehe Abb. 1). In allen drei Ländern werden die Themen Gesundheit/soziale Sicherheit und Umwelt/Klima als dringlicher empfunden. In Finnland wurde das auch bei der Parlamentswahl im April 2019 deutlich, bei der Gesundheit mit 55 % als das wichtigste Thema eingeschätzt wurde, während Zuwanderung auf Platz 5 landete (Sutinen 2019).

MIGRATION IST EIN EU-THEMA

Obwohl das Thema Migration seit 2016 an Bedeutung verloren hat, wird es von vielen Nordeuropäern bis heute stark mit Europa assoziiert (Europäische Kommission 2019). In Dänemark (48 %) und Finnland (38 %) wird es sogar – noch vor Klimafragen – als die derzeit wichtigste Herausforderung für die EU empfunden. Dies gilt allerdings nicht für Schweden: Dass Umweltthemen dort

Abb.1: Wichtige Themen



Quelle: Europäische Kommission 2019 / Eigene Darstellung (für die Themen Gesundheit/soziale Sicherheit und Umwelt/Klima wurden Mittelwerte aus den drei Ländern gebildet)

vor Migration (38 %) rangieren, dürfte mit den „Fridays for Future"-Protesten und der internationalen Aufmerksamkeit rund um Greta Thunberg in Verbindung stehen, deren Klimaaktivismus in Schweden seinen Anfang nahm.

Auch im Europawahlkampf wird Migration eine große Bedeutung beigemessen: Bei der Frage nach der aktuell größten Gefahr für Europa nennen die meisten Befragten in Schweden und Dänemark radikale Islamisten, gefolgt von Migration und Klimawandel (ECFR 2019).[1] Dabei kann die hohe Bedeutung des Themas Islamismus als ein Indikator für die wachsenden Sicherheitsbedenken der Bürger in allen nordischen Ländern gesehen werden, die sich vor allem gegen Migration aus muslimischen Ländern richten. Diese Bedenken wurden in den letzten Jahren vor allem von rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert.

IN DEN MEDIEN: MIGRATION HUMANITÄRE PFLICHT, ABER AUCH GEFAHR

In der medialen Berichterstattung ist Migration ebenfalls sehr präsent: In Schweden findet sich dazu – verglichen mit der Bevölkerungsanzahl – der europaweit intensivste *Social Media*-Diskurs, doch auch in Dänemark und Finnland werden jährlich tausende Posts zu Migration abgesetzt (Bakamo/FES 2018). In allen drei Ländern wird Migration in der überwiegenden Anzahl der Fälle unter humanitären Gesichtspunkten *geframed*, doch spielen teilweise auch sicherheitspolitische, ökonomische und identitätspolitische Aspekte eine Rolle (ebd.). Auf der einen Seite werden dabei die Menschenrechte und das Recht auf Asyl betont, auf der anderen Seite Sorgen darüber geäußert, ob offene Grenzen mit der Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates vereinbar seien. In Dänemark wird das Thema Migration besonders häufig mit Kriminalität in Verbindung gebracht (z.B. der Zunahme von Schießereien, Bandenkriminalität oder sexuellen sowie gewalttätigen Übergriffen), teilweise aber auch in Schweden und Finnland. ‚Die Finnen' nutzten dieses *Framing* zum Beispiel, um im Vorfeld der nationalen Parlamentswahl 2019 eine Reihe von Sexualstraftaten durch Zugewanderte zu instrumentalisieren (Heinze/Rakers 2019).

2. POLARISIERUNG IM POLITISCHEN WETTBEWERB

Generell kommt der Europawahlkampf in den nordischen Ländern – vor allem in Dänemark und Finnland – nur schleppend voran. In Finnland sind die Parteien nach wie vor mit den schwierigen Koalitionsverhandlungen beschäftigt; in Dänemark befinden sie sich primär im Wahlkampf zur bevorstehenden Parlamentswahl am 5. Juni. Bei den sich überlagernden Diskursen spielen eher nationale Belange eine Rolle; sie dominieren folglich auch den Europawahlkampf.

MIGRATION IN DÄNEMARK SCHON LANGE POLARISIERT

Wenngleich nicht das wichtigste Thema, so ist Migration in Dänemark schon lange ein hoch polarisierendes Thema, das vor allem von der Dänischen Volkspartei (DF) aufgegriffen wurde (Heinze 2018: 293f.). Im Laufe der Zeit sind auch die anderen Parteien – einschließlich der Liberalen und Sozialdemokraten – inhaltlich und rhetorisch deutlich nach rechts gerückt. Die DF verschärfte daraufhin ihre Anti-Islam-Rhetorik und stieg 2001 zur drittstärksten Partei auf. Bis 2011 nahm sie maßgeblich Einfluss auf die restriktive Migrations- und Integrationspolitik Dänemarks, da die amtierende Minderheitsregierung von ihrer Unterstützung abhängig war. Auch nach den Wahlen 2015 agierte die DF als ‚Königsmacher' einer weiteren Minderheitsregierung aus *Venstre*, Liberaler Allianz und Konservativer Volkspartei unter Lars Løkke Rasmussen. In seiner Amtszeit wurde 2018 unter anderem ein ‚Burka-Verbot' eingeführt und die sogenannten ‚Ghetto-Gesetze' erlassen, die Eltern an bestimmten Orten dazu zwingt, ihre Kinder in ‚dänischen Werten' unterrichten zu lassen (Abend 2019).

1 Finnland wurde in dieser Studie nicht berücksichtigt.

Auch im Vorfeld der Europawahlen ist diese Polarisierung deutlich zu spüren. Dabei ist die Insel Lindholm zu einem Sinnbild für den Konflikt zwischen liberalen und restriktiven migrationspolitischen Forderungen geworden. Im Dezember 2018 entschied die Mitte-Rechts-Regierung, dass auf der unbewohnten Insel ab 2021 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive untergebracht werden sollen (Jeska 2019). Mit dieser Entscheidung wollte sie ihren restriktiven Immigrationskurs unter Beweis stellen. Jedoch stieß dieses Vorhaben auch auf Widerstand in der Bevölkerung, wobei unter anderem auf die Bedeutung von Migration für die dänische Wirtschaft verwiesen wurde.

RECHTSRUCK DER DÄNISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

Die Polarisierung spiegelt sich auch im Parteienwettbewerb wider. So sind die Sozialdemokraten unter ihrer seit 2015 amtierenden Parteivorsitzenden Mette Frederiksen inhaltlich und rhetorisch in Richtung einer restriktiveren Migrations- und Integrationspolitik gerückt. In ihrem Wahlprogramm fordern sie unter anderem die Einführung einer jährlichen Obergrenze für nicht-westliche Migranten (Socialdemokraterne 2019); in ihrer Argumentation stützen sie sich zunehmend auf den Begriff der ‚Parallelgesellschaften' (O'Leary 2019). Damit nähern sie sich auch der liberalen *Venstre* an – der stärksten Partei im bürgerlichen Block, die seit 2014 den Ministerpräsidenten stellt. Diese fordert ebenfalls, die Außengrenzen der EU besser zu schützen und Migration zu kontrollieren, um weiterhin wohlfahrtsstaatliche Leistungen gewährleisten zu können (Venstre 2019). In der letzten Legislaturperiode unterstützten die Sozialdemokraten viele migrationspolitische Maßnahmen der aktuellen Mitte-Rechts-Regierung, etwa das Verschleierungsverbot oder den ‚Paradigmenwechsel' von einer Politik der Integration zu einer Rückführungspolitik (Barrett 2019). Dieser Rechtsruck blieb innerhalb der eigenen Partei sowie im linken Block nicht ohne Widerstand (Orange 2019). Dennoch belegten die Sozialdemokraten in Meinungsumfragen Anfang Mai Platz 1, sodass sich Frederiksen gute Chancen auf den Ministerposten ausmalen kann. Aus Protest gegen die restriktive Migrationspolitik kündigte die sozialliberale *Radikale Venstre* an, sich keiner Regierung unter sozialdemokratischer Führung anzuschließen, solange die Partei ihre migrations- und integrationspolitische Haltung nicht mäßigt (Barrett 2019). Auch die links-grüne Alternative und die Sozialistische Volkspartei stellten die Unterstützung der Sozialdemokraten unter diesen Bedingungen in den letzten Monaten mehrmals in Frage (Bröning 2019).

FÜR DÄNISCHE RECHTSPOPULISTEN: NEUE KONKURRENZ VON RECHTS

Während die Sozialdemokraten mit deutlichem Vorsprung die Meinungsumfragen anführen, erreichte die DF Anfang Mai nur noch ca. 13 % der Stimmen (Orange 2019). In der Vergangenheit hatte sie stets die schärfsten Forderungen im Bereich Migration und Integration vertreten. Dabei argumentierte sie eher in kultureller als ökonomischer Hinsicht, etwa, indem sie behauptete, Dänemark basiere nicht auf Multikulturalismus, sondern auf einer gemeinsamen Sprache und Kultur, die es zu bewahren gelte (Abend 2019). Im Wahlkampf 2019 fordert sie eine Reduzierung der Anzahl von Migranten mit Bleibeperspektive und eine Verbesserung der integrationspolitischen Maßnahmen (DF 2019). Dabei droht der DF jedoch Konkurrenz von rechts: Neben ihr tritt bei den nationalen Parlamentswahlen mit dem *Stram Kurs* erstmals eine Rechtsaußenpartei an, die die Abschiebung aller Muslime und die Bewahrung Dänemarks als eine ‚ethnische Gemeinschaft' fordert (Boffey 2019). Anfang Mai erreichte diese in Meinungsumfragen bereits 2,4 bis 3,9 %, was den Einzug ins dänische Parlament bedeuten würde.

SCHWEDISCHE PARTEIEN HÖCHST UNEINIG ÜBER MIGRATION

Im Europawahlkampf vertreten die schwedischen Parteien im Hinblick auf Migration teils entgegengesetzte Positionen. Dabei setzen sich Sozialdemokraten, Grüne und Zentrumspartei für die Einhaltung fundamentaler Menschenrechte ein. Die Grünen fordern zudem die Schaffung von legalen und sicheren Wegen für Asylbewerber in die EU, zum Beispiel durch die Vergabe von Einreisegenehmigungen. Zudem sollen Asylbewerber die Wahl haben, in welchem Land sie Asyl beantragen möchten – auch um die Integration

Abb.2: Ausgewählte migrationspolitische Forderungen der Parteien 2019

	Dänemark	Schweden	Finnland
Sozialdemokraten	Obergrenze nicht-westlicher Migranten	Gleichmäßige Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU	Gemeinsame EU- Asylpolitik mit fairer Verteilung der Pflichten
Liberale/ Konservative	Besserer Schutz der EU-Außengrenzen; Kontrolle von Migration	Strengere Grenzkontrollen; konsequente Abschiebungen; Reduzierung von Migration; bessere Integration	Aufnahme von Geflüchteten in Herkunftsregion; Schutz der Außengrenzen; europäische Zusammenarbeit nach dem Solidaritätsprinzip (freiwillig/verpflichtend)
Rechtspopulisten	Verschärfung der Migrationspolitik; Reduzierung von Migration; bessere Integration bis zur Rückkehr	Strengere Grenzkontrollen; Möglichkeit der Aberkennung von falsch erteilten Staatsbürgerschaften; Reduzierung von Migration	Strengere Grenzkontrollen; Aufnahme von Geflüchteten in Herkunftsregion; Reform der Genfer Flüchtlingskonvention

Quelle: Eigene Darstellung

durch bestehende Kontakte zu erleichtern (Miljöpartiet de Gröna 2019). Die Linkspartei möchte ebenfalls legale und sichere Wege für Flüchtlinge nach Europa schaffen und fordert eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Länder (Vänsterpartiet 2019). Die schwedischen Sozialdemokraten sind hingegen in den letzten Jahren nach rechts gerückt: In ihrem Wahlprogramm fordern sie unter anderem (wie viele Rechtspopulisten in West- und Südeuropa) die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten (Socialdemokraterna 2019). 2014 war ihr Programm noch ganz ohne migrationspolitische Forderungen ausgekommen (Socialdemokraterna 2014).

Die Moderate Sammlungspartei setzt sich für strengere Grenzkontrollen, auch an der EU-Außengrenze, und konsequente Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern ein (Moderata samlingspartiet 2019). Insgesamt müsse die Einwanderung nach Schweden reduziert werden, um die Integration zu verbessern. Auch die Liberalen stehen für eine Stärkung der EU-Außengrenzen (Liberalerna 2019). Die Schwedendemokraten fordern ebenfalls striktere Grenzkontrollen, um organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Terrorismus fernzuhalten (SD 2019). Um die schwedische Staatsbürgerschaft zu erhalten, sollen Sprach- und Sozialkundekenntnisse vorausgesetzt werden; notfalls solle eine falsch erteilte Staatsbürgerschaft wieder aberkannt werden können. Damit verschärften auch die Schwedendemokraten ihren Ton im Vergleich zu 2014, wo von der zuletzt genannten Forderung noch keine Rede war (SD 2014). Das Ziel solcher Maßnahmen ist es, die Zuwanderung nach Schweden zu begrenzen und die Anzahl der Rückkehrer in ihre Heimatländer zu erhöhen.

MIGRATION FÜR ALLE FINNISCHEN PARTEIEN EIN THEMA

Auch in Finnland äußern sich viele Parteien unzufrieden mit der derzeitigen Situation der europäischen Zusammenarbeit in der Migrationspolitik. So sehen vor allem die Zentrumspartei, die Sozialdemokraten, die Konservativen, Die Finnen und die Christdemokraten *ad hoc*-Maßnahmen in der Migrationspolitik, insbesondere anlässlich der Seenotrettung, kritisch (STT 2019). Hier werden vor allem die langwierigen Abstimmungsprozesse bei der Erstaufnahme von Migranten angemahnt. Denn immer, wenn ein privates Schiff eine Gruppe Migranten aus dem Mittelmeer aufnimmt, muss zwischen den Mitgliedsstaaten verhandelt werden, wer bereit ist, diese Menschen aufzu-

nehmen. Gefordert wird daher eine grundlegende Reform des EU-Asylsystems, um die Gesamtlage im Blick zu behalten. Grüne, Linke und die Schwedische Volkspartei hingegen stehen der Hilfe für schiffbrüchige Migranten aufgeschlossener gegenüber.

NUR DIE ‚FINNEN' GEGEN SOLIDARISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Alle finnischen Parteien sind sich einig, dass die Zuwanderungsfrage auf europäischer Ebene gelöst werden muss und es einer grundlegenden Reform des europäischen Asylsystems bedarf (STT 2019). Die Details dieser Reform werfen jedoch unterschiedliche Konflikte auf. Die meisten Parteien befürworten eine europäische, solidaritätsbasierte Lösung und betonen in ihren Parteiprogrammen die humanitäre Pflicht, von Krieg und Verfolgung bedrohten Menschen Schutz zu gewähren (Keskusta 2019; Kokoomus 2019; SDP 2019). Über die Details der Ausarbeitung wird jedoch gestritten: Während die Parteien des linken Spektrums die Solidarität in Europa betonen und eine faire Verteilung der Pflichten befürworten, fordern die Zentrumspartei und die Konservativen einen besseren Schutz der Außengrenzen und eine Aufnahme in der Herkunftsregion, das heißt, Geflüchtete sollen in einem Land in geografischer Nähe zu ihrem Herkunftsland Schutz erhalten. Die Konservativen befürworten einen verpflichtenden, quotenbasierten Verteilungsmechanismus auf europäischer Ebene (STT 2019). Die Zentrumspartei hingegen setzt auf eine europäische Lösung, die auf Freiwilligkeit beruhen soll (YLE 2019a).

Eine Ausnahme sind Die Finnen, die eine Lösung in einer stärkeren Kontrolle der EU-Außen- und Binnengrenzen sehen und einen auf Solidarität basierenden Mechanismus ablehnen. Sie kritisieren, dass viele Mitgliedsstaaten einer solchen Maßnahme nicht zustimmen würden und sie darüber hinaus überflüssig sei, da Flüchtlinge nur in wenigen ausgewählten Ländern Asyl beantragten (STT 2019; YLE 2019b). Dies kommt auch im Parteiprogramm zum Ausdruck: Neben der Verschärfung der nationalen Gesetzgebung und der Kritik an der Entwicklungshilfe aufgrund möglicher Folgeprobleme solle sich die EU für eine Änderung der Genfer Flüchtlingskonvention einsetzen (PS 2019). Der ursprüngliche Gedanke dieser Konvention sei der Schutz vor Verfolgung und nicht das Ermöglichen internationaler Reisen. Insgesamt sind die meisten dieser Forderungen jedoch nicht neu: Bereits 2014 plädierten Die Finnen für einen besseren Schutz der Außengrenzen, das Festhalten am Dublin-Abkommen und mahnten an, dass die EU nicht diktieren könne, wie viele Migranten jeder Mitgliedsstaat aufzunehmen habe (PS 2014).

IM JULI ÜBERNIMMT FINNLAND EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Im Juli 2019 übernimmt Finnland die EU-Ratspräsidentschaft und hat damit die Chance, Migrationspolitik und europäische Lösungen in diesem Politikfeld in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Aufgrund populistischer, euroskeptischer Töne im eigenen Land wird die neue Regierungskoalition vermutlich keine Ambitionen in Richtung tieferer europäischer Integration oder höherer Ausgaben für Migrationspolitik auf europäischer Ebene hegen (Ojanen 2019). Für die Ratspräsidentschaft wurden von der zuständigen Arbeitsgruppe bereits drei Schwerpunkte entworfen: „Bürgerschaft im Mittelpunkt", „Bewältigung der Klimapolitik" und „Ein starkes Europa, eine sichere Welt". Eine jede zukünftige Regierungskonstellation wird diesen Formulierungen zustimmen können. Zwei größere, grundlegende Veränderungsvorschläge aus Finnland könnten die EU jedoch nachhaltiger beeinflussen: Der erste ist die generelle Erhöhung von Transparenz und Offenheit (ebd.). So sollen die Diskussionen der verschiedenen Gremien weitestgehend öffentlich stattfinden und nur noch Organisationen aus dem Transparenzregister[2] Zugang zu den ständigen Vertretern der einzelnen Mitgliedsstaaten erhalten. Der zweite Vorschlag soll zu Zahlungskürzungen bei Mitgliedsstaaten führen,

2 Das Transparenzregister listet Organisationen, die auf EU-Ebene versuchen, Einfluss auf die EU-Institutionen und deren Politikgestaltung zu nehmen. Das Register soll Aufschluss über die Frage geben, wer welche Interessen mit welchem finanziellen Aufwand verfolgt. Ziel ist die Ausübung öffentlicher Kontrolle durch die Bürgerschaft, die durch das Register Lobbyaktivitäten nachvollziehen können sollen.

die grundlegende Prinzipien wie die Unabhängigkeit der Rechtsprechung verletzen oder die Verfügbarkeit und Effektivität rechtlicher Anfechtungsmöglichkeiten einschränken.

FRAGE DER FRAKTIONSBILDUNG BLEIBT OFFEN

Bis dahin bleibt abzuwarten, welche anderen Parteien sich der neugegründeten Fraktion ‚Europäische Allianz der Völker und Nationen' um die Dänische Volkspartei, Die Finnen, der italienischen Lega, AfD und FPÖ anschließen werden. Dieser Zusammenschluss verkündete Anfang April 2019, die illegale Migration auf null reduzieren zu wollen.

LITERATUR

Abend, Lisa 2019: An Island for 'Unwanted' Migrants Is Denmark's Latest Aggressive Anti-Immigrant Policy; verfügbar unter: http://time.com/5504331/denmark-migrants-lindholm-island/ (letzter Zugriff: 06.05.2019).

Bakamo / FES 2018: Migration narratives in Europe 2017-2018; verfügbar unter: https://www.bakamosocial.com/2018-eu-migration-study (letzter Zugriff: 03.05.2019).

Barrett, Michael 2019: With election looming, is Denmark's opposition irreversibly split over immigration?; verfügbar unter: https://www.thelocal.dk/20190402/with-election-looming-is-denmarks-opposition-irreversibly-split-over-immigration (letzter Zugriff: 03.05.2019).

Boffey, Daniel 2019: Danish far-right party calling for Muslim deportation to stand in election; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2019/may/05/danish-far-right-party-stram-kurs-calling-for-muslim-deportation-to-stand-in-election?CMP=share_btn_tw (letzter Zugriff: 06.05.2019).

Bröning, Michael 2019: Rechts erfolgreich; verfügbar unter: https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/daenemark-sozialdemokraten-migrationspolitik-rechtspopulismus-neuwahlen (letzter Zugriff: 13.05.2019).

DF 2019: Udlændingepolitik; verfügbar unter: https://danskfolkeparti.dk/politik/maerkesager/udlaendingepolitik/ (letzter Zugriff: 13.05.2019).

ECFR 2019: What Europeans Really Want: Five Myths Debunked. 04/2019; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/specials/what_europeans_really_want_five_myths_debunked (letzter Zugriff: 06.05.2019).

Europäische Kommission 2019: Eurobarometer Interactive: What do you think are the two most important issues facing (our country) at the moment?; verfügbar unter: http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/42/groupKy/208/countries/IT/periodStart/052005/periodEnd/112018 (letzter Zugriff: 02.05.2019).

Heinze, Anna-Sophie 2018: Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers. Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison; in: West European Politics 41 (2), S. 287-309.

Heinze, Anna-Sophie / Rakers, Julia 2019: Die Wahl zum Finnischen Parlament 2019, MIDEM-Bericht 2019-1, Dresden.

Jeska, Andrea 2019: Flüchtlinge auf die Insel; verfügbar unter: https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-02/migration-fluechtlinge-daenemark-lindholm-asylbewerber (letzter Zugriff: 07.05.2019).

Keskusta 2019: Ratkaisujen EU; verfügbar unter: https://www.keskusta.fi/Eurovaalit-2019/Vaaliohjelma (letzter Zugriff: 07.05.2019).

Kokoomus 2019: Uskomme Eurooppaan; verfügbar unter: https://www.kokoomus.fi/wp-content/uploads/2019/05/VAALIOHJELMA_EUROVAALIT_210x210mm_FI_final.pdf (letzerZugriff: 07.05.2019).

Liberalerna 2019: Yes Oui Ja! Ett starkare Europa; verfügbar unter: https://www.liberalerna.se/wp-content/uploads/1905-valmanifest.pdf
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

Miljöpartiet de Gröna 2019: EU-valmanifest 2019; verfügbar unter: https://www.mp.se/eu-valmanifest-2019 (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Moderata samlingspartiet 2019: Valplattform; verfügbar unter: https://moderaterna.se/valplattform (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Ojanen, Hanna 2019: Helsinki at the helm: How Finland could lead reform in Europe; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/article/commentary_helsinki_at_the_helm_how_finland_could_lead_reform_in_europe
(letzter Zugriff: 07.05.2019).

Orange, Richard 2019: Mette Frederiksen: the anti-migrant left leader set to win power in Denmark; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2019/may/11/denmark-election-matte-frederiksen-leftwing-immigration?CMP=share_btn_tw (letzter Zugriff: 13.05.2019).

O'Leary, Naomi 2019: Danish left veering right on immigration; verfügbar unter: https://www.politico.eu/article/danish-copenhagen-left-veers-right-on-immigration-policy-integration/ (letzter Zugriff: 06.05.2019).

PS 2014: Perussuomalaisten EU-vaaliohjelma 2014; verfügbar unter: https://www.perussuomalaiset.fi/wp-content/uploads/2013/04/EUvaaliohjelmaNet.pdf (letzter Zugriff: 13.05.2019).

PS 2019: Perussuomalainen EU poltiikka; verfügbar unter: https://www.perussuomalaiset.fi/wp-content/uploads/2019/04/Eu_vaaliohjelma_PS_2019.pdf (letzer Zugriff: 07.05.2019).

SD 2014: Vi Väljer Välfärd!; verfügbar unter: https://sd.se/wp-content/uploads/2014/08/Valmanifest.pdf (letzter Zugriff: 13.05.2019).

SD 2019: Migration på rätt sätt; verfügbar unter: https://sd.se/vad-vi-vill/migrationspolitik/ (letzter Zugriff: 08.05.2019).

SDP 2019: Ihmisten Eurooppa; verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/15FogDlW0T0XMOnpZknqhAJMzFwnLyX95/view (letzter Zugriff: 07.05.2019).

Socialdemokraterna 2014: Kära Framtid; verfügbar unter: https://www.socialdemokraterna.se/globalassets/var-politik/arkiv/valloften-manifest-och-analyser/valmanifest-2014.pdf (letzter Zugriff: 13.05.2019).

Socialdemokraterna 2019: Så här tycker Socialdemokraterna i EU-politiken 2019!; verfügbar unter: https://www.socialdemokraterna.se/engagera-dig/eu-val/eu-a-o (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Socialdemokraterne 2019: Udlændingepolitik; verfügbar unter: https://www.socialdemokratiet.dk/media/7011/en-udlaendingepolitik-der-samler-danmark.pdf (letzter Zugriff: 08.05.2019).

STT 2019: EU -vaalit: Puolueet yksimielisiä siitä, että EU: n kannattaa jatkaa turvapaikkajärjestelmän uudistamista; verfügbar unter: https://yle.fi/uutiset/3-10768598 (letzter Zugriff: 07.05.2019).

Sutinen, Teija 2019: Tässä ovat suomalaisten tärkeimpinä pitämät vaaliteemt: Kärkeen nousi niin perinteisiä kuin uusiakin – ja yksi, joka loistaa vaaliohjelm issa poissaolollaan, in: Helsingin Sanomat vom 07.02.2019; verfügbar unter: ww.hs.fi/politiikka/art-2000005992241.html (letzter Zugriff: 02.04.2019).

Vänsterpartiet 2019: Del 3: Mänskliga rättigheter och solidaritet – inte taggtråd och rasism; verfügbar unter: https://www.vansterpartiet.se/euval2019/valplattform/del-3-manskliga-rattigheter-och-solidaritet-inte-taggtrad-och-rasism/ (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Venstre 2019: Venstres Politik; verfügbar unter: https://www.venstre.dk/politik (letzter Zugriff: 08.05.2019).

YLE 2019a: Ylen eurovaalitentissä keskustan puheenjohtaja Juha Sipilä; verfügbar unter: https://yle.fi/uutiset/18-204361 (letzter Zugriff: 13.05.2019).

YLE 2019b: Ylen eurovaalitentissä perussuomalaisten puheenjohtaja Jussi Halla-aho; verfügbar unter: https://yle.fi/uutiset/18-204361 (letzter Zugriff: 13.05.2019).

6. SÜDEUROPA

1. SALIENZ – BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Das Thema Migration spielt in vielen südeuropäischen Ländern seit 2015 eine wichtige Rolle. Laut dem Eurobarometer hielt in Italien Ende 2018 jeder dritte Befragte Migration für eines der beiden wichtigsten Themen für das Land. Zur gleichen Zeit erschien Migration etwa jedem zweiten Malteser und jedem fünften Griechen und Spanier wichtig, wobei die Salienz in Spanien 2018 von 6 % im März auf 19 % im November stieg (Europäische Kommission 2019). Dabei sehen viele Südeuropäer Migration als Problem: Anfang 2019 gaben 15 % der Italiener, 12 % der Griechen und 10 % der Spanier an, Migration sei aktuell die größte Bedrohung für Europa (Krastev et al. 2019). Eine Ausnahme stellen die Portugiesen dar: Nur 3 % reihten Migration zu den zwei wichtigsten Themen für ihr Land, was innerhalb der EU der niedrigste Wert ist.

RECHTSPOPULISTEN VERSUCHEN DIE SALIENZ VON MIGRATION ZU ERHÖHEN

Ähnlich wie in anderen europäischen Regionen sind auch in Südeuropa gezielte Mobilisierungs- und Skandalisierungskampagnen politischer Parteien eine bewährte Methode, um die Salienz von Migration zu erhöhen. Vor allem rechtspopulistische Parteien versuchen das Thema zum Gegenstand politischer Debatten zu machen. Dabei stellen sie Migration als Bedrohung und die eigene Politik als Lösung bzw. sich selbst als ‚Heilsbringer' dar. In Spanien beispielsweise versucht insbesondere die rechtpopulistische Partei *Vox*, aus dem Thema politisches Kapital zu schlagen. Bei den nationalen Parlamentswahlen im April dieses Jahres errang sie aus dem Stand 10,3 % der Stimmen. In Griechenland wiederum zog die rechtextreme Partei Goldene Dämmerung (*Chrysì Avgì*) durch fremdenfeindliche Gewalt immer wieder mediale Aufmerksamkeit auf sich. Im jetzigen Parlament ist sie die drittstärkste Kraft. Das wichtigste Beispiel für erfolgreiche politische Mobilisierung mithilfe des Themas Migration ist allerdings die italienische *Lega*. Ihr Erfolg bei den Parlamentswahlen von 2018 wäre sonst kaum zu erklären (Angeli/de Ghantuz Cubbe 2018). Auch nach der Wahl versuchte *Lega*-Chef und amtierender Innenminister Matteo Salvini regelmäßig, das ‚Migrationsproblem' durch scharfe Anti-Migrations-Rhetorik und umstrittene Aktionen weit über Italiens Grenzen hinaus in die Schlagzeilen zu befördern. Exemplarisch kann hier die mehrmalige Sperrung italienischer Häfen für Schiffe privater Seenotrettung genannt werden (letztmalig im März 2019).[1]

SALIENZ HÄNGT AUCH MIT FLÜCHTLINGSZAHLEN ZUSAMMEN

Neben den Mobilisierungsstrategien politischer Parteien sind auch konkrete Migrationszahlen ein wichtiger Faktor für die Erklärung der sinkenden oder steigenden Bedeutsamkeit des Themas Migration. Besonders klar erkennbar wird dies am Beispiel Griechenlands: Im Laufe des Jahres 2015 verzeichnete das Land mit ca. 857.000 Personen die bislang größte Zuwanderung. Mit nur kurzer zeitlicher Verzögerung stieg Anfang 2016 die Salienz von Immigration ebenfalls sprunghaft an (UNHCR 2019). Wie Abbildung 1 veranschaulicht, lässt sich auch in den Folgejahren eine ähnliche Parallelentwicklung von Ankünften und Salienz beobachten.

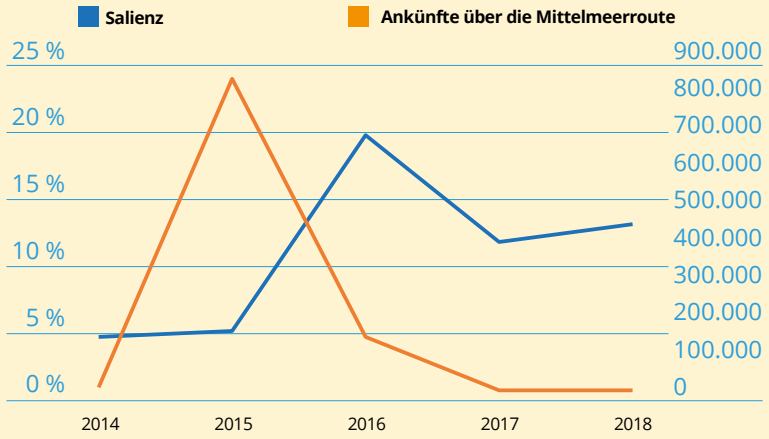
Auch der Umfang der Berichterstattung wirkt sich auf die Salienz von Migration aus. Als Beispiel lässt sich die spanische Berichterstattung in

1 Anfang Mai 2019 kündigte Salvini eine zweite Gesetzesverordnung für Sicherheit und Migration an (die erste wurde Oktober 2018 erlassen), die bei „irregulären Seenotrettungen" starke Sanktionen vorsieht.

den Jahren 2018 und 2019 heranziehen: Je häufiger das Thema Migration in den landesgrößten Zeitungen präsent war, desto mehr Spanier betrachteten das Thema Migration als wichtig für das eigene Land (s. Abb. 2).[2]

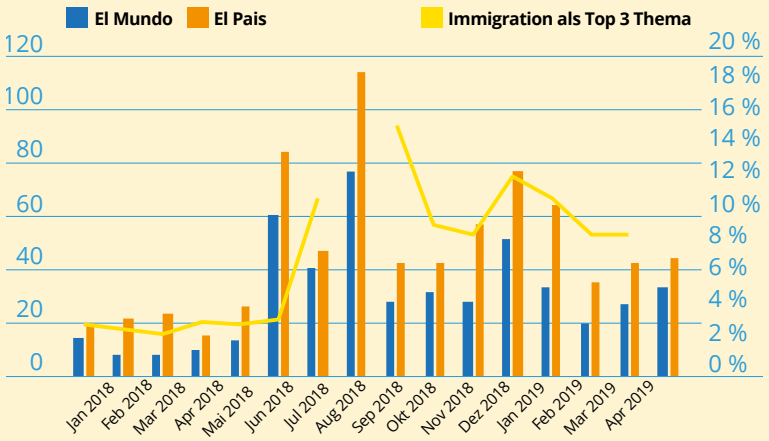
Wie in anderen Regionen Europas gibt es auch in Südeuropa Schwankungen in der Häufigkeit der Berichterstattung über Migration (s. Abb. 3). Relative Höhepunkte sind durch migrationsbezogene Ereignisse zu erklären. So zum Beispiel in Italien: Im Juni 2018 etwa lässt Salvini erstmals die italienischen Häfen für ein Schiff der privaten Seenotrettung (*Aquarius*) sperren und löst damit kontroverse Debatten über den Umgang mit Flüchtlingsbooten aus. Im Januar 2019 standen italienische Bürgermeister im Mittelpunkt

Abb.1: Zusammenhang von Salienz und Migrationszahlen in Griechenland



Quelle: EC 2019 und UNCHR 2019 / Eigene Darstellung

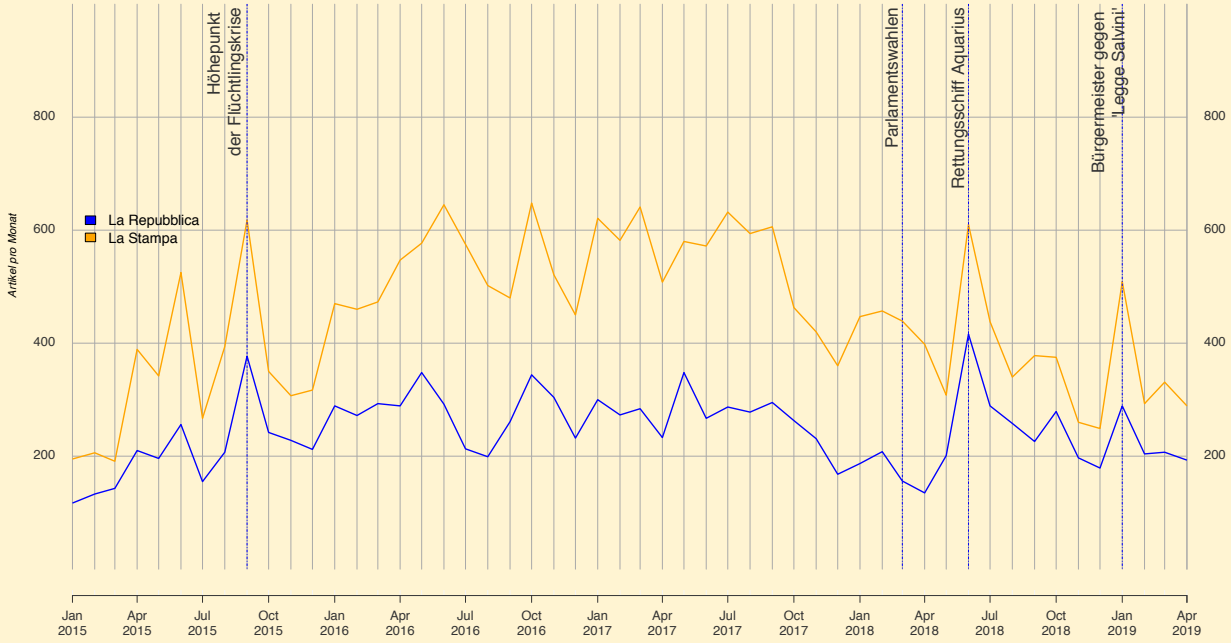
Abb.2: Zusammenhang von Salienz und Frequenz der migrationsbezogenen Medienberichterstattung in Spanien



Quelle: Mendes 2019 / Eigene Darstellung (Daten für August 2018 nicht verfügbar)

2 Auch für das Framing von Migration ist die Rolle der Medien kaum zu unterschätzen. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist Italien: 2018 wurde der Themenkomplex Migration auf ‚Migrationsströme' (in 38 % aller Artikel) einerseits und ‚Kriminalität' (in 32 % aller Artikel) andererseits zugespitzt. Im erstgenannten Fall wurden die Ankünfte von Migranten meistens problematisiert. Beispielsweise war immer wieder die Rede von der „Gruppe der EU-Länder, die keine Migrationsquoten wollen" und damit unsolidarisch gegenüber Erstaufnahmeländern wie Italien seien. Im zweitgenannten Fall waren Migranten Bestandteil von Verbrechens- und Unfallmeldungen. Entsprechende Straftaten wurden in der Berichterstattung stark ‚ethnisiert', d.h. die nationale Herkunft der Kriminellen spielte eine große Rolle (Carta di Roma 2018: 63).

Abb.3: Zeitreihe mit den aggregierten Häufigkeiten von Schlagwörtern der Migrationsdebatte in der Berichterstattung von La Stampa und La Repubblica



Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung auf Basis der Online-Zeitungsarchive von La Stampa und La Repubblica. Suchbegriffe: Immigrati, Immigrazione, Migranti, Rifugiati.

migrationsbezogener Berichte: Sie lehnten es ab, das von Salvini erlassene Gesetzespaket über Immigration und Sicherheit umzusetzen. Salvini forderte daraufhin ihren Rücktritt.

WIRTSCHAFTSTHEMEN IN SÜDEUROPA BESONDERS RELEVANT

Migration ist freilich nicht das einzige Thema, das die südeuropäischen Gesellschaften beschäftigt. Insbesondere mit Wirtschaft verbundene Fragen stehen oftmals im Vordergrund. So zum Beispiel in Spanien und Griechenland, wo Arbeitslosigkeit Ende 2018 die mit Abstand am häufigsten genannte nationale Herausforderung war (Europäische Kommission 2019).[3] In Italien gaben im Januar dieses Jahres 41 % der Befragten an, dass ‚wirtschaftliche Themen' zu den zwei wichtigsten Problemen des Landes gehörten (Demos & Pi 2019). Von der hohen Salienz entsprechender Themen versuchen im Vorfeld der Europawahl besonders Parteien zu profitieren, deren Programmatik den typischen populistischen ‚Kampf gegen die korrupte Elite' mit Versprechen sozialer Reformen kombiniert und sich dabei auf eine linke, teils aber auch linksradikale politische Tradition beruft. Beispielhaft hierfür sind neben der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung etwa die griechische *Syriza* oder die spanische *Podemos*.

2. POLARISIERUNG IM POLITISCHEN WETTBEWERB

ITALIEN: MIGRATION VOR ALLEM THEMA DER LEGA

Im Vorfeld der Europawahlen wird Migration in Südeuropa vor allem von rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien politisiert. In Italien reklamiert insbesondere die *Lega* das Thema Migration für sich. Die Partei stellt Zuwanderung (besonders die von Muslimen) als Bedrohung für die öffentliche Ordnung dar. Deswegen sind ‚sichere Grenzen' für die Lega eine der Prioritäten ihrer EU-Agenda (La Repubblica 2019a). Wie Abbildung 4 veranschaulicht, ist in der Selbstdarstellung der Lega auch die typisch populistische Elitenkritik zentral, die sich im Fall der EU hinter den Etiketten der ‚Büro-

3 Arbeitslosigkeit spielt auch in Portugal und Zypern eine herausragende Rolle. Etwa jeder vierte Portugiese und jeder Dritte Zyprer gab an, es sei unter den beiden Top-Themen auf nationaler Ebene. Die einzige Ausnahme in Südeuropa stellt mit knapp 1 % Malta dar.

kraten' und ‚Banker' versteckt. Die andere große politische Kraft Italiens, die Fünf-Sterne-Bewegung, setzt demgegenüber keinen Akzent auf Migration.[4] Vielmehr zielt sie darauf, sich im Europawahlkampf durch ihre soziale Agenda als Alternative zu „ultranationalistischen Parteien Europas" (Movimento 5 Stelle 2019) darzustellen. Zentrale Themen sind die Entwicklung einer stärkeren direkten Demokratie, der Kampf gegen Korruption sowie gegen die von der EU verordnete Austeritätspolitik. Bei den anderen italienischen Parteien spielt das Thema Migration im Zuge des Europawahlkampfs keine große Rolle, mit Ausnahme der rechtsnationalen *Fratelli d'Italia*, die – ähnlich wie die Lega – die Eindämmung der irregulären Migration durch restriktive Grenzsicherungs- und Rückkehrmaßnahmen fordert.[5]

Abb.4: Plakatwerbung der Lega: Stopp! Bürokraten, Bankiers, Gutmenschen, Flüchtlingsboote

Quelle: Lega

4 Migration wird im Parteiprogramm der Fünf Sterne nur sporadisch genannt: zum Beispiel, wenn über die Notwendigkeit einer Verteilung von Migranten in Europa oder von einer europäischen Kooperation zur Organisation von Rückführungen die Rede ist.

5 Das Programm von Silvio Berlusconis *Forza Italia* beispielsweise räumt Migration nur wenig Raum ein: Nur punktuell wird gesagt, dass irreguläre Immigration zu bekämpfen sei. Auch die Demokratische Partei bezieht sich nur am Rande auf Migration und fordert eine gemeinsame europäische Politik für Migration und Asyl sowie die Reform des Dublin-Systems.

SPANIEN: NUR VOX SETZT AUF MIGRATION

In Spanien treibt primär die rechtspopulistische Vox den (Anti-)Migrationsdiskurs an. Laut aktuellen Studien waren in fast allen Parteiprogrammen für die jüngste Parlamentswahl weniger als 5 % der Wörter mit Migration verbunden. Allein bei Vox waren es mit 9 % fast doppelt so viele (Mendes 2019). Zentrale Ziele der Partei sind die Abschiebung von in Spanien irregulär ansässigen Einwanderern sowie die Anpassung der Migrationsquoten an die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes. Dabei schreibt Vox (2019: 11) in ihrem Europawahlprogramm, dass die äußere Grenze Europas eine „undurchlässige Tür" für Menschen sein sollte, die „am Rande der Legalität" nach Europa kommen wollen. Andere Parteien hingegen adressieren Migration nur gelegentlich oder indirekt.[6] Im Europawahlkampf beispielsweise propagiert die regierende Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (*Partido Socialista Obrero Español*) von Pedro Sánchez ein „feministisches", „modernes" und „tolerantes" Spanien (PSOE 2019). Die Rolle von Migration bleibt in diesem Kontext offen: Zwar hatte die Regierung Mitte 2018 Schiffe mit Migranten aufgenommen und Spanien als solidarisches Vorbild dargestellt. Seit Anfang dieses Jahres verfolgt sie allerdings einen restriktiveren Kurs. Die konservative Volkspartei (*Partido Popular*) von Pablo Casado rutschte im Rahmen der Parlamentswahlen nach rechts und liebäugelte dabei sogar mit einer Vox-Kooperation. Nach ihrer Niederlage bzw. dem Scheitern dieser Strategie ist sie nun bei den Europawahlen damit beschäftigt, ihre Stellung als Mitte-Rechts-Partei wiederherzustellen. Dabei distanzierte sich Partei-Chef Casado von Vox und bezeichnete die Partei Ende April als „rechtsextrem" (Junquera 2019; Torreblanca 2019).

GRIECHENLAND: MIGRATION EIN THEMA DER RECHTSEXTREMEN

In Griechenland ist Migration vor allem für die rechtsextreme Goldene Dämmerung (*Chrysì Avgì*) ein zentrales Thema. Mehrmals marschierte die Partei gegen die Aufnahme von Migranten und stand wegen fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten in der Kritik. Außer bei der Goldenen Dämmerung spielt Migration vor den Europawahlen allerdings keine herausragende Rolle. Vielmehr dominieren angesichts der ökonomisch nach wie vor prekären Lage Griechenlands wirtschaftliche Themen die politische Auseinandersetzung. Beispielsweise versucht der Chef der regierenden *Syriza* Alexis Tsipras seit Monaten, Position gegen neoliberale Strömungen in Europa zu beziehen und seine Partei als progressive Kraft darzustellen (Michalopoulos/Stolton 2019). Demgegenüber stellt die konservative Neue Demokratie (*Nea Dimokratia*) auch in der aktuellen Europawahl die wirtschaftliche Kompetenz der *Syriza* in Frage und unterstützt eine neoliberale Agenda sowohl für Griechenland als auch für Europa (Bosco/Verney 2019). Nur gelegentlich hat die Neue Demokratie in diesem Jahr die Regierung dafür kritisiert, dass sie sich nicht genug um die humanitäre Krise in Griechenland und die Sicherung der Grenzen kümmere (Anastasiadis/Weber 2019).

AUSNAHME PORTUGAL

Eine wichtige Ausnahme in Südeuropa ist Portugal. Hier ist die Politisierung des Themas Migration sehr schwach, was sich etwa daran zeigt, dass es nur eine kleine rechtspopulistische Partei namens ‚Genug' (*Chega*) gibt. An sich unterschiedet sich *Chega* von anderen europäischen Rechtspopulisten kaum: Oft spricht sie von „illegalen" oder von „faulen" Einwanderern, die auf Kosten des Aufnahmestaates lebten, sowie von der Notwendigkeit, für „sichere Grenzen" sowohl in Portugal als auch in Europa zu sorgen. Mit 2 % hat sie laut aktuellen Umfragen allerdings nur geringe Erfolgschancen auf einen Sitz im europäischen Parlament.

6 Zum Beispiel kritisierte 2018 der Anführer der konservativen Volkspartei PP, Pablo Casado, die im selben Jahr von der sozialistischen Regierung unter Pedro Sánchez durchgesetzte ‚Politik der offenen Grenzen' explizit als „naive Menschenfreundlichkeit" (Mendes 2019).

INFOBOX – Die internationale Allianz von Matteo Salvini

Seit dem Wahlerfolg der *Lega* bei den letzten Parlamentswahlen zielt Partei-Chef Matteo Salvini auf eine starke Position der Regierung gegenüber der EU. Dadurch möchte er nicht nur die Stellung Italiens in Europa verbessern, sondern sich gleichzeitig als Staatsmann auf der internationalen Bühne profilieren. Darüber hinaus arbeitet Salvini an einer internationalen Allianz rechtspopulistischer Parteien. Vor Kurzem kündigte er an, eine neue Gruppe im Europäischen Parlament gründen zu wollen: die *European Alliance of People and Nation*. Ziel ist vor allem, die Allianz zwischen der Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Europas zu schwächen. Aus welchen Parteien die angekündigte Gruppe bestehen wird, bleibt noch offen. Aktuell sind zentrale Kooperationspartner unter anderem die Alternative für Deutschland, die Finnen (*Perussuomalaiset*), die Dänische Volkspartei (*Dansk Folkeparti*) und die Estnische Konservative Volkspartei (*Eesti Konservatiivne Rahvaerakond*). Auch die französische Nationale Sammlungsbewegung (*Rassemblement National*), die niederländische Freiheitspartei (*Partij voor de Vrijheid*) und die tschechische Bewegung Freiheit und Direkte Demokratie (*Svoboda a přímá demokracie*) sind im Gespräch. Zurückhaltender gegenüber Salvinis Einladung zeigt sich dagegen beispielsweise die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*), die Salvinis Sympathien für den russischen Präsidenten Vladimir Putin irritieren. Unklar ist momentan auch die Rolle der ungarischen *Fidesz* unter Viktor Orbán, zumal die Partei momentan noch Mitglied der Europäischen Volkspartei ist. Eine Zusammenarbeit mit der *Fidesz* könnte allerdings am Thema Verteilungsquoten für Asylbewerber scheitern: Ist Salvini daran gelegen, eine starke Verteilung von Flüchtlingen in der EU durchzusetzen, lehnt Orbán dagegen eine solche grundsätzlich ab. Auch Salvinis Kritik der europäischen Austeritätspolitik teilen nicht alle seiner Verbündeten.

KEINE GRÖSSEREN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN MOBILISIERUNGSPROZESSE

Größere zivilgesellschaftliche Mobilisierungsprozesse in Bezug auf Migration und/oder die EU finden sich in Südeuropa kaum. Nationale soziale Bewegungen sind meist wenig relevant. Auch europaweit organisierte Bewegungen sind in Südeuropa oft nur klein: so beispielsweise die proeuropäische *Volt* oder die in Deutschland 2016 gegründete Bürgerinitiative *Pulse of Europe*. Auch humanitäre Organisationen sind kaum als mobilisierende Akteure erkennbar. Nur gelegentlich beziehen sie eine politische Position: etwa Anfang 2019, als der Gründer der humanitären Nichtregierungsorganisation *Emergency*, Gino Strada, Salvini als „kleinen Faschisten" bezeichnete und seine „Unmenschlichkeit" gegenüber Migranten kritisierte (RaiNews 2019).

KATHOLISCHE KIRCHE FÜR AUFNAHME VON HILFSBEDÜRFTIGEN MENSCHEN

Eine besondere Rolle im Kontext der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung kommt in Südeuropa der katholischen Kirche zu. Papst Franziskus vertritt schon seit Langem eine immigranten- und asylbewerberfreundliche Position. Die Aufnahme und Integration von hilfsbedürftigen Menschen sei eine „moralische Verpflichtung" (Scaramuzzi 2018). Dazu sprach er sich im Vorfeld der Europawahl gegen die „neuen Rassismen" und exzessiven Souveränismen aus, die die internationale und europäische Kooperation schwächten (La Repubblica 2019b).

LITERATUR

Anastasiadis, Georg / Weber, Alexander (2019): Griechenlands Oppositionsführer: „Unser wichtigster Partner heißt Deutschland"; verfügbar unter: https://www.merkur.de/politik/griechenland-oppositionsfuehrer-kyriakos-mitsotakis-im-interview-11771249.html (letzter Zugriff: 09.05.2019).

Angeli, Oliviero / de Ghantuz Cubbe, Giovanni 2018: Die Wahlen zum italienischen Parlament 2018. MIDEM-Bericht 2018-1; MIDEM, Dresden.

Bosco, Anna / Verney, Susannah 2019: Tra elezioni europee e politiche: gli esempi di Spagna e Grecia; verfügbar unter: https://www.repubblica.it/dossier/politica/elezioni-europee-2019-ue-23-26-maggio/2019/03/28/news/voto_multi-livello_e_polarizzazione_le_elezioni_europee_in_spagna_e_grecia-222664671/ (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Carta di Roma 2018: Notizie di chiusura. Sesto rapporto Carta di Roma 2018; verfügbar unter: https://www.cartadiroma.org/wp-content/uploads/2018/12/cartadiroma_rapporto2018.pdf
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

Demos & Pi 2019: XI rapporto - La banalità della paura. Lavoro, percezioni e insicurezze in europa; verfügbar unter: http://www.demos.it/a01576.php (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Europäische Kommission 2019: Eurobarometer Interactive: What do you think are the two most important issues facing (our country) at the moment?; verfügbar unter: http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/42/groupKy/208/countries/IT/periodStart/052005/periodEnd/112018
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

Junquera, Natalia (2019): After stinging election defeat, PP chief Pablo Casado does strategy U-turn; verfügbar unter: https://elpais.com/elpais/2019/05/01/inenglish/1556700863_542756.html
(letzter Zugriff: 09.05.2019).

Krastev, Ivan / Dennison, Susi / Leonard, Mark 2019: What Europeans Really Want: Five Myths Debunked. European Council on Foreign Relations Report; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/specials/what_europeans_really_want_five_myths_debunked (letzter Zugriff: 13.05.2019).

La Repubblica 2019a: Papa Francesco: "Preoccupa il nuovo razzismo, no ai nazionalismi che alzano muri"; verfügbar unter: https://www.repubblica.it/vaticano/2019/05/02/news/papa_francesco_preoccupa_il_nuovo_razzismo_no_ai_nazionalismi_che_alzano_muri_-225317502/
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

La Repubblica 2019b: Milano, Salvini apre la campagna per le elezioni europee; verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=lPfMIzgPsmQ
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

Mendes, Mariana 2019: The General Elections in Spain 2019, MIDEM-Report 2019-2; MIDEM, Dresden.

Michalopoulos, Sarantis / Stolton, Samuel 2019: Tsipras: EU 'disaster' if ultra-right Weber is next Commission chief; verfügbar unter: https://www.euractiv.com/section/politics/news/tsipras-eu-disaster-if-ultra-right-weber-is-next-commission-chief/ (letzter Zugriff: 09.05.2019).

Movimento 5 Stelle 2019: ContinuareXcambiare – Anche in Europa; verfügbar unter: https://continuarexcambiare.it/programma/
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

PSOE 2019: "Siempre hacia delante": el PSOE lanza un nuevo vídeo para las elecciones del 26 de mayo; verfügbar unter: https://www.psoe.es/actualidad/noticias-actualidad/siempre-hacia-delante-el-psoe-lanza-un-nuevo-video-para-las-elecciones-del-26-de-mayo/
(letzter Zugriff: 09.05.2019).

RaiNews 2019: Migranti, Gino Strada attacca il governo e Matteo Salvini; verfügbar unter: http://www.rainews.it/dl/rainews/articoli/Migranti-Gino-Strada-attacca-il-governo-e-Matteo-Salvini-73df3c4e-0703-4ce6-bbe7-9b7500e0c94d.html (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Scaramuzzi, Iacopo 2018: Papa Francesco: accogliere e integrare i migranti è una responsabilità morale; verfügbar unter: https://www.lastampa.it/2018/12/13/vaticaninsider/il-papa-accogliere-e-integrare-i-migranti-una-responsabilit-morale-LnVVvCW3p0mGsaRIcwqgOO/pagina.html
(letzter Zugriff: 08.05.2019).

Torreblanca, José Ignacio 2019: Spain's election and the temptation of yielding to the far-right; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/article/commentary_spains_election_and_the_temptation_of_yielding_to_the_far_right
(letzter Zugriff: 09.05.2019).

UNHCR 2019: Greece; verfügbar unter: https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179 (letzter Zugriff: 08.05.2019).

Vox 2019: Programa electoral para las elecciones europeas de 2019; verfügbar unter: https://www.voxespana.es/wp-content/uploads/2019/05/Programa-Europeas-2019_web.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2019).

7. MITTEL-/ OSTEUROPA

1. SALIENZ – BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Während der sogenannten Flüchtlingskrise galten die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten vielerorts als flüchtlingsfeindlich und unsolidarisch gegenüber den anderen EU-Mitgliedern. Der quotierten Umverteilung von Flüchtlingen verweigerte sich die Mehrheit von ihnen – entweder aktiv wie im Fall der Visegrád-Gruppe (bestehend aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn) oder passiv, durch eine zögerliche Umsetzung, wie im Fall von Bulgarien oder Kroatien. Auch wenn sich die Wogen im europäischen Migrationsdiskurs inzwischen etwas geglättet haben, ist das Thema Migration immer noch ein Zankapfel. Mit großem Interesse blicken viele Beobachter deshalb besonders auf den Ausgang der Europawahl in Mittel- und Osteuropa.

FÜR VIELE OSTEUROPÄER IST DIE EUROPAWAHL ZWEITRANGIG

Die Wahl zum Europäischen Parlament ist für die meisten Mittel- und Osteuropäer eine typische *second order election*, d.h. sie wird von einem Großteil der Wählerinnen und Wähler für weniger bedeutsam erachtet als nationale Wahlen. Trotz der insgesamt hohen Europafreundlichkeit hält sich das Interesse für die Europawahl in Grenzen.[1] 2014 lag die Wahlbeteiligung in Mittel- und Osteuropa bei durchschnittlich 28 %, während der EU-Mittelwert mit 43 % deutlich höher war (Europäisches Parlament 2014). Die ‚Flüchtlingskrise' und die damit verbundenen Verwerfungen unter den Mitgliedstaaten führten allerdings dazu, dass die EU von den Mittel- und Osteuropäern wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt.

MIGRATION VERLIERT AUF NATIONALER EBENE AN BEDEUTUNG

In nahezu allen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten erreichte die Salienz von Immigration auf nationaler Ebene 2015/16 ihren Höhepunkt. Seither hat das Thema an Bedeutung verloren, da wirtschafts- und sozialpolitische Fragen die öffentliche Diskussion dominieren. Laut Eurobarometer zählten Ende 2018 die meisten Befragten in Mittel- und Osteuropa Immigration nicht zu den zwei wichtigsten Themen, mit denen ihr Land gegenwärtig konfrontiert ist.

In acht Staaten der mittel- und osteuropäischen Ländergruppe gaben weniger als 12 % der Befragten das Thema Immigration an. Ausnahmen stellen Slowenien und Ungarn dar. Ungefähr jeder vierte Slowene und jeder fünfte Ungar betrachteten Immigration als eines der beiden Top-Themen ihres Landes. Neben der Häufigkeit und Art der medialen Repräsentation einerseits und politischen Mobilisierungsdiskursen andererseits ist für die signifikant höhere Salienz von Immigration in Ungarn die Zahl der Asylgesuche in den vergangenen Jahren zu veranschlagen.[2] Im Fall von Slowenien resultiert angesichts der steigenden Anzahl von Asylgesuchen in jüngster Zeit[3] – hauptsächlich aus der Angst vor einem möglichen Wiederanstieg der Flüchtlingszahlen auf der sogenannten Balkan-Route. Unabhängig von der im mittel- und osteuropäischen Kontext herausragenden Immigrationssalienz erschienen jedoch selbst den befragten Ungarn und Slowenen andere Themen vorrangig (Europäische Kommission 2019a).

---

1 In Tschechien beispielsweise fällt 27 % der Befragten gegenwärtig nicht ein einziges Thema ein, dass für ihre potenzielle Stimme bei der Europawahl bedeutsam wäre (CVVM 2019).

2 Im Vergleich mit allen anderen mittel- und osteuropäischen Staaten haben dort im Kontext der ‚Flüchtlingskrise' mit Abstand die meisten Personen einen Asylantrag gestellt. Allein 2015 handelte es sich um 177.135 Anträge, im darauffolgenden Jahr waren es knapp 30.000 (Eurostat 2019).

3 Obwohl in einer ganz anderen Größenordnung als Ungarn verzeichnete Slowenien seit 2015 ebenfalls einen Anstieg an Asylgesuchen. 2018 erreichte er mit 2.875 Anträgen einen vorläufigen Höhepunkt (Eurostat 2019).

Abb.1: Die wichtigsten Themen für das eigene Land inkl. Immigration

Land	Thema Nr. 1	%	Thema Nr. 2	%	Immigration	%
Bulgarien	Preise	48	Soziales	31		7
Estland	Preise	44	Soziales	35		12
Lettland	Soziales	42	Preise	25		7
Litauen	Preise	56	Steuern	21		11
Kroatien	Arbeit	43	Wirtschaft	28		11
Polen	Preise	42	Soziales	30		9
Rumänien	Preise	32	Wirtschaft	27		5
Slowakei	Preise	37	Soziales	34		9
Slowenien	Soziales	31	Immigration	24		24
Tschechien	Preise	41	Rente	24		16
Ungarn	Soziales	40	Preise	29		21
EU-Schnitt	**Arbeit**	**23**	**Preise**	**21**		**21**

Quelle: Europäische Kommission 2019a / Eigene Darstellung

TOP-THEMEN SIND „STEIGENDE PREISE“ UND „SOZIALES“

Tatsächlich beschäftigen die Bevölkerungen fast aller mittel- und osteuropäischer EU-Mitgliedsstaaten in erster Linie ökonomische Themen wie „Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten“. In sieben von elf Ländern (Bulgarien, Estland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei und Tschechien) lagen sie mit teils großem Abstand auf Platz eins. Am zweithäufigsten nannten die Mittel- und Osteuropäer „Gesundheit und soziale Sicherheit“: In sieben Ländern war es entweder das am häufigsten oder am zweithäufigsten genannte Thema (Europäische Kommission 2019a).

SINKENDE BEDEUTUNG VON MIGRATION HAT VERSCHIEDENE GRÜNDE

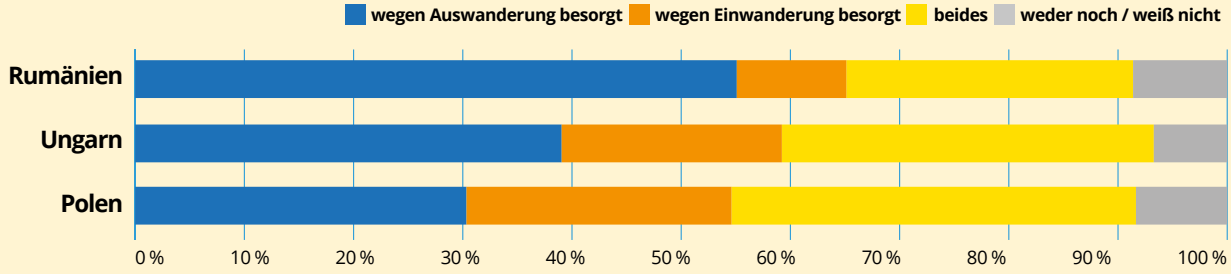
Dass Immigration in Mittel- und Osteuropa zuletzt stark an Bedeutung verloren hat, hat verschiedene Gründe: Ein wichtiger Faktor ist, dass irreguläre Zuwanderung besonders aus Afrika und dem Nahen Osten stark zurückgegangen ist. Zudem ist die EU in puncto Grenzschutz auf die mittel- und osteuropäischen Regierungen zugegangen. Entsprechend hat sich die Frequenz der medialen Berichterstattung über migrationsbezogene Themen signifikant verringert. Die ‚Krise‘ ist aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwunden. Auch das Thema Terrorismus, welches in Mittel- und Osteuropa besonders oft mit Migration in Verbindung gebracht wird, spielte in den nationalen Diskursen der vergangenen Monate kaum eine Rolle.

MIGRATION IST FÜR MITTEL- UND OSTEUROPÄER EIN GENUIN EUROPÄISCHES THEMA

Des Weiteren lässt sich die sinkende Salienz von Immigration darauf zurückführen, dass Einwanderung in fast allen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten de facto ein Randphänomen ist bzw. als solches wahrgenommen wird.[4] Vielerorts – etwa in Polen, Ungarn, Kroatien, Lettland, Bulgarien und Rumänien – wird seit Langem eher die Auswanderung problematisiert (Statista 2019). Anders als in Westeuropa wird in den mittel- und osteuropäischen Staaten Migration also vielerorts eher mit Emigration assoziiert.

4 Selbst in mitteleuropäischen Staaten wie Polen oder Tschechien, die eine signifikante Arbeitsimmigration (v.a. aus der Ukraine) verzeichnen, ist Migration im öffentlichen Bewusstsein nur randständig. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass die besagte Form der Einwanderung – mindestens in den Augen der heimischen Bevölkerung – nicht nur als gewinnbringend angesehen wird, sondern dazu „den Charakter von zeitlich begrenzter Gastarbeit“ hat (Drbohlav et al. 2012: 13). Hinzu kommt, dass die meisten Zuwanderer einen slawischen Hintergrund haben und dementsprechend als kulturell verwandt wahrgenommen werden.

Abb.2: Bedenken in Bezug auf Ein- und/oder Auswanderung



Quelle: Krastev et al. 2019 / Eigene Darstellung

Weitaus stärker ist das Thema Migration aus der Perspektive der Mittel- und Osteuropäer mit der europäischen Ebene verknüpft: So erreicht dessen Salienz in Mittel- und Osteuropa ein deutlich höheres Niveau, sobald danach gefragt wird, welche beiden Themen gegenwärtig für die EU am wichtigsten seien. Mit bisweilen großem Vorsprung landete Migration bei den Erhebungsrunden des Eurobarometers Ende 2018 auf Platz Eins. Mit Ausnahme Rumäniens gaben in allen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten mehr als 40 % der Befragten an, das Thema sei für Europa das wichtigste, gefolgt von Terrorismus (Europäische Kommission 2019 b)[5]. Damit zeigt sich, dass Migration für Mittel- und Osteuropa durchaus relevant ist: als genuin europäisches Thema.[6]

GESELLSCHAFTEN SIND IN MIGRATIONSFRAGE KAUM POLARISIERT

Schließlich ist das Gros der Mittel- und Osteuropäer immigrationsskeptischer als der EU-Durchschnitt. Ablehnende Haltungen richten sich insbesondere auf außereuropäische Migration. Aus diesem Grund ist eine starke innergesellschaftliche Polarisierung, wie sie beispielsweise in Deutschland oder in den meisten westeuropäischen Staaten existiert, in den mittel- und osteuropäischen Staaten kaum zu erkennen.

2. POLARISIERUNG IM POLITISCHEN WETTBEWERB

MIT MIGRATION MOBILISIERT VOR ALLEM DIE RECHTE

Wie in anderen europäischen Regionen schöpft auch in Mittel- und Osteuropa vor allem die politische Rechte das Mobilisierungspotenzial des Themas Migration aus. Dabei schnürt sie das Thema gemäß einem „Paketdenken" (Kozłowska 2018) mit Inhalten zusammen, wie sie rechtspopulistische bzw. -extreme Parteien – darunter etwa die Estnische Konservative Volkspartei (*Eesti Konservatiivne Rahvaerakond*), die kroatische Lebende Mauer (*Živi zid*), die lettische Partei Wem gehört der Staat (*Kam pieder valsts)*, die polnische *Kukiz'15*, die slowakische Volkspartei Unsere Slowakei (*Ľudová strana Naše Slovensko*) oder die tschechische Freiheit und direkte Demokratie (*Svoboda a přímá demokracie*) – typischerweise in den Vordergrund rücken.[7] Dazu zählen: nationale Identität, staatliche Souveränität, Sicherheit, allgemeinere Formen der Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit etc. Angesichts dessen, dass die Bevölkerungen Mittel- und Osteuropas vergleichsweise europafreundlich sind, geht eine Anti-Migrationshaltung dabei nicht zwangsläufig mit einer Anti-EU-Agenda einher.

Eine wichtige Ausnahme in der Region stellt Ungarn dar: Es ist das Land, in dem migrationspolitische Themen nicht nur am deutlichsten für den Wahlkampf instrumentalisiert werden. Zugleich formulieren ungarische Politiker europaweit die schärfste EU-Kritik.

5 Diese thematische Relevanzordnung korrespondierte dabei mit dem EU-Durchschnitt: 40 % der befragten Europäer nannten Immigration, 20 % nannten Terrorismus (Europäische Kommission 2019b).

6 Unter ‚europäisch' verstehen die meisten Befragten allerdings keine Maßnahmen wie eine quotierte Umverteilung von Flüchtlingen oder eine Reform des Dublin-Systems. An erster Stelle steht für sie der effektive Schutz europäischer Außengrenzen.

7 Eine Ausnahme stellt im mittel- und osteuropäischen Kontext Rumänien da, wo keine nennenswerte Partei existiert, die als radikal oder extrem rechts bezeichnet werden könnte.

INFOBOX – Ungarn

Seit einigen Jahren ist Ungarn von einem Paradox gekennzeichnet: Obwohl sich die Bevölkerung in Umfragen überwiegend europafreundlich zeigt, wählt die Mehrheit den rechtskonservativen Bund der Jungen Demokraten (*Fiatal Demokraták Szövetsége*, Fidesz). Unter der Führung von Viktor Orbán lässt die Partei kaum eine Gelegenheit aus, um gegen die EU Stimmung zu machen. Der Konflikt mit Brüssel schwelte dabei schon lange vor der ‚Flüchtlingskrise'. Seit 2010 stilisieren die Fidesz-Regierungen ihr Handeln – wozu auch etliche Schritte einer liberal-demokratischen Dekonsolidierung zählen – zu einem sogenannten Freiheitskampf gegen die Brüsseler Institutionen. Die ungarische „rechtsnationale Wende" (Hanisch 2017) ist damit von Anfang an mit einer Abgrenzung zur Europäischen Union respektive zum westlichen Liberalismus verknüpft, der die Identität und Souveränität der ungarischen Nation existenziell bedrohe (Bos/Pállinger 2018).

Entsprechend ihrer europakritischen Grundhaltung deutet Fidesz die außereuropäische Immigration seit geraumer Zeit als Beweis für die aus ihrer Sicht grundfalsche Politik der EU. Nicht zuletzt wegen des in Ungarn – wie im Rest Mittel- und Osteuropas – dominierenden Ideals einer geschlossenen Gesellschaft, demzufolge kulturelle Vielfalt mehr als Bedrohung denn als Bereicherung gilt, geht die Strategie der Fidesz bis heute auf. Auch dank ihrer pointierten Anti-Migrationshaltung steht Orbáns Partei in allen Umfragen unangefochten auf Platz Eins (exemplarisch siehe Nézőpont 2019).

Ähnlich wie der letztjährige Parlamentswahlkampf kreist auch die aktuelle Europawahl-Debatte fast ausschließlich um Migration. Den öffentlichen Raum dominiert die typische fremden- und EU-feindliche Rhetorik der Fidesz. Unter dem Titel „Für uns steht Ungarn an erster Stelle" propagiert ihr EP-Wahlprogramm eine Bedrohung des Landes durch einen in Brüssel dominanten (kulturellen) Liberalismus respektive eine „aus einer anderen Zivilisation ankommende Masse" (Fidesz 2019). Sich selbst stellt die Partei als Bollwerk gegen die drohende Überfremdung dar. Das Eintreten gegen Immigration und gegen die EU erscheint dabei erneut als Freiheitskampf.

Abb.3: Plakatkampagne der Fidesz-Regierung Anfang 2019: „Auch Sie haben ein Recht zu wissen, was Brüssel vorhat!"

Quelle: picture alliance / JOKER

Auf dem Plakat in Abbildung 3 zu sehen sind der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der ungarisch-stämmige US-Milliardär George Soros, der in Ungarn seit Jahren als zentraler Drahtzieher außereuropäischer Einwanderung dargestellt wird und damit im Zentrum verschwörungstheoretischer Ressentiments steht. Das Plakat solle „die Brüsseler Bürokraten entlarven", kommentierte Orbán die Kampagne seiner Regierung. „Die gegenwärtige migrationsfördernde Mehrheit in Brüssel will die Einwanderung steigern, was bedeuten würde, dass Europa nicht mehr den Europäern gehört" (FAZ 2019). Orbáns Anti-EU-Kampagne, die obendrein mit einer antisemitischen Ikonografie operiert, wurde besonders von seinen Fraktionskollegen aus der Europäischen Volkspartei (EVP) scharf kritisiert. Inwiefern die Fidesz angesichts der jüngsten Verwerfungen nach der Europawahl in der EVP verbleibt oder neue Kooperationspartner wie die italienische Lega unter dem fremdenfeindlichen Matteo Salvini wählt, bleibt abzuwarten.

Die EU-kritische Kampagne von Fidesz spricht gezielt das Thema Migration an, um anderen, politisch weniger opportunen Themen die Aufmerksamkeit zu entziehen. Dazu gehören beispielsweise der desolate Zustand des Gesundheits- und Bildungssystems (Huanyadi 2019) oder die von der EU-Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn.

Obwohl Fidesz stilprägend für den Europawahlkampf ist, lassen sich im parteipolitischen Spektrum Ungarns doch auch Varianzen in der Migrationsfrage erkennen: Die 2017 gegründete Momentum-Bewegung (*Momentum Mozgalom*) beispielsweise, die sich ausdrücklich als liberal und proeuropäisch bezeichnet, formuliert ihre europäische Agenda wie folgt: Zwar stehe die Sicherheit Europas an erster Stelle, Sicherheit und Menschlichkeit seien jedoch keine Gegensätze. Folglich plädiert die Bewegung sowohl für die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte von Flüchtlingen als auch für gemeinsame europäische Maßnahmen in möglichst vielen Bereichen – darunter auch Migration (Momentum 2019).

AUSSERHALB UNGARNS HAT MIGRATION KAUM MOBILISIERUNGSPOTENZIAL

Außerhalb von Ungarn spielt Migration in keinem der mittel- und osteuropäischen EU-Staaten bei der Europawahl eine herausragende Rolle. Bedingt ist dieser Umstand durch dieselben Faktoren, die in den vergangenen Jahren dazu führten, dass Migration in der Region an Salienz verlor. Aufgrund der mehrheitlich migrationskritischen Haltungen bietet das Thema kaum Konfliktpotenzial und gibt folglich auch keinen Anlass zu gesellschaftlicher Mobilisierung. Der politische Wettbewerb organisiert sich weniger entlang der Frage, ob eine Partei migrationsfreundlich oder -feindlich ist. Vielmehr entsteht die Konkurrenz dadurch, dass manche Parteien ihre restriktiven Positionen zum Thema Migration stärker profilieren als andere und dabei ihre besondere migrationspolitische Kompetenz herauszustellen suchen.[8]

IM ZENTRUM DES WAHLKAMPFES STEHEN INNENPOLITISCHE THEMEN

Anstelle von Migration wird in den mittel- und osteuropäischen Ländern entweder vorwiegend mit innenpolitischen Themen mobilisiert (so z.B. in Bulgarien, Rumänien und Litauen) oder es wird hauptsächlich damit geworben, dem eigenen Land in Europa eine bessere Stellung zu verschaffen und nationale Interessen noch souveräner zu vertreten (vgl. Dennison/ Zerka 2019). In Mitteleuropa bzw. den Ländern der Visegrád-Gruppe ist die letztgenannte Strategie besonders augenfällig.

8 Vor allem die Linke und Parteien der Mitte stellt das Thema Migration dabei vor eine Herausforderung, können sie im Unterschied zur Rechten doch nicht so leicht mit Migrationskritik punkten. Sie haben zwei Alternativen: entweder sie versuchen, das Thema in ihrer Programmatik wenig sichtbar zu machen, weil damit kaum Stimmen gewonnen werden können bzw. eher noch ein Stimmenverlust droht – so z.B. im Fall der polnischen Partei Gemeinsam (*Razem*) –, oder sie treten durch migrationskritische Positionen mit der Rechten in Konkurrenz und profilieren sich bei der Zuständigkeit für das Thema – so z.B. im Fall der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (*Česká strana sociálně demokratická*).

Abb.4: Plakatkampagne der polnischen PiS im Vorfeld der Europawahl: „Du hast ein Recht auf ein europäisches Lebensniveau. Das garantiert Recht und Gerechtigkeit"

Quelle: Marta Kozłowska

In ähnlicher Weise wie die in Polen regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*) wirbt auch die wirtschaftsliberal-populistische Bewegung JA (*ANO*) als stärkste tschechische Kraft mit dem Slogan: „Wir werden Tschechien beschützen: hart und kompromisslos". Im Nachbarland setzt sich die linkspopulistische Partei Richtung – Sozialdemokratie (*Smer – sociálna demokracia*) für „eine selbstbewusste Slowakei in Europa" ein.

MITTELEUROPÄER WOLLEN KEINE ‚EUROPÄER ZWEITER KLASSE' SEIN

Entsprechende Mobilisierungsstrategien erscheinen in den Visegrád-Staaten aus einem Grund besonders erfolgversprechend: Viele Mitteleuropäer haben Angst vor einer untergeordneten Rolle ihres Landes innerhalb der Europäischen Union. Die Rolle des ewigen Nachzüglers hat Ressentiments gegenüber den westlichen europäischen Staaten geweckt (Krastev 2019). Verstärkt wurden sie in den letzten Jahren durch den Verlauf des europäischen Migrationsdiskurses und die hierdurch geförderte Wahrnehmung, nicht souverän über die Geschicke des eigenen Landes bestimmen zu können und dadurch in die Jahre der Fremdbestimmung zurückzufallen. Das Thema Migration hat folglich nationale Souveränitätsreflexe verstärkt, die von rechtspopulistischen Parteien und politischen Entrepreneuren auch während der Europawahlen gezielt adressiert werden. In den Balkanstaaten und im Baltikum finden sich solche EU-skeptischen Positionen allerdings deutlich seltener (Politico 2019).

Bei der diesjährigen Europawahl lassen Umfragen eine höhere Wahlbeteiligung als 2014 erwarten (Parlameter 2014). Inwiefern dies jedoch bedeutet, dass sich die Bürgerinnen und Bürger stärker mit der EU identifizieren, bleibt allerdings offen.

LITERATUR

Bos, Ellen / Pállinger, Zoltán 2018: Die Parlamentswahl in Ungarn 2018; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/MIDEM-Bericht_2018-2_Ungarn_01.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2019).

CVVM 2019. Voličské preference, faktory rozhodování a témata voleb do Evropského parlamentu v dubnu 2019: verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4911/f9/pv190425.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Dennison, Susan / Zerka, Paweł 2019: The 2019 European Election: How Anti-Europeans Plan to Wreck Europe and What Can Be Done to Stop It; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_2019_European_election# (letzter Zugriff: 15.04.2019).

Drbohlav, Dušan / Medová, Lenka / Čermák, Zdeněk / Čermáková, Dita / Janská, Eva 2012: Tschechien – ein junges Einwanderungsland?; verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/274278339_Tschechien_-_ein_junges_Einwanderungsland (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Europäisches Parlament 2014: Ergebnisse der Europawahl 2014; verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Europäisches Parlament 2018: Parlameter 2018; verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2018/parlemeter-2018/report/de-parlemeter-2018.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Europäische Kommission 2019a: What do you think are the two most important issues facing your country at the moment?*; v*erfügbar unter: 2014http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/42/groupKy/208 (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Europäische Kommission 2019b: What do you think are the two most important issues facing the EU at the moment?*; v*erfügbar unter: http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/31/groupKy/188 (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Eurostat 2019: Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber – jährliche aggregierte Daten; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/web/asylum-and-managed-migration/data/main-tables# (letzter Zugriff: 14.05.2019).

FAZ 2019: Orban [sic!] verteidigt umstrittene Plakatkampagne; verfügbar unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/orban-verteidigt-plakatkampagne-gegen-juncker-und-soros-16054761.html (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Fidesz 2019: Orbán Viktor programot hirdetett a bevándorlás megállításáért; verfügbar unter: https://fidesz.hu/hirek/orban-viktor-programot-hirdetett-a-bevandorlas-megallitasaert (letzter Zugriff: 14.05.2019).

*Hanisch, Klaudia 2*017: Ungarns rechtsnationale Wende als reaktionäre Mitte-Utopie. Soziokultureller Wandel nach 1989 und die adaptive Politik des Fidesz. In: Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver (Hg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie (Leviathan-Sonderband 32), S. 79-105.

Hunyadi, Bulcsú 2019: Statement im Rahmen der ZDF-Sendung „Europas Jugend – Europas Zukunft?"; verfügbar unter: http://mediathek.daserste.de/Reportage-Dokumentation/Europas-Jugend-Europas-Zukunft/Video?bcastId=799280&documentId=62494394 (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Kozłowska, Marta 2018: Polen*; v*erfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Krastev, Ivan 2019: The metamorphosis of Central Europe*; v*erfügbar unter: https://www.ips-journal.eu/regions/europe/article/show/the-metamorphosis-of-central-europe-3219/ (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Krastev, Ivan / Leonard, Mark / Dennison, Susi 2019: What Europeans really want: Five Myths Debunked. ECFR Report*; v*erfügbar unter: https://www.ecfr.eu/page/ECFR_What_Europeans_Really_Want_Five_Myths_Debunked.pdf (letzter Zugriff: 30.04.2019).

Momentum 2019: Ne adjuk a jövőnket!*; v*erfügbar unter: https://momentum.hu/wp-content/uploads/2019/03/Ne-adjuk-a-jövőnket-Momentum-EP-Program.pdf (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Nézőpont 2019: Tovább nőtt a Fidesz-KDNP népszerűsége*; v*erfügbar unter: https://www.hirado.hu/belfold/belpolitika/cikk/2019/05/03/nezopont-tovabb-nott-a-fidesz-kdnp-nepszerusege# (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Politico 2019: European Elections seat projection*; v*erfügbar unter: https://www.politico.eu/2019-european-elections/ (letzter Zugriff: 14.05.2019).

Statista 2019: Europäische Union: Bevölkerungsentwicklung in den Mitgliedsstaaten im Jahr 2017; verfügbar unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/248957/umfrage/bevoelkerungsentwicklung-in-den-eu-laendern/ (letzter Zugriff: 14.05.2019).

AUTORINNEN UND AUTOREN

EINLEITUNG: Oliviero Angeli, Hans Vorländer

MIGRATION ALS THEMA: Cyrill Otteni

DEUTSCHLAND: Maik Herold

WESTEUROPA: Aimie Bouju, Julia Rakers, Manès Weisskircher, Christian Wöhst

NORDEUROPA: Anna-Sophie Heinze, Julia Rakers

SÜDEUROPA: Giovanni de Ghantuz Cubbe

MITTEL-/ OSTEUROPA: Kristina Chmelar, Marta Kozłowska

MEDIENANALYSE / VISUALISIERUNGEN: Simon Gehlhar

MITARBEIT: Larissa Zier

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:
- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:
- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2628-9830

Herausgeber:
Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:
Dr. Oliviero Angeli
Felicitas von Mallinckrodt

Gestaltung:
Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2019

Alle Bilder sind entweder in unserem Eigentum oder das Urheberrecht ist an Ort und und Stelle gekennzeichnet. Sollte ein Bild fehlerhaft ausgewiesen sein, bitten wir, uns dies schnellstmöglich anzuzeigen.

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

MIDEM MERCATOR FORUM
MIGRATION UND DEMOKRATIE